

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 22. März 2007
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.30 Uhr**

Anwesend sind: 50 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Käthi Bolzern, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Brigitte Kissling, 8. Trudy Küttel Zimmerli,
9. Rudolf Moor, 10. Markus Oegerli, 11. Brigitte Rosselet, 12. Luzia Stocker Rötheli,
13. Dr. Arnold Uebelhart, 14. Dieter Ulrich, 15. Lea von Wartburg, 16. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Andreas Schibli, 10. Rolf Schmid,
11. Arthur Spring, 12. René Wernli, 13. Christian Wüthrich, 14. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Nadja Rhiner, 7. Roland Rudolf von Rohr, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer, 5. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Candidus Waldispühl

Evangelische Volkspartei Olten:

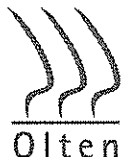
1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber



Ferner anwesend:
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Vorsitz: Stefan Nünlist

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern
3. Jugendkommission/Ersatzwahl
4. Wahlbüro Bifang/Wahl Ersatzmitglied
5. Schulsozialarbeit, max. 200 Stellenprozente/definitive Einführung
6. Bestattungsamt, Kremationspreise für Auswärtige/Erhöhung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. (Geschäft Nr. 2006.019) Motion Iris Schelbert Widmer (GO/JA-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Qualitätssicherung bei Qualifikationen (eingereicht am 22.11.2006/neu traktandiert)
 - 7.2. (Geschäft Nr. 2006.021) Postulat Iris Schelbert Widmer (GO/JA, SP, CVP und SVP-Fraktionen) betr. Familiengärten für Olten (eingereicht am 22.11.2006/neu traktandiert)
 - 7.3. (Geschäft Nr. 2006.016) Interpellation Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Läuft das Ruder aus der Hand?“ (eingereicht am 27.09.2006/ neu traktandiert)
 - 7.4. (Geschäft Nr. 2006.022) Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Bussenaktion vom 19. Juni 2006 (eingereicht am 22.11.2006/ neu traktandiert)
 - 7.5. (Geschäft Nr. 2007.006) Interpellation Rolf Schmid (FdP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. EURO 2008 – willkommen in Olten (eingereicht am 25.1.2007/neu traktandiert)

* * *

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. Herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ihr habt die Agenda und die Traktandenliste unseres heutigen Abends erhalten. Ich gehe davon aus, dass sie so okay ist und wir sofort in die Geschäfte einsteigen können.

* * *

Mitteilungen

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. und 23. November 2006 ist vom Büro am 5. März 2007 definitiv genehmigt worden. Dazu gibt es zwei Bemerkungen. Erstens hat sich ein Fehler eingeschlichen, auf den uns Nico Zila aufmerksam gemacht hat: Wir haben beschlossen, dass der Steuerfuss für die juristischen Personen um 6 Steuerpunkte und nicht wie fälschlicherweise im Protokoll angemerkt um 4 Punkte gesenkt wird. Zweitens hätte Bürgerschreiber Gerhard Reinmann gerne eine Aussage von Max Pfenninger korrigiert gehabt. Er kann aber als Nichtmitglied natürlich nicht Aussagen anderer korrigieren lassen. Aus diesem Grunde haben wir – zumindest haben wir es im Büro so beschlossen – Euch seinen Brief versandt. So könnt Ihr davon Kenntnis nehmen. Das Protokoll wird aber deswegen nicht geändert.

- - - - -

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 25. Januar 2007 ist vom Büro am 5. März 2007 definitiv genehmigt worden.

* * *

Information Blockzeiten

Ein entsprechendes Dokument ist verteilt worden.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Das Gemeindeparlament ist ja die Vertretung des Volkes und das Volk hat beschlossen, ab Schuljahr 2004/05 die Blockzeiten einzuführen. Das ist beschlossen und umgesetzt worden. Man hat seinerzeit auch gesagt, dass zu Händen des Volkes ein Erfahrungsbericht abgegeben wird. Wir geben diesen jetzt ab und die Auswertung zu Händen des Gemeindeparlamentes zu Händen des Volkes. Der Bericht über die Blockzeiten ist Ihnen verteilt worden. Ich möchte an dieser Stelle vor allem darauf hinweisen, dass die Umsetzung doch – man kann fast sagen – milizsystemartig mit wenig Mitteln hat erfolgen können. Wenn man mit anderen Gemeinden im Kanton Solothurn vergleicht, die hier externe Kosten generiert haben, kann man sagen, dass eine interne Milizarbeitsgruppe die Blockzeiten erfolgreich hat einführen können und jetzt hier einen entsprechenden Erfahrungsbericht abgegeben hat. Dieser liegt Ihnen vor. Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Stadtrates und ich denke auch im Namen des Parlaments dieser Arbeitsgruppe unter der Federführung unseres Rektors herzlich für diese Arbeit danken.

* * *

Information Stand Untersuchungskommission Charles Fehlmann/Doris Rauber und vertrauensärztliches Gutachten Peter Hänggi, Stand Parkhausplanung

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Das Büro hat den Stadtrat gebeten, das Gemeindeparlament zu zwei aktuellen Themen zu informieren: Erstens über den Stand der Untersuchungskommission Charles Fehlmann/Doris Rauber und vertrauensärztliches Gutachten Peter Hänggi. Der Stadtrat hat eine Information ausgeteilt. Ihr findet sie auf Eurem Pult. Zweitens haben wir den Stadtrat ersucht, das Parlament über den Stand Parkhausplanung zu informieren. Am 6. März hat ja eine Informationsveranstaltung zum Thema Parkhaus stattgefunden und wir haben seinerzeit das Verkehrskonzept Innenstadt zurückgewiesen, weil wir das mit dem Parkhaus zusammen verlinkt haben. Wir haben im Büro gefunden, es wäre gut, wenn das ganze Gemein-deparlament informiert wäre.

Stadträtin Silvia Forster: Die Informationsveranstaltung hat am 6. März stattgefunden. Dort sind die Fraktionspräsidien gebeten worden, diese Informationen weiter zu leiten. Ich möchte auf diese Info-Veranstaltung daher nicht mehr weiter eingehen. Der Stadtrat hat andiskutiert, dass er sich durchaus vorstellen kann, dass man in den ersten Diskussionen, die im Juni geführt werden, auch über eine erste Prioritätensetzung diskutieren könnte. Mehr Informationen sind zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich.

* * *

Fraktionserklärung Grüne/Junge Alternative

Theo Schöni: Das Oltner Tagblatt vom 17. März 2007 berichtet unter dem Titel „Einigung auf Munzinger“, dass sich die Parteien in der Standortfrage eines Parkhauses in der Oltner Innenstadt gefunden hätten. Die Grünen Olten und die Jungen Alternativen halten fest, dass von einer solchen Einigkeit keine Rede sein kann. Der politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess hat im Gegenteil noch gar nicht stattgefunden. Die Grünen und die Junge Alternative verlangen eine sachliche Diskussion in der Öffentlichkeit, in den Interessenverbänden und im Gemeindeparlament. Die veränderten Voraussetzungen gegenüber vor 10 Jahren müssen in die Diskussion miteinbezogen werden. Dazu gehören: Die Erkenntnisse und Massnahmen aus dem Verkehrskonzept Olten, die Erschliessung von Olten SüdWest, die Entlastung Region Olten, die Begegnungszone und damit die Verkehrsentlastung in der Innenstadt. Im Weiteren gilt es folgende Entscheidungen zu treffen: Gehören die Einkaufszentren Olten Hammer auch zur Innenstadt? Soll der Eingang Olten SüdWest in der Rötzmatt attraktiver werden? Wollen wir aus städtebaulicher Sicht einen architektonischen Akzent setzen? Kann der Bahnhof Olten Hammer als S-Bahnhof aufgewertet werden? „Park and Ride“ ist hier das Stichwort. Wieviel Parksuchverkehr wollen wir in der innersten Innenstadt? Wieviele Parkplätze werden oberirdisch in der innersten Innenstadt weiter betrieben? Wieviel Geld wollen wir investieren? Die Grünen und die Junge Alternative sind bereit für diese politische Diskussion.

* * *

Fraktionserklärung SP

Caroline Wernli Amoser: Wie bereits dem Artikel im Oltner Tagblatt hat entnommen werden können, ist zumindest ein Teil der SP bereit, durch „den eigenen Gartenzaun hindurch zu schauen“. Wir sind bereit, über ein Parkhaus Munzingerplatz zu diskutieren. Tatsächlich existiert bekanntlich bereits ein SP-Positionspapier zu dieser Frage. Dieses soll neue Impulse geben und als Diskussionsgrundlage nicht zuletzt auch innerhalb der SP dienen. Abschliessend darüber entschieden wird an der Parteiversammlung vom 28. März 2007. Wir wollen eine Begegnungszone, wir wollen weniger oberirdische Parkplätze in der Innenstadt, mehr Plätze zum Flanieren, Verweilen, vor allem auch mehr Möglichkeiten, unsere Einkäufe in Olten zu tätigen. Die Ladenbesitzer, vertreten durch das Gewerbe Olten, sind überzeugt, dass dies ohne ein Parkhaus in der Innenstadt nicht umsetzbar ist. Es ist unseres Erachtens nicht prioritär, ob unsere Beurteilungen genau gleich ausfallen, doch klar ist, wir wollen aus der unseligen Blockade herauskommen, in die „man“ oder eben wir alle uns bisher immer wieder hinein manövriert haben. Darum bieten wir mit der Diskussionsbereitschaft aktiv Hand zur kreativen Mitwirkung zugunsten unserer Innenstadt und damit zugunsten unserer Stadt. Die Vertreter des Gewerbes Olten – es sind auch Vertreter der FdP und CVP gewesen – haben an der Austauschitzung den Vertretern der SP zugesichert, dass auch dem Gewerbe Olten bewusst ist, dass weder eine Begegnungszone noch ein Parkhaus – oder eben beides – reicht, um die Einkaufsmöglichkeiten in Olten massiv zu verbessern. Es braucht weitere Anstrengungen, auch seitens des Gewerbes, um gegenüber den grossen Einkaufszentren attraktiv oder gar attraktiver zu werden. Wir nehmen sie beim Wort, sind bereit, über den eigenen Schatten zu springen und so das Möglichste von unserer Seite zu einer Verbesserung beizutragen. Wir wollen ein starkes Olten, das mit einem differenzierten und qualitativ hochstehenden Ladenangebot Kunden und neue Läden nach Olten lockt, den bestehenden Läden ein Überleben sichert. Wir denken dabei zugegebenermassen nicht in erster Linie an weitere Brillengeschäfte. Wir wollen dazu beitragen, die Diskussion Huhn oder Ei, Begegnungszone oder Parkhaus, zu beenden. Wir wollen das Huhn, die anderen das Ei, setzen uns dafür ein, bekommen wir beides. In diesem Sinn hoffen wir im Interesse unserer Stadt auf eine konstruktive und kompromissbereite Zusammenarbeit von allen Seiten. Dafür werden wir uns an der SP-Parteiversammlung einsetzen.

* * *

Fraktionserklärung FdP

Christian Wüthrich: Oberstes Ziel der FdP ist die Steigerung der Attraktivität von Olten. Zu einer attraktiven Stadt gehören unter anderem die Sicherheit, Schulen, Freizeit- und Arbeitsangebot, Steuerbelastung und eben eine attraktive Innenstadt. Eine attraktive Innenstadt wird beeinflusst durch folgende Faktoren: Vielfältiger Ladenmix, gute Erreichbarkeit, Erreichbarkeit durch öffentlichen und privaten Verkehr, motorisiert und nicht motorisiert, angenehme Einkaufs- und Verweilatmosphäre. Darunter verstehen wir Sicherheit, Sauberkeit, einen gewissen Charme, eben die sogenannte Begegnungszone. Die FdP Olten ist überzeugt, dass eine Attraktivierung der Innenstadt nur möglich ist, wenn die öffentliche Hand, das Gewerbe und auch die Bevölkerung zusammen arbeiten. Die Frage ist jetzt nur, was der Beitrag der öffentlichen Hand zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt sein kann. Bevor diese Frage nicht geklärt ist, ist es wenig zielführend, eine breite Diskussion zu führen, weil wir uns dabei in zum Teil gut gemeinten, zum Teil ideologisch gefärbten Ideendiskussionen verlieren. Die FdP Olten ist der Meinung, dass die öffentliche Hand folgenden Beitrag zu dieser Attraktivitätssteigerung leisten kann: Die Klärung des Vorgehens, das sind der Prozess und Zeitplan, der Verantwortlichkeit und der Entscheide hier im Parlament, Zusammentragen der erforderlichen Entscheidungsgrundlagen und Expertisen. Diese können verkehrstechnisch, wirtschaftlich und selbstverständlich stadtplanerisch sein. Stetiger Kontakt zur Bevölkerung,

enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und dem Gewerbe, die Vorbereitung eines Entscheidungsgeschäfts für das Gemeindeparlament, die Diskussion und Entscheid im Parlament, den wir fällen, und allenfalls Volksabstimmung. Der Stadtrat hat den ersten Schritt, die Klärung des Vorgehens, der Verantwortlichkeiten und der Entscheidungsfragen an die Hand genommen. Jetzt fordert die FdP den Stadtrat auf, den Prozess mit Hochdruck weiter zu führen, damit wir hier im Parlament und allenfalls noch im Volk in diesem Jahr einen Entscheid fällen können. Und wie gesagt, geht es im Kern nicht nur um ein Parkhaus, sondern um eine Attraktivierung unserer Innenstadt. Zwar gehört dort die Parkplatzsituation und auch die Parkhausfrage unserer Meinung nach zwingend dazu, sie darf aber keinesfalls losgelöst von anderen Fragen wie zum Beispiel der Begegnungszone diskutiert und entschieden werden. Das Fazit der FdP ist: Wir wollen mehr Parkplätze im Stadtzentrum, beim Gewerbe, gleichzeitige Behandlung von Parkhaus und Begegnungszone. Wir sind gegen vorschnelle Aufhebung von oberirdischen attraktiven Parkplätzen und wünschen eine private Trägerschaft für das Parkhaus.

* * *

Veranstaltung vom 3. Mai 2007 der Fachhochschule und der Stadt Olten betr.
Bestandesaufnahme Perspektiven Integrationspolitik Olten

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ihr findet das entsprechende Programm auf Eurem Pult.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Motion Urs Knapp und Mitunterzeichnende der FdP-Fraktion betr. Ausgabenbremse
- Postulat Rolf Sommer (SVP) betr. Cablecom
- Motion Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Neuzeitliche Gestaltung der Aufbahrungshallen
- Kleine Anfrage Anita Huber (GO/JA) betr. Flankierende Massnahmen ERO auf kommunalen Strassen
- Motion Iris Schelbert-Widmer (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Schulhaus-, Turn- und Pausenplätze den spielenden Kindern und Jugendlichen

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Bei dieser Gelegenheit kann ich erwähnen, dass wir im Parlament zusammen mit dem Stadtrat mit den Vorstössen à-jour sind. Wir haben keine Pendenzen und sind immer in den Fristen. Es freut mich sehr, dass dies so ist.

Beilage:
Vorstosstexte

Ausgabenbremse

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeindeparlament einen Änderungsentwurf «Ausgabenbremse» zur Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes vorzulegen.

Artikel 39 der Geschäftsordnung soll mit folgendem Zusatz ergänzt werden:

«Beschlüssen über nicht gebundene Ausgaben muss die Mehrheit der Mitglieder des Gemeindeparlamentes zustimmen.»

Begründung

Die Ausgaben der Stadt wachsen seit Jahren stärker als die Teuerung. Das Budget 2007 sieht vor, dass die Ausgaben insgesamt um 2,7% steigen werden. Die direkt beeinflussbaren Ausgaben werden im laufenden Jahr ebenfalls erneut stärker als die Teuerung ansteigen. Diese Entwicklung erhöht die Staatsquote und entzieht den Einwohnern und den Unternehmen Geld, das dann nicht mehr für Konsum und Investitionen zur Verfügung steht.

Damit die Finanzpolitik einen nachhaltigen Beitrag zur Förderung des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Olten leisten kann, muss die Stadt die finanziellen Mittel sparsam und zielgerichtet einsetzen. Deshalb sollen neue, nicht gebundene Ausgaben nur noch dann bewilligt werden können, wenn sie eine breite Unterstützung im Gemeindeparlament finden. Eine breite Zustimmung ist dann gegeben, wenn die Mehrheit aller Parlamentsmitglieder solche Beschlüsse befürwortet, also im Minimum 26 Mitglieder.

Nicht gebunden sind diejenigen Ausgaben, die von Stadtrat und Gemeindeparlament direkt und in eigener Kompetenz beeinflusst werden können.

Der Solothurner Kantonsrat kennt seit dem Jahr 1994 das Instrument der Ausgabenbremse. Das Volk beurteilt dieses Mittel gegen überbordende Ausgaben sehr positiv. Das zeigte sich in der kantonalen Volksabstimmung vom 11. März 2007: Insgesamt befürworteten über 75 Prozent das Spargesetz und die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen. In der Stadt Olten lag die Zustimmung sogar noch etwas über dem kantonalen Durchschnitt: 3'140 Stimmberechtigte sagten Ja zur Ausgabenbremse, nur 960 lehnten sie ab.

Mit der Einführung einer Ausgabenbremse macht die Stadt Olten einen wichtigen Schritt zu einer langfristig gesunden und konkurrenzfähigen Finanzpolitik.

A collection of handwritten signatures in black ink, arranged in three columns. The signatures are of various styles, some legible and others more stylized. The names 'U. Knapp', 'R. Knapp', 'D. Trach', 'A. Schaubli', and 'R. Knapp' are partially legible among the signatures.

Rolf Sommer, Olten

Parlamentarischer Vorstoss im Gemeindeparlament der Stadt Olten
Olten, im März 2007

Postulat: Cablecom

Das Gemeindeparlament beauftragt den Stadtrat den Verkaufsvertrag der Rediffusion an die Cablecom, der ca. aus dem Jahre 1991 stammen muss, auf einen Rückkauf zu überprüfen. Sollte diese Möglichkeit bestehen, wäre der Stadtrat angehalten, einen allfälligen Rückkaufsvertrag dem Gemeindeparlament zu unterbreiten, in der Absicht ein regionales Medienkabelnetz zu betreiben.

Begründung:

Ich kenne die ganze Geschichte der Cablecom nicht. Ich kann mich nur noch erinnern, dass in den 80-Jahren in Olten die Rediffusion das örtliche Kabelnetz betrieben hatte. Irgendwann zu Beginn der 90-Jahren, war der Verkauf der Rediffusion an die schweizerische Cablecom ein Geschäft im Gemeindeparlament.

Durch diverse Finanztransaktionen ist die Cablecom heute ein ausländisches Unternehmen. Diese Finanzinvestoren möchten ihr Geld wieder zurück und dazu eignet sich die Schweizer besonders gut.

Aber die Zwangskunden der Cablecom haben vermutlich in den vergangenen Jahren schon mehrfach die Investitionen in das Kabelnetz bezahlt. Sie zahlen heute nur noch für die horrenden Verkaufspreise der von ausländischen Investoren für die Cablecom bezahlt worden ist.

Die Cablecom als heutiger quasi Monopolist der Televisionübertrag hat in den vergangenen Monaten mit diversen Ankündigungen, Abschaltung von Fernsehkanälen, Zwang zum Digitalfernsehen, Gebührenerhöhungen, viele Kunden verärgert.

Dadurch erhielten verschiedene lokale Kabelnetzbetreiber in der Schweiz einen Aufschwung. Sie können ihren umfassenden Service zu billigeren Tarifen anbieten. Das sollte doch in Olten auch möglich sein!

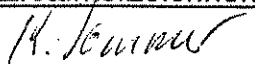
Unsere Märkte (Ausschnitt aus einem Mail vom 20.03.07 der Cablecom)

Cablecom ist die grösste Kabelnetzbetreiberin in der Schweiz. Sie bietet ihren Kundinnen und Kunden Dienstleistungen in Analog- und Digitalfernsehen, Digitalradio, Breitband-Internet sowie Telefonie an und führt verschiedene Angebote für Geschäftskunden. In Partnerschaft mit anderen Netzbetreibern versorgt cablecom insgesamt ca. 2 Millionen Haushalte. Zusammen mit ihren Partnernetzbetreibern verfügt sie über einen Marktanteil von rund 73% des Schweizer Kabelfernsehens und ist präsent in 14 der 16 grössten Schweizer Städte.

Das voll ausgebaute cablecom-Netz durchzieht die Schweiz mit einem 7'000 Kilometer langen, vollständig redundanten Hochleistungs-Backbone. Über diesen werden Fernseh-, Internet- und Telephoniedienste angeboten. Cablecom-Kunden sind über die lokale Infrastruktur, die insgesamt aus über 30'000 Kilometer Koaxialkabel besteht, an den Backbone angeschlossen („letzte Meile“). In den vergangenen fünf Jahren hat cablecom über CHF 1,5 Milliarden in ihr Netz investiert und es zu einem hybriden und koaxialen Netz mit einer Kapazität von 606 MHz und mehr ausgebaut. Dadurch ist cablecom in der Lage, bidirektionalen Daten zu übertragen und ihren Kundinnen und Kunden digitale Dienste anzubieten.

Rechne: 2'000'000 Haushalte x Fr. 300.- (Gebühren gerundet) x 5 Jahre = Fr. 3Mia.
Der Gewinn wäre ca. Fr. 1.5Mia

Erstunterzeichner:



Motion neuzeitliche Gestaltung der Aufbahrungshallen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Bericht und Antrag für eine neuzeitliche Gestaltung der Aufbahrungshallen (offener Aufbahrungsraum - keine Trennwand, freier Zugang zum Sarg von allen Seiten, Bestuhlung, Kerzenhalter etc.) sowie eine Lösung zum Schutze der Intimsphäre der Aufgebahrten und deren Angehörigen vorzulegen und die Kostenfolgen im Budget 2008 aufzunehmen.

Begründung

Das Sterben und der Tod waren für längere Zeit ein gesellschaftliches Tabu. Verschiedene Rituale, welche es den Hinterbliebenen ermöglichten von ihren Angehörigen in einem sicheren und behüteten Rahmen Abschied zu nehmen, verschwanden aus der Gesellschaft. Die jahrelange Hilflosigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Sterben und dem Tod, verlangte die Suche nach neuen Möglichkeiten und Wegen, die den Menschen helfen sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Kurse über Sterbebegleitungen, Patientenverfügungen, wiedergefunden oder neue Rituale, Fernsehsendungen mit Sterbenden und Angehörigen, Literatur über das Sterben usw. rückten den Tod wieder vermehrt in unser tägliches Zusammenleben. So besteht heute der breite Wunsch, Menschen in einem würdigen Rahmen zu verabschieden.

Das Gebäude im Friedhof Meisenhard umfasst eine Abdankungshalle, ein Krematorium, das die letzten vier Jahre, pro Jahr durchschnittlich 843 Kremationen durchführte, sowie 8 Aufbahrungsräume, in denen pro Tag durchschnittlich 2-3 Personen aufgebahrt sind. Die Aufbahrungshallen im Friedhof Meisenhard wurden vor ca. 10 Jahren neu gestrichen. Sie dienen zwar dem Zweck, ihr Interieur ist jedoch veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Vorstellungen. Die Türen der Aufbahrungshallen sind tagsüber immer geöffnet, damit wird den Angehörige und Freunden während des Tages einen freien und unkomplizierten Zutritt ermöglicht. Leider nutzen auch x-beliebige „Leichenschauer“ den öffentlichen Zugang. In Aarau begegnete man diesem Problem mit einem Codeschlüssel. Die Angehörigen erhalten einen Code, den sie selber verwalten und ihnen jederzeit den Zutritt zur Aufbahrungshalle ermöglicht.

Auch die hiesigen Bestattungsinstitute unterstützen eine zeitgemässe Neugestaltung der Aufbahrungsräume.

Olten, den 22. März 2007

B. Kissling

Kodli Zoller Rudi Lamm

Brigitte Rossetti

Wera Jovan

U. C.

C. W. K.

F. Edel Zinnel

Konrad

U. Auster Celidonio

L. von M. M.

R. Braun

A. Uebelhart

O. Uebelhart

Kleine Anfrage

Flankierende Massnahmen ERO auf kommunalen Strassen

In der Botschaft des Regierungsrates «Entlastung Region Olten» vom 14.8.2001 (RRB Nr. 1594) heisst es unter Punkt 2.3.2 «Flankierende Massnahmen»:

«Olten. Flankierende Massnahmen sind auf den zu entlastenden Abschnitten der T5 in Olten (Solothurner-, Ziegelfeld-, Ring- und Frobürgstrasse) sowie der T2 (Bahnhofquai und Aarburgerstrasse) notwendig. Zusätzlich sind flankierende Massnahmen auf den kommunalen Strassen in der Oltnen Innenstadt und in den angrenzenden Quartieren westlich der Aare flächendeckend zu realisieren. Teil dieser flankierenden Massnahmen ist auch ein geeignetes Parkplatzkonzept für die Innenstadt und die angrenzenden Quartiere.»

Gestützt auf diese Botschaft lautet der bereinigte Kantonsratsbeschluss vom 31.10.2001 (Protokoll Nr. 132/2001) wie folgt:

«Der Regierungsrat (...) gibt die Kredite für den Bau der Entlastungsstrasse Olten-West und Wangen-Rickenbach erst frei, wenn die jeweiligen Umbau- und flankierenden Massnahmen auf den Kantons- und Gemeindestrassen rechtlich verbindlich festgelegt und finanziell gesichert sind.» (Hervorhebung durch die Anfragenden)

Aufgrund dieser Ausgangslage bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was konkret definiert der Stadtrat als flankierende Massnahmen zur ERO auf den kommunalen Strassen in der Innenstadt?
2. Welche dieser Massnahmen sind bereits rechtlich verbindlich geregelt und finanziell gesichert?
3. Wann gedenkt der Stadtrat die weiteren Massnahmen dem Parlament und gegebenenfalls dem Volk zur Genehmigung zu unterbreiten?
4. Wie ist der Stand des Parkplatzkonzeptes für die Innenstadt und die angrenzenden Quartiere?

x *Ant. Z. Hüh*
V. Altmann
H. B. W. Widmer

Amor Gugler
Waldspühl
W.

Motion

„Schulhaus-, Turn- und Pausenplätze den spielenden Kindern und Jugendlichen“

Der Stadtrat stellt die Schulhaus-, Turn- und Pausenplätze der Oltner Schulhäuser (Hübeli, Säli, Bifang, Bannfeld und Frohheim) den Kindern und Jugendlichen täglich bis 22.00 Uhr für Spiele aller Art zur Verfügung.

Begründung:

Immer weniger Kinder können ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben. Folgen davon sind Übergewicht, Haltungsschäden verursacht durch eine schwache Muskulatur, Bewegungsdefizite und eine abnehmende Leistungsfähigkeit. Zuwenig Bewegung, unausgewogene Ernährung und Stress tragen dazu bei, dass sich die Gesundheit unserer Kinder stetig verschlechtert. Der Oltner Schularzt bestätigt diesen Trend.

Eine Studie aus dem Jahr 2004 errechnet Kosten für die Folgen von Übergewicht, Bewegungsmangel und falscher Ernährung von 2,7 Milliarden Franken.

Bewegung muss ermöglicht, nicht verhindert werden.

Deshalb lancierte Bundesrat Schmid 2005 die bewegte Schule. Diese Aktion wird weitergeführt. Im Jahr 2005 haben 30'000 Schülerinnen und Schüler mitgemacht, bis heute beteiligen sich 947 Klassen an der Bewegungsaktion (20 Minuten tägliche Bewegung in oder ausserhalb der Schule).

Matthias Remund, Direktor Bundesamt für Sport und Prof. Thomas Zeltner, Direktor BAG fordern eine Stunde tägliche Bewegung für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule. „Jugend und Sport“ macht Bewegungsangebote für 5 – 10 Jährige und die Schweizerische Adipositas-Stiftung fordert unter anderem die Gestaltung einer bewegungsfreundlichen Umwelt.

Als positive Nebeneffekte zur vermehrten Bewegung seien noch die Förderung der Sozialkompetenz, die Gewaltprävention sowie die integrative Wirkung von gemeinsamem Spiel und Sport erwähnt.

Kinder und Jugendliche wollen sich bewegen. Die Oltner Schulhaus-, Turn- und Pausenplätze sollen dafür zur Verfügung stehen, täglich bis 22.00 Uhr.

X Miri W. Widmer
T. Altmann
L. H. H. H.

Anna Zenger
W. H. H. H.
D. H. H. H.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 50

Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Marion Bachmann-Rauber und Timur Acemoglu sind zwei Sitze der Sozialdemokratischen Partei frei geworden. Frau Brigitte Rosselet (SP) und Frau Käthi Bolzern haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Stefan Nünlist begrüsst Frau Brigitte Rosselet und Frau Käthi Bolzern. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Frau Brigitte Rosselet und Frau Käthi Bolzern legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Frau Brigitte Rosselet, Höhenstrasse West 41, 4600 Olten

Frau Käthi Bolzern, Katzenhubelweg 15, 4600 Olten

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 16/14

Prot.-Nr. 51

Jugendkommission/Ersatzwahl

Für die Jugendkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Thomas Segessenmann schlägt die SP mit Fax vom 28. Februar 2007 Natalie Spalding, Rosengasse 65, als neues Mitglied der Jugendkommission vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Natalie Spalding (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Frau Natalie Spalding (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Natalie Spalding, Rosengasse 65, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 52

Wahlbüro Bifang/Wahl Ersatzmitglied

Das Wahlbüro Bifang hat bei den Ersatzmitgliedern immer noch eine Vakanz zu verzeichnen:

Mit Fax vom 28. Februar 2007 schlägt die SP Ernst Pfister, Untere Hardegg 12, als neues Ersatzmitglied für das Wahlbüro Bifang vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Ernst Pfister (SP) als neues Ersatzmitglied im Wahlbüro Bifang zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Herrn Ernst Pfister (SP) als neues Ersatzmitglied im Wahlbüro Bifang genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Ernst Pfister, Untere Hardegg 12, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösigen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 45/13

Prot.-Nr. 53

Schulsozialarbeit, max. 200 Stellenprozente/definitive Einführung

Das zweijährige Pilotprojekt „Schulsozialarbeit an den Schulen der Stadt Olten“ wurde im Herbst 2006 ausgewertet und überarbeitet. Auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 soll nun die Schulsozialarbeit mit maximal 200 Stellenprozente definitiv eingeführt und an allen Schulen der Stadt Olten institutionalisiert werden. Die Arbeit findet an den Schulen statt, welche entsprechend Zeitfenster und Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müssen. Die Schulsozialarbeit wird der Direktion Bildung und Sport unterstellt. Vorzugsweise erfolgt die Stellenbesetzung durch je eine Frau und einen Mann.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

In der Kompetenz des Stadtrates wurde für die Schuljahre 2004/2005 und 2005/2006 ein Pilotprojekt Schulsozialarbeit durchgeführt. Grundlage für das Projekt war ein Rahmenkonzept, das vom Institut Kinder- und Jugendhilfe der Hochschule für Soziale Arbeit der FHNW erarbeitet worden war. Das von zwei ausgewiesenen Fachpersonen, Matthias Drilling und Sandra Geissler, erarbeitete Rahmenkonzept hat nach wie vor grundlegende Bedeutung. Jedoch sind sowohl der theoretische Teil als auch der praktische Teil, der die Umsetzung beschreibt, auf Grund der während der Pilotphase gemachten Erfahrungen mit konkreteren Vorgaben und einer prozessorientierten Umsetzung zu ergänzen und auf die Gegebenheiten im Raum Olten auszurichten. Ferner sind die Empfehlungen zu berücksichtigen, die im Evaluationsbericht vom September 2006 zur Schulsozialarbeit in Olten formuliert worden sind. Der Bericht und Antrag beschreibt in einer kritischen Würdigung Stärken und Schwächen der Pilotphase. Die wesentlichen Erkenntnisse und die Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht werden hervorgehoben. Das Umsetzungskonzept beschreibt, wie in einem zweiten Anlauf Schulsozialarbeit erfolgreich eingeführt werden soll.

2. Exkurs: Schulsozialarbeit

- Situation an den Oltnen Schulen

Die Situation an den Oltnen Schulen ist vergleichbar mit derjenigen anderer Schulen gleicher Grösse. Der gesellschaftliche Wertewandel geht auch an den Oltnen Schulen nicht spurlos vorbei. Im schulischen Alltag und im schulischen Umfeld sind sowohl Lehrerinnen und Lehrer als auch Schülerinnen und Schüler mit neuen Problemstellungen konfrontiert. Nur ein Teil der Sorgen und Problemstellungen der Schülerinnen und Schüler sind den Lehrpersonen zugänglich. Ein noch kleinerer Teil ist auf den Stufen Schulleitung und Rektorat bekannt.

Dazu einige Beispiele welche dem Rektorat bekannt sind:

- Gewalt auf dem Pausenplatz: 2 Schüler erpressen das „Znüni“ von einem Mitschüler unter Androhung und Ausübung von Gewalt;
 - Ein Bezirksschüler wird im Bifangquartier von 3 Oberschülern zusammengeschlagen;
 - Ein Schüler droht einem Mitschüler mit Gewalt, wenn er dem Lehrer erzähle, was er im Schulzimmer angerichtet habe;
 - Ein Primarschüler wird auf dem Schulweg wegen seiner Kleidung ausgelacht;
 - Ein Mädchen wird unter Druck gesetzt, weil es in den Augen der Mitschüler eine Streberin sei und guten Noten erreiche;
- Eine Klasse diffamiert ihren Lehrer, indem sie Unwahrheiten über ihn erzählt. Bei der Konfrontation wird alles abgestritten.

Zu den disziplinarischen Problemen gehört z.B. auch die Benutzung der Handys während und ausserhalb des Unterrichts. Ein Informationsblatt für Lehrpersonen und Schülerinnen, Schüler und Eltern wurde im Hinblick auf die Einführung der verschärften Weisungen auf Beginn des Semesters des Schuljahres 2006/2007 erstellt, weil die Inhalte, die mittlerweile via Handy ausgetauscht werden, eine zunehmende Belastung darstellen.

- Was ist Schulsozialarbeit?

Der Begriff „Schulsozialarbeit“ wird wie folgt definiert:

„Schulsozialarbeit ist professionell durchgeführte Soziale Arbeit an einer Schule und mit den Menschen, die dort lernen und arbeiten.“

Die Forderung nach einer Ausweitung von Angeboten der Schulsozialarbeit wird angesichts der zunehmenden Komplexität von Erziehung und Bildung im schulischen Kontext, sowohl in den Medien wie auch in Fachkreisen immer häufiger geäussert. Die zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Schwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten von Schulkindern bzw. Jugendlichen und die Pluralisierung der Lebenslagen während der letzten Jahre, hat das Interesse an der Schulsozialarbeit geweckt. Die Schulsozialarbeit ist als historisch jüngste und intensivste Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu einem wichtigen Bestandteil einer modernen Jugendhilfe geworden, welche greift, bevor KJPD, SPD, VB etc. zum Tragen kommen, was mit höheren Folgekosten verbunden ist. Unter Schulsozialarbeit wird also vor allem eine Arbeitsform verstanden, welche langfristig vereinbart und mit sozialpädagogisch qualifizierten Fachkräften direkt in Schulen oder zentral auf Schule bezogen, stattfindet.

- Was bewirkt Schulsozialarbeit

Die Erfahrungen und Entwicklungen zeigen insgesamt, dass die Schulsozialarbeit eine notwendige zweite professionelle Kompetenz innerhalb der Schule geworden ist. Sie bietet niederschwellige Angebote an, kann konkrete Präventionsprojekte angehen, hilft an der Organisationsentwicklung der Schule mit und bringt sozialpädagogische Massnahmen und Interventionskonzepte ein. Aus den Erfahrungen anderer Schulen ist zu bemerken, dass bei Anwesenheit von Schulsozialarbeit Probleme thematisiert werden, die sonst gar nicht erkannt würden. Schulsozialarbeit unterstützt als wichtiger Bestandteil die Bemühungen der Schule, sich zu öffnen. Über die Wirkungen der Schulsozialarbeit liegen umfangreiche wissenschaftliche Begleitstudien mit differenzierten Befunden von unterschiedlichen Beteiligten der Schulsozialarbeit vor. Allerdings existieren kaum Evaluationsstudien im echten Sinne. Es wird aber allgemein davon ausgegangen, dass dank der Schulsozialarbeit früher eingegriffen werden kann und deshalb weniger Situationen (ganz) ausser Kontrolle geraten.

- Ziele der Schulsozialarbeit

Die Aufgaben der professionellen Schulsozialarbeit werden in jeder Schule neu ermittelt. Was wird im aktuellen Kontext an Hilfestellungen benötigt? Mit welchen Personen soll gearbeitet werden? Welches sind die notwendigen Schritte? Kontinuierliche und konzeptionell durchdachte Schulsozialarbeit trägt dazu bei, „Jugendliche zu motivieren und zu befähigen, die Herausforderungen von Schule und Gesellschaft anzunehmen, zu bestehen und erfolgreich in das Erwachsenenleben einzusteigen.“

- Mengengerüst/Bedarfszahlen einer Schulsozialarbeit

In Olten befinden sich 12 Kindergärten, 4 Primarschulhäuser und 3 Oberstufenschulhäuser. In allen Schuleinrichtungen gibt es alltägliche Probleme im gegenseitigen sozialen Umgang. Würde pro Primarschulhaus und Oberstufenschulhaus (ohne Kindergärten) mit einer Präsenz von je 50 Stellenprozenten gerechnet, ergäbe dies 350 Stellenprozente.

- Oltner Modell der Schulsozialarbeit

Das Oltner Modell der Schulsozialarbeit sieht vor, max. 200 Stellenprozente Schulsozialarbeit zu schaffen, wobei das sog. Kooperationsmodell, das eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulleitung, Lehrerschaft und Schulsozialarbeit erfordert, umgesetzt werden soll. Die weiteren Ausführungen sind Gegenstand dieses Berichtes und Antrages an das Gemeindeparlament.

3. Kritische Würdigung der Pilotphase

Das der Pilotphase zugrunde liegende **Rahmenkonzept** beschreibt die Grundsätze, Zielgruppen, Methoden und Arbeitsfelder sowie die Voraussetzungen für Schulsozialarbeit. Diese Grundlagen haben nach wie vor Gültigkeit. Für die praktische Umsetzung sind diese jedoch zu konkretisieren und zu ergänzen.

Erfahrung:

⇒ *Das theoretische Konzept ist mit einem praktischen Umsetzungskonzept zu ergänzen, das auf die Oltner Verhältnisse zugeschnitten ist.*

Das **Dreikreismodell** mit den Schulhäusern Säli 1 und 2 und Bifang im ersten, Bannfeld und Hübeli im zweiten und Frohheim im dritten Kreis wirkte theoretisch überzeugend. Die Idee war, knappe Ressourcen gezielt einzusetzen. Bei der Umsetzung zeigte sich jedoch, dass unterschiedliche und teilweise überhöhte Erwartungen insbesondere im Bifang-Schulhaus zu einer Ablehnung des Angebotes durch einen grösseren Teil der Lehrerschaft führten. Wenn bereits im ersten Kreis Zweifel und Ablehnung entstehen, kann ein Dreikreismodell nicht erfolgreich gelebt werden. Die betroffenen Schulhäuser müssen ein Eigeninteresse an einer erfolgreichen Einführung haben. Sie müssen deshalb von Beginn an in die Planung einbezogen werden, ihre Erwartungen, Vorstellungen und Wünsche äussern können. Diese werden mit den Möglichkeiten der Schulsozialarbeit abgeglichen. In einer Klärungsphase werden falsche oder übertriebene Erwartungen durch realistischere ersetzt. Ein gegenseitiger Vertrag wird ausgehandelt, der Leistung und Gegenleistung festhält.

Erfahrung:

⇒ *Gegenseitige Erwartungen sind zu klären. Vor der Einführung von Schulsozialarbeit ist mit Schulhäusern ein Kontrakt mit Leistung und Gegenleistung auszuhandeln.*

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ *Dreikreismodell nicht fortführen, sondern Schulsozialarbeit zunächst mit dem kompletten Leistungsangebot an den Säli-Schulhäusern etablieren.*

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

- ⇒ *Im folgenden Umsetzungskonzept wird die Erfahrung höher gewichtet als die Empfehlung. An allen Schulhäusern soll Schulsozialarbeit angeboten und getätigt werden. Das Leistungsangebot bleibt damit auch im SÄli gewahrt.*

Das Rahmenkonzept definierte als **Beginn** den Oktober 2004 und als **Dauer** eine Projektphase bis zu 2 Jahren. Effektiv wurden die Stellen per 1. Dezember 2004 befristet bis 31. Juli 2006 (Ende Schuljahr) besetzt. Durch die ehrgeizige Festlegung eines möglichst frühen Starttermins fand die Rekrutierung und die Stellenbesetzung unter Zeitdruck statt. Rückblickend wäre es sinnvoller gewesen, die Stellen notfalls mehrmals auszuschreiben und die Besetzung in Ruhe und mit aller Sorgfalt vorzunehmen. Die Pilotphase hätte sich dadurch um ein Jahr verschoben. Jedoch wären die Erfolgsaussichten besser gewesen.

Erfahrung:

- ⇒ *Anstelle eines fixen Starttermins die Voraussetzungen für einen Start festlegen. Die Vereinbarungen mit den Schulhäusern müssen abgeschlossen und eine oder zwei erfahrende Fachpersonen rekrutiert sein.*

Das Rahmenkonzept legt folgende **Arbeitsschwerpunkte** fest: Triage und Vernetzung, Einzelfallarbeit, Fallberatung, Krisenbearbeitung, Soziale Gruppenarbeit, Prävention, Projektarbeit. Von Beginn an sollte somit umfassende Schulsozialarbeit geleistet werden. Die damit verbundene Aufbauarbeit war nach aussen wenig sicht- und spürbar. Schnelle Erfolge blieben aus. Rückblickend wäre vorerst eine Konzentration auf Einzelfallarbeit, Fallberatung und Krisenberatung sinnvoll gewesen. Dadurch hätte Vertrauen aufgebaut werden können. Dieses Vertrauen wäre danach Basis für Gruppen- und Projektarbeit gewesen. Die Vernetzung wäre im Rahmen der Arbeit als Nebenprodukt entstanden.

Erfahrung:

- ⇒ *Für die Startphase sind Einzelfallarbeit, Fallberatung und Krisenbearbeitung als Prioritäten zu setzen.*

Empfehlung (Evaluationsbericht):

- ⇒ *Die Ziele sollten im zukünftigen Konzept expliziter benannt werden;*
⇒ *Im zukünftigen Konzept wäre darzulegen, welches Ziel auf welche Weise erreicht werden soll/kann.*
⇒ *Es wäre festzulegen, auf welche Weise die Ziele überprüft werden können.*
⇒ *Um die Schulsozialarbeit insbesondere während der Anfangsphase nicht mit wohlmeinenden, abstrakten und hochgesteckten Zielen zu überfordern, wäre eine Unterteilung in Minimal- und Maximalziele auf der Grundlage von Erfahrungen und Forschungsergebnissen zur Schulsozialarbeit sinnvoll.*

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

- ⇒ *Im folgenden Umsetzungskonzept werden sowohl die Erfahrung als auch die Empfehlung berücksichtigt. Die Leistungen und Ziele werden in einer ersten Phase beschränkt, Schwerpunkte gesetzt und in einem Kontrakt festgehalten. Wichtig ist, dass in dringenden Fällen eine permanente Ansprechmöglichkeit besteht. Im Rahmen der rollenden Planung folgen Auswertungen, neue Zielsetzungen und – sofern notwendig und sinnvoll – erweiterte Zielsetzungen.*

Das Rahmenkonzept sah als **personelle Ressourcen** zwei Personen vor, nach Möglichkeit männlich und weiblich, die sich 1.0 Stellen teilen sollten. Die Stelle wurde für zwei 50%-Pensen ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgte zudem befristet für die Pilotphase. Auf eine befristete Stelle in einem Pilotprojekt melden sich in der Regel nicht die erfahrenen und qualifizierten Personen sondern solche, die neu in ein Arbeitsgebiet einsteigen möchten. Ferner melden sich

auf halbe Stellen kaum männliche Bewerber. Rückblickend wäre es wiederum besser gewesen, ein Pensum von 0.5 bis 1.0 Stellen auszuschreiben. Hätte sich beispielsweise ein geeigneter männlicher Bewerber für ein 80%-Pensum beworben, hätte das Projekt mit einer Person gestartet werden können.

Erfahrung:

⇒ Die Stellen sind offen auszuschreiben, Pensum von 70% bis 100%. Die Ausschreibung ist allenfalls zu wiederholen. Eine Stelle ist erst zu besetzen, wenn geeignete Bewerbungen vorliegen. Allenfalls ist nur eine Person anzustellen. Damit je ein Mann und eine Frau eingestellt werden können, ist ein totales Pensum von mindestens 150% bis maximal 200% vorzusehen. Werden nur 100% bewilligt, muss damit gerechnet werden, dass kein geeigneter männlicher Bewerber eingestellt werden kann. Ideale Pensum wären 70% und 80%.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Für die Gestaltung der Schulsozialarbeit an den beiden Sali-Schulhäusern wird eine 100%-Stelle empfohlen, die mit zwei erfahrenen Personen besetzt werden sollte. Die Personen sollten unterschiedliche Schwerpunkte haben, damit sie sich optimal ergänzen können.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

⇒ Das Umsetzungskonzept stützt sich auf die Erfahrung und die Empfehlung. Jedoch wird ein höheres Totalpensum beantragt. Die 100% gemäss Empfehlung lassen sich erfahrungsgemäss nicht mit je einer geeigneten männlichen und weiblichen Person besetzen. Dies ist jedoch möglich, wenn beispielsweise ein 100% und ein 70%-Pensum besetzt würden. Deshalb wird ein Totalpensum von maximal 200% beantragt. Das beantragte Totalpensum wird auch dem Umstand gerecht, dass an 7 verschiedenen Schulstandorten über 1400 Schülerinnen und Schüler zur Schule gehen.

Als **Trägerschaft** war ursprünglich die Direktion Bildung und Sport vorgesehen. In der Endfassung des Rahmenkonzepts wurde eine Aufteilung in administrative Leitung bei der Direktion Bildung und Sport und fachliche Leitung bei der Direktion Soziales vorgeschlagen. Die Doppelunterstellung hat sich nicht bewährt. Sinnvoll ist die Unterstellung unter eine Direktion. Schulsozialarbeit kann sowohl als Abteilung dem Rektorat oder als Stabsstelle der Verwaltungsleitung der Sozialdirektion angegliedert werden. Nach Auswertung der Voten an der Sitzung des Gemeindeparlamentes haben sich die Verantwortlichen für eine Angliederung an die Bildungsdirektion entschieden, weil Schulsozialarbeit primär als Arbeit in der Schule und nicht als Sozialarbeit wahrgenommen werden soll.

Erfahrung:

⇒ Die Schulsozialarbeit ist als Stabsstelle dem Rektorat oder der Verwaltungsleitung der Sozialdirektion anzugliedern.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Schulsozialarbeit sollte an die Sozialdirektion angegliedert werden.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

⇒ Das Umsetzungskonzept weicht hier von der Empfehlung ab. Schulsozialarbeit soll als Bestandteil der Schulorganisation gelten. Mit den abnehmenden Schülerzahlen einerseits und den zunehmenden Problemen andererseits kann hier besser argumentiert werden. Die abnehmenden Schülerzahlen haben Minderkosten zur Folge. Die Mehrkosten der Schulsozialarbeit werden dadurch aufgewogen.

Zu Diskussionen gab immer wieder der **Standort** der Schulsozialarbeit Anlass. In den Büros neben der Turnhalle im Sälischulhaus war die Schulsozialarbeit entfernt vom eigentlichen

Schulbetrieb, andererseits aber auch entfernt von fachlicher und administrativer Leitung. Für die Führung der Schulsozialarbeit ist einerseits Nähe notwendig. Diese kann dadurch erreicht werden, dass die Büroräumlichkeiten im Stadthaus sind. Die niederschwellige Arbeit vor Ort wird im Kontrakt mit den Schulhäusern vereinbart. Die Schulhäuser haben dazu für die fix vereinbarten Zeiten einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen.

Erfahrung:

⇒ Für die Arbeit vor Ort und die dazu vereinbarten Zeiten haben die Schulhäuser einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen. Die Büroräumlichkeiten sollen nahe bei der Führung sein.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Räumliche Verortung der Schulsozialarbeit auf dem Areal der Sali-Schulhäuser.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

⇒ Das Umsetzungskonzept berücksichtigt wiederum sowohl die Erfahrung als auch die Empfehlung. Schulsozialarbeit soll vor Ort geleistet werden. Deshalb wird von Schulhäusern erwartet, dass Räume (temporär) zur Verfügung gestellt werden. Das zentrale Büro für die Schulsozialarbeit soll aber im Stadthaus in der Nähe der Führung sein. Zu den vereinbarten Zeiten befinden sich die Schulsozialarbeitenden somit vor Ort in den Schulhäusern. Büroarbeit im Rahmen von rund einem halben Tag pro Woche leisten sie im Stadthaus. Sie sind für Kinder und Eltern auch niederschwellig über ein Nottelefon zu erreichen. Interventionen in Schulhäusern, die keine fixen Präsenzzeiten vereinbart haben, erfolgen vom zentralen Büro aus.

Das Rahmenkonzept sah als **Begleitung** folgende Bausteine vor: Teamsitzungen der Schulsozialarbeit, Sitzungen mit administrativer und fachlicher Leitung, Supervision und Weiterbildung. Aus Gründen der Distanz, unterschiedlicher Prioritätensetzungen, unterschiedlichen Führungsverständnisses und finanzieller und administrativer Grenzen kam die Begleitung nicht wie gewünscht zum Tragen. Schulsozialarbeit muss klar geführt sein. Eine Direktion muss die Führungsverantwortung übernehmen. Dazu gehört die Vorgabe von Prioritäten, aber auch Entlastung und Hilfe bei administrativen und finanziellen Angelegenheiten. Die Schulsozialarbeit muss sich auf ihre Aufgabe konzentrieren können.

Erfahrung:

⇒ Die Schulsozialarbeit ist durch klare Führung, Prioritätensetzung und Unterstützung im Verwaltungsumfeld dazu zu befähigen, ihre Hauptaufgaben wahrzunehmen.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Sorgsame Begleitung der Anfangsphase der definitiven Einführung der Schulsozialarbeit (z.B. durch rechtzeitiges Coaching).
⇒ Formierung einer Fachgruppe auf der Ebene der Sozialdirektion und Weiterführung der Steuerungsgruppe mit Beteiligten aus Schule, Direktionen und Schulsozialarbeit.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

⇒ Das Umsetzungskonzept soll sowohl die Erfahrung als auch die Empfehlung berücksichtigen. Da die Schulsozialarbeit der Bildungsdirektion angegliedert wird, soll die Fachgruppe auch auf der Ebene der Bildungsdirektion formiert werden. Die Sozialdirektion als wichtige Partnerdirektion ist darin vertreten.

Für die **Qualitätssicherung** waren MBO, Statistik und eine Analyse der Arbeitsbereiche nach Ablauf der Pilotphase vorgesehen. Ferner hatte die Schulsozialarbeit die Aufgabe, während der Pilotphase ein Detailkonzept auszuarbeiten. Rückblickend hätte ein Detailkonzept vor Beginn der Pilotphase vorliegen müssen. Darin wären Aufgaben, Prioritäten, Kompetenzen und Ver-

antwortung festgehalten. Themen wie beispielsweise der Ablauf von Gefährdungsmeldungen, die Definition des Auftrages und die verschiedenen Stufen vertraulicher Information hätten nicht erst erarbeitet werden müssen. Zur Qualitätssicherung gehören zudem von Beginn an die Instrumente Supervision und Fallbesprechungen.

Erfahrung:

⇒ Vor der Einführung von Schulsozialarbeit muss ein Detailkonzept vorliegen. Die Möglichkeit einer Fallsupervision muss von Beginn an vorhanden sein.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Controlling aufgrund einer Analyse aller Arbeitsbereiche und unter Beteiligung der Sichtweisen der Schüler/-innen.

⇒ Es sollte in angemessenen Abständen überprüft werden, ob und inwieweit die Ziele erreicht wurden.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

Das Umsetzungskonzept berücksichtigt Erfahrung und Empfehlung. Ein Detailkonzept (Feinkonzept) liegt vor. Die Möglichkeit einer Fallsupervision besteht. Die periodische Überprüfung ist Teil des Umsetzungskonzeptes, das mit Kontrakten arbeitet.

Im Evaluationsbericht wird zusätzlich empfohlen, **Schulsozialarbeit als spezifischen und notwendigen Bestandteil des Bildungssystems** zu anerkennen und zu konzipieren.

Empfehlung (Evaluationsbericht):

⇒ Schulsozialarbeit mit ihren Bildungs- und Beratungsangeboten als spezifischen und notwendigen Bestandteil des Bildungssystems anerkennen und konzipieren.

⇒ Schulsozialarbeit als Bildungsarbeit im nicht-formellen Bereich verstehen, die die Förderung von Lebenskompetenz zum Ziel hat und diese auf verschiedene Weisen mitgestaltet.

⇒ Partizipation fördern.

⇒ Schulhauskultur gemeinsam mit Lehrkräften und Schüler/-innen entwickeln.

⇒ Geschlechterspezifische Reflektion und Gestaltung der Angebote

⇒ Angebote der Schulsozialarbeit expliziter an den Lebensrealitäten vor Ort ausrichten. Lebensrealitäten erkunden.

Stossrichtung (Umsetzungskonzept):

Mit der vorgeschlagenen Angliederung der Schulsozialarbeit an die Bildungsdirektion wird diesen Empfehlungen gefolgt.

4. Umsetzungskonzept 2007

Auf Grund der kritischen Würdigung der Pilotphase wird die Umsetzung stufenweise geplant. Erste Voraussetzung ist ein Entscheid des Gemeindeparlamentes. Stimmt das Gemeindeparlament zu, folgt eine „Klärungsphase“. Rektorat und Schulleitungen klären die Zusammenarbeit. Die gegenseitigen Leistungen werden ausgehandelt und in einem Kontrakt festgehalten. Nach der Zustimmung durch das Gemeindeparlament werden die Stellen ausgeschrieben. Die Besetzung der Stellen erfolgt nur, wenn sich erfahrene, ausgewiesene Personen melden. Andernfalls wird eine Neuausschreibung geprüft und der Start um ein halbes Jahr verschoben. Sofern eine Anstellung erfolgt, wird die Arbeit im August 2007 aufgenommen:

Termin	Was	Beschreibung	Entscheid / Meilenstein / Ergebnis
Ende März 2007	Bericht und Antrag an Gemeindeparlament	Schulsozialarbeit / definitive Einführung im Rahmen von 1.0 bis 1.5 Stellen	Entscheid Gemeindeparlament Ja / Nein
Mai 2007	Klärungsphase Ausschreibung der Stellen	Die Schulleitungen klären die Zusammenarbeit und bieten die notwendigen Räumlichkeiten an.	Vereinbarungen mit Schulleitungen abgeschlossen
Juni 2007	Besetzung der 1.5 bis 2.0 Stelle(n)	Besetzung der Stelle(n) mit einem oder zwei geeigneten Bewerbern	Besetzung der Stelle Ja / Nein
August 2007	Arbeitsaufnahme	Aufnahme der Arbeit gemäss Kontrakten mit Schulleitungen, Büroräumlichkeiten im Stadthaus	Arbeitsaufnahme, sofern alle Bedingungen erfüllt sind

5. Erwägungen

Der Evaluationsbericht der Fachhochschule liegt seit September 2006 vor. Das Feinkonzept (Detailkonzept) wurde am Ende der Pilotphase erstellt. Beide Unterlagen sind auf der städtischen Internetseite abrufbar (download). Die Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht sind in Kapitel 2 aufgeführt und in das Umsetzungskonzept eingeflossen.

Die Empfehlungen der Fachhochschule und die von Bildungs- und Sozialdirektion gemachten Erfahrungen unterscheiden sich in wenigen Punkten:

	Erfahrungen Bildungs- und Sozialdirektion	Empfehlung Fachhochschule	Vorschlag gemäss Umsetzungskonzept
<i>Welche Schulhäuser sind beteiligt</i>	Die verschiedenen Schulhäuser bewerben sich.	Säli 1 und Säli 2	Umsetzung je nach Eignung der Bewerbungen.
<i>Personelle Ressourcen</i>	2 Personen, 150% bis 200%	2 Personen verschiedenen Geschlechtes 100%	2 Personen, 150% - 200%, idealerweise Mann und Frau mit 70%- bis 100%-Pensen
<i>Trägerschaft</i>	Stabsstelle bei Rektorat oder Verwaltungsführung der Sozialdirektion	Sozialdirektion (Stabsstelle)	Abteilung bei Bildungs-Direktion
<i>Standort</i>	Arbeit vor Ort je nach Kontrakt mit Schulhäusern, Zentrale im Stadthaus	Säli 1 und Säli 2	Arbeit vor Ort je nach Kontrakt mit Schulhäusern, Zentrale im Stadthaus

Die Schulsozialarbeit soll bei Schulhäusern angesiedelt werden. Über Eigenleistung und Möglichkeiten der Nutzung der Schulsozialarbeit werden Vereinbarungen abgeschlossen. Das gegenseitige Interesse muss gegeben sein, eine Auseinandersetzung mit dem Thema muss im voraus erfolgen.

Die Personalrekrutierung erfolgt nach dem Beschluss des Gemeindeparlaments. Entgegen der Empfehlung der Fachhochschule soll nicht auf zwei 50%-Anstellungen hingearbeitet werden. Es sollen 2 geeignete Personen mit minimal je 70% bis maximal 100 Stellenprozenten angestellt werden. Ideal wäre die Besetzung mit einem Mann und einer Frau.

Bildungs- und Sozialdirektion hätten sich die Angliederung der Schulsozialarbeit als Abteilung oder Stabsstelle sowohl beim Rektorat als auch beim Verwaltungsleiter der Sozialdirektion vorstellen können. Beide Varianten hätten Vor- und Nachteile. Wird Schulsozialarbeit der Bildungsdirektion angegliedert, stehen sich bei einer möglichen Auseinandersetzung beispielsweise zwischen einer Schulleitung und der Schulsozialarbeit zwei dem Rektorat unterstellte Bereiche einander gegenüber und das Rektorat hat Entscheidungsbefugnis. Besser wäre es jedoch, wenn zwei unabhängige Partner mit unterschiedlicher Sichtweise aber denselben Zielen eine Lösung aushandeln müssten. Andererseits hat diese Variante den Vorteil, Schulsozialarbeit als spezifischen und notwendigen Bestandteil des Bildungssystems darzustellen, wie das auch im Evaluationsbericht empfohlen wird. Zudem lassen sich die Stellen und die damit verbundenen Kosten im Kontext der Bildungsdirektion politisch besser erklären, da abnehmende Schülerzahlen einerseits auch mit geringeren Kosten verbunden sind und andererseits nicht zuletzt durch die Berichterstattung in den Medien die zunehmenden Probleme im Schulbereich bekannt sind und damit den Einsatz von Ressourcen rechtfertigen.

Beim Standort geben Bildungs- und Sozialdirektion dem Aspekt der Führung ein starkes Gewicht. Diese ist besser gewährleistet, wenn ein zentrales Büro im Stadthaus eingerichtet wird. Die Schulsozialarbeit wird dennoch vor Ort stattfinden, primär zu den ausgehandelten Präsenzzeiten und in temporär zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten vor Ort. Mobilität ist durch Ausrüstung mit geeigneten Laptop-Computern zu gewährleisten.

Das vorliegende Umsetzungskonzept berücksichtigt die Erfahrungen aus der Pilotphase und die Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht. Für die Umsetzung sind Einzelschritte definiert. Jeder Einzelschritt ist Voraussetzung für die folgenden Schritte. Die Schulsozialarbeit wird nur gestartet, wenn das Parlament grünes Licht gibt, die Kontrakte mit den Schulleitungen ausgehandelt sind. Andernfalls werden die Voraussetzungen neu geprüft und der Start verschoben. Die Umsetzung wird von einer Gruppe begleitet, in der die beiden Direktionen Bildung und Soziales, verschiedene Schulhäuser und die Schulkommission vertreten sind. Die Begleitgruppe wird der Bildungsdirektion angegliedert. Stadtrat und Parlament sind in geeigneter Form über die Umsetzung zu informieren. Ende eines Schuljahres sind jeweils Zielsetzungen, Zielerreichung, Struktur und Rahmenbedingungen zu überprüfen und – sofern notwendig – den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

6. Finanzielle Auswirkungen und Finanzkompetenz

6.1. Personalaufwand

Die bisherige Einstufung der provisorisch bewilligten Stellen für die Schulsozialarbeit richtete sich nach der Lohnklasse 12 der geltenden Besoldungsregelung. Die Bandbreite bewegt sich zwischen dem Minimum von Fr. 74'903.-- und dem Maximum von Fr. 104'039.-- pro Vollzeitstelle. Die jährlich wiederkehrenden Lohnkosten für 200 Stellenprozente betragen demnach:

	Im Minimum	im Maximum
Lohnkosten	Fr. 149'806	Fr. 208'078
+ ca. 18 % Sozialleistungen	<u>Fr. 26'964</u>	<u>Fr. 37'452</u>
Total	Fr. 176'770	Fr. 245'530

Die definitiven Einreihungen der Stellen richten sich nach den anzurechnenden Erfahrungsstufen.

Im Budget 2007 sind Fr. 48'600 für 100 Stellenprozente inkl. Sozialleistungen ab neuem Schuljahr bereits enthalten. Für die zusätzlichen 100 Stellenprozente ist der entsprechende Nachtragskredit pro rata für 5 Monate im Betrage von Fr. 36'830 (Minimum) bis Fr. 51'150 (Maximum) mitzubewilligen.

6.2. übriger Aufwand

Für die notwendigen Informatikmittel (Hard- und Software) entstehen Anschaffungskosten von rund Fr. 9'000.—. Die Räume und das Material vor Ort ist von den Schulleitungen und ein entsprechender Arbeitsraum im Stadthaus von der Direktion Bildung und Sport zur Verfügung zu stellen.

6.3. Finanzkompetenz

Da die jährlich wiederkehrenden Kosten die Höhe von Fr. 60'000.— überschreiten, unterliegt der Beschluss dem fakultativen Referendum (Art. 14 GO).

7. Stellungnahmen

7.1. Schulkommission

Die Schulkommission hat sich an ihrer Sitzung vom 19. Dez. 2006 eingehend mit dem Thema Schulsozialarbeit befasst. Die Schulkommission ist grossmehrheitlich für die Annahme dieses Berichtes und Antrages mit der Angliederung der Schulsozialarbeit als Abteilung beim Rektorat der Direktion Bildung und Sport. Insbesondere spricht sich die Schulkommission für höhere Pensen von 100% bis 150% aus. So wäre es einfacher, zwei qualifizierte Personen mit geeigneten Pensen zu rekrutieren. Die Schulkommission wünscht sowohl einen Schulsozialarbeiter wie auch eine Schulsozialarbeiterin. Sie erklärt sich mit dem Kontraktmodell und den Standortsvorschlägen einverstanden.

7.2. Schulleiterinnen- / Schulleiter-Konferenz

Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich an der Konferenz vom 21. Dez. 2006 mit dem Thema Schulsozialarbeit auseinandergesetzt. Alle Schulleitungen finden Schulsozialarbeit notwendig. Das bisherige Dreikreise-Modell habe sich hingegen nicht bewährt, da Schulsozialarbeit an allen Schulen angeboten werden müsse. Die engere Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen wird begrüsst, wie auch die verbesserte Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen. Eine Unterstellung bei der Direktion Bildung und Sport wird priorisiert, die direkte Unterstellung bei den Schulleitungen klar abgelehnt. Auch wenn Schulsozialarbeit primär im Schulhaus stattfindet, ist die vorgeschlagene Lösung mit dem Backoffice im Stadthaus gut vollziehbar, da die Erreichbarkeit mit den heutigen Kommunikationsmitteln garantiert werden könne. Die Schulleitungen befürworten eine Ausschreibung im Umfang von mind. 100% bis 150%, da damit die Anstellung von je einem Mann und einer Frau möglich wird.

7.3. Vormundschafts- und Sozialhilfekommission

Die Vormundschafts- und Sozialhilfekommission hat sich an der Sitzung vom 23.01.2007 mit dem Thema Schulsozialarbeit befasst. Die Kommission unterstützt den vorliegenden Bericht und Antrag. Die Kommission erachtet die Anstellung von je einem Mann und einer Frau als wichtig. Diese ist dann möglich, wenn 150 Stellenprozente geschaffen werden.

7.4. Personaldienst und Controlling

Personaldienst und Controlling wurden für die Ausarbeitung der fachspezifischen Belange des Berichtes und Antrages beigezogen und stimmen diesen zu.

Beschlussesantrag:

I.

1. Ab dem Schuljahr 2007/2008 (1.8.2007) werden maximal 200 Stellenprozente für die Schulsozialarbeit bewilligt.
2. Die erforderlichen Nachtragskredite gemäss Ziffer 6.1 und 6.2 werden mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Der Beschluss unter I, Ziffer 1 und 2 unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Markus Ammann: Zuerst möchte ich im Namen der GPK danken für den relativ kurzen, übersichtlichen Bericht, ein Bericht, der aber auch einen gewissen Schwachpunkt oder Mangel aufweist, insbesondere in der verwirrenden oder inhaltlichen Argumentation. Es sind hier verschiedene Meinungen abgebildet: Schulkommission, Fachhochschule etc. und letztendlich ist etwas wenig ausgedeutet worden oder vor allem für die GPK wenig klar geworden, weshalb es eigentlich in der Stadt Olten wirklich Schulsozialarbeit braucht. Grundsätzlich kann man aber festhalten, dass die GPK zweifellos findet, dass es sinnvoll und zwingend nötig ist, in der Stadt Olten Schulsozialarbeit zu machen. Sie ist deshalb auch mit grosser Mehrheit und weitestge-

hend ohne Diskussion für die Fortführung und Ausweitung der Schulsozialarbeit gewesen. Die Beurteilung des Pilotprojekts, das quasi auch als Basis für die Diskussion gebraucht worden ist, ist interessant gewesen, weil das Pilotprojekt letztendlich zu sehr unterschiedlichen Interpretationen Anlass gegeben. Die Meinung ist gegangen von: Der Pilot ist gescheitert, weil vieles offenkundig nicht geklappt hat, weil es schlecht angegangen worden ist. Andere haben gefunden, der Pilot ist erfolgreich gewesen, weil er gezeigt hat, dass es in Olten eigentlich gar nicht so viele Fälle für die Schulsozialarbeit gibt. Die Dritten – ich würde sagen, das ist die Mehrheit gewesen – haben gefunden, der Pilot ist erfolgreich gewesen, weil klar geworden ist, was alles nicht geht, was zu verbessern ist, wo die Schwierigkeiten sind, wo man ansetzen muss, eigentlich genau das Ziel eines Pilotprojekts. Aus diesen Lehren sollten jetzt die richtigen Schlüsse gezogen werden, beispielsweise die Schulhäuser oder die Ansiedlung, das Konzept letztendlich, das ja auch auf diesem Dreikreisprojekt beruht hat mit der Konzentration im SÄli. Hier unterstützt die GPK klar den Konzeptwechsel mit einem Angebot in allen Schulhäusern und zwar nicht freiwillig, sondern mit einem Angebot, das letztendlich alle mit der Schulsozialarbeit aus handeln müssen. Beispielsweise ist die Unterstellung eine Diskussion gewesen. Der Bericht und Antrag wünscht eine Unterstellung unter die Bildungsdirektion. Allerdings hat man dies auch etwas mit gemischten Gefühlen wahrgenommen, weil die GPK den Eindruck nicht ganz los geworden ist, dass vor allem auch politische und taktische Argumente dazu geführt haben, die Schulsozialarbeit bei der Bildung anzusiedeln und weniger die fachlichen. Im Bericht steht eigentlich auch klar, dass eine Unterstellung unter die Sozialdirektion idealer gewesen und man dort nicht auch die Meinung der Fachhochschule übernommen hätte. Die Forderung der GPK ist schliesslich, dass egal, wo es ist, wichtig ist, dass die Schnittstellen sauber sind und geklärt werden, dass es eine keine Doppelspurigkeit, aber auch keine Lücke gibt. Wie es ihre Aufgabe ist, hat die GPK über die Kosten diskutiert. Hier wären wir natürlich froh gewesen, man könnte ausweisen, dass mit dieser Schulsozialarbeit letztendlich auch Kosten gespart werden. Das wäre immer das Ideale. In diesem Fall ist dies vielleicht etwas schwieriger. Es gibt möglicherweise solche Zahlen, Fremdplatzierungen, die man verhindern kann. Wir gehen davon aus, dass es trotzdem noch schwierig ist und auch die Forschung vielleicht hier noch nicht ganz auf dem Punkt ist oder noch nicht so weit ist, dass man hier wirklich auch interessante Zahlen hätte haben können. Etwas weniger einsichtig, aber auch nicht unerwartet – jetzt mache ich eine kleine persönliche Klammer auf – ist die unselige Diskussion um die 1 : 1-Kompensation der Stellen in der Stadtverwaltung für die beantragten Stellen. Die beantragte Verquickung ist dann aber in der GPK quasi unter dem Titel „Einheit der Materie“ letztendlich doch abgelehnt worden. Entweder braucht es Schulsozialarbeit oder es braucht sie eben nicht. Das hängt nicht davon ab, ob jetzt zufälligerweise irgendwo gerade eine Stelle überflüssig ist. Am Schluss ist dann aber doch auch noch einmal inhaltlich diskutiert worden. Neben der Hilfe und Unterstützung, welche die Schulsozialarbeit für die Schülerinnen und Schüler sein kann, ist es eben auch eine Entlastung, beispielsweise für die Lehrerinnen und Lehrer. Diese ist nötig und wird auch stattfinden. Auch eine Art Vorbeugung gegen Ausbrennen und Erschöpfung, wie es eben auch bei unseren Lehrern zunehmend der Fall ist, nicht nur bei den Lehrern, aber auch. Man hat dafür plädiert, dass die Prävention in Zukunft einen wichtigen Stellenwert einnehmen muss, dass man nicht immer nur hinterher rennt, sondern eben voraus sein kann. Weshalb es Schulsozialarbeitziele braucht, um zu Resultaten zu kommen, ist auch klar geworden. Es ist nämlich zentral und die Basis der Arbeit, Vertrauen zu den Schulleitungen, den Lehrerinnen und Lehrern, kontinuierliche Arbeit und Zusammenarbeit, aber vor allem eben auch das Vertrauen zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen. Das geht nur mit intensiver Präsenz vor Ort, zum richtigen Zeitpunkt eben am richtigen Ort. Man ist sich bewusst, dass diese Arbeit unter Umständen je nach Schulhaus, Lehrkörper, Schülerinnen und Schüler sogar – das ist mindestens auch wieder persönlich meine Erfahrung – Jahre dauern kann, bevor es wirklich Erfolg hat. Damit ist auch gesagt, dass ein Büro im Stadthaus kaum gross nötig sein wird, sondern dass geeignete Räumlichkeiten natürlich in den Schulhäusern vorhanden sein müssen und nicht im Stadthaus. Diese Leute müssen draussen bei den Schülerinnen und Schülern sein. Das führt dann letztendlich auch zu den – ich sage jetzt – die GPK sehr interessierenden Diskussion über die Stellenzahl oder die Stellenprozente. Sie ist zwar ausgiebig gewesen, aber nicht unbedingt sehr ergiebig, weil eben die Argumentation, die im Bericht dargelegt worden ist, etwas schwach ge-

wesen ist. Es ist dann schliesslich auch zu einem Änderungsantrag auf eine Reduktion auf maximal 160 % gekommen. In diesem Sinne empfiehlt die GPK ein klares Ja zur Schulsozialarbeit in Olten und beantragt im Gegensatz zum Stadtrat, maximal nur 160 % zu genehmigen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Der Stadtrat unterbreitet Ihnen heute Abend diesen Antrag auf definitive Einführung der Schulsozialarbeit an allen Schulen der Stadt Olten. Der GPK-Sprecher hat die Vorlage bereits erläutert, ist auf die Themenbereiche, die durchaus kontrovers diskutiert worden sind, eingegangen. Ich denke, die Ihnen vom Stadtrat unterbreitete Vorlage ist nicht verwirrend, sondern zeigt eigentlich auch Diskussionspunkte auf, bei denen man tatsächlich unterschiedlicher Meinung sein kann und über die sich schliesslich das Parlament eine Meinung bilden soll. Der Stadtrat selber ist davon überzeugt, dass die definitive Einführung dieser Schulsozialarbeit absolut notwendig ist. Ich verzichte darauf, auf einzelne Details des Berichts und Antrags einzugehen. Ich gehe davon aus, dass sie den Bericht und Antrag gelesen und in den Fraktionen auch diskutiert haben. Es hat einzelne Punkte, bei denen ich denke, dass es gleichwohl wichtig ist, sie noch speziell hervor zu heben. Vom GPK-Sprecher ist gesagt worden, dass der Pilot eine gewisse Bedeutung gehabt hat. Das ist auch so. Dieser zweijährige Versuch ist nicht einfach so gescheitert, wie vielleicht von gewissen Personen dargestellt worden ist, sondern es hat dazu beigetragen, sich in unserer Stadt Olten tatsächlich endlich auch einmal Gedanken über die Einführung der Schulsozialarbeit und der Problemkreise, welche die Schulen in diesem ganzen Bereich umgeben, zu machen. Der zweijährige Pilot ist durchgeführt, ordentlich abgeschlossen und - wie auch im Vorfeld angekündigt - ausgewertet worden. Diese Auswertung ist sehr wichtig gewesen, weil man dort Erkenntnisse über Schwächen, Problematiken und Bereiche, bei denen man vielleicht nicht ganz sicher gewesen ist, wenn man die Schulsozialarbeit einführt, ob es der richtige Weg ist, so wie man ihn angedacht hat, gewonnen hat. Dieser Pilot und auch die Erfahrung daraus sind meiner Meinung nach wichtige und optimale Diskussionen und auch Startbereiche gewesen, die uns für die definitive Einführung der Schulsozialarbeit behilflich sein werden. Ein zentraler Punkt ist die Abkehr vom Dreikreis-Modell, wo eigentlich der Pilot davon ausgegangen ist, dass man sich auf das Sälischulhaus konzentriert unter Annex des Bifangschulhauses unter Berücksichtigung der aktuellen Begebenheiten. Der Stadtrat bzw. die Auswertung und auch die Schulkommission hat sich damit auseinandergesetzt und ist zur Einsicht gekommen, dass sich Schulsozialarbeit nicht nur auf das Sälischulhaus Oberstufe und Bifang reduzieren darf, sondern dass dies ein Bedürfnis nicht nur der Lehrer, sondern auch all unserer Schülerinnen und Schüler der Stadt Olten ist. Also keine Beschränkung auf ein Schulhaus. Wir wissen ja auch nicht, welche Herausforderungen in einem Jahr oder in zwei Jahren an die Schulsozialarbeit gestellt werden. Die Abkehr von diesem Dreikreismodell hat auch dazu geführt, dass man von diesen 100 Stellenprozenten abgekehrt ist. 100 Stellenprocente reichen schlichtweg nicht, um die Bedürfnisse an unseren Oltner Schulen befriedigen zu können. Dadurch ist der Stadtrat auch der Meinung, dass man diese Stellenprocente entgegen dem Budget 2007 erhöhen und eine Ausschreibung von 150 bis 200 Stellenprozenten machen muss, weil dies schlichtweg der Schülerzahl der Stadt Olten anheim gestellt ist, entspricht und man die entsprechenden Bedürfnisse so befriedigen kann. Wir wollen nicht mit 100 Stellenprozenten starten und eigentlich einen unfertigen, undurchdachten Start machen, wo man im Voraus sagen muss, er ist nicht gerade zum Scheitern verurteilt, aber die Startbedingungen sind schlecht. Ich denke, auch die Startbedingungen für die Ausschreibung als solche müssen gut geschaffen werden. Mit 100 Stellenprozenten kann man davon ausgehen und die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass die Personen, die man für die anspruchsvolle Arbeit sucht, nicht unbedingt gefunden werden können. Deshalb ist der flexible Antrag 150 bis 200 Stellenprocente schliesslich auch ein Zugeständnis an die Handlungsfreiheit an uns Stadträte, an die zuständige Direktion, um eine optimale Auswahl treffen zu können. Noch zur Unterstellung und Struktur der Schulsozialarbeit: Auch klar hervorgegangen ist, dass eine Doppelunterstellung einfach keinen Sinn macht. Nicht nur bei der Schulsozialarbeit, sondern grundsätzlich, auch in einer städtischen Verwaltung sind Doppelunterstellungen nicht gut. Es sind Schnittstellen, die relativ kompliziert definiert werden müssen. Wir sind der Meinung, auch vom Stadtrat her, dass die Unterstellung unter eine Direktion das Richtige ist. Wir haben lange abgewogen, ob es jetzt die Sozialdirektion oder die Bildungsdirektion ist. Die Vorlage ist

eine Kooperation mit meinem Kollega Peter Schafer. Die Diskussion hat schliesslich gezeigt, dass die Schulsozialarbeit Bestandteil der Qualitätssicherung an unseren Schulen sein soll, Bestandteil im Sinne von Schularbeit und nicht primär Sozialarbeit. Mir ist bewusst und es ist mir auch in der GPK zu Recht gesagt worden, dass, wenn eine Direktion bestimmt wird, die Schnittstellen definiert werden müssen. Wenn man eine Direktion bestimmt - wie jetzt hier in unserem Antrag die Bildungsdirektion - ist der entsprechenden Schnittstellenproblematik Rechnung zu tragen. Wann ist welche Direktion zuständig? Wann gehen die Dossiers von einer Direktion zur anderen? Ein weiterer Punkt ist die sorgfältige Einführung dieser Schulsozialarbeit. Man kann nicht davon ausgehen, dass, wenn man dies heute Abend beschliesst, dies morgen oder wenn die Stellen besetzt sind, sofort funktioniert, sondern das bedeutet ein Zeitprozess, ein Prozess, in den die ganze Schulsozialarbeit eingepflanzt werden muss, wo Vertrauen aufgebaut werden muss. Deshalb gehen wir auch davon aus, dass diese Schulsozialarbeit, wenn vor allem dann die Stellen auch besetzt sind, in Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und der Lehrerschaft weiter entwickelt werden muss, damit dem Prozess mit der Einführung auch Erfolg bedacht ist. Niederschwelligkeit ist mehrfach betont worden in der Vordiskussion. Es hat auch Personen gegeben, die gesagt haben, die Schulsozialarbeit muss schwellenlos sein. Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass dies nicht Schreibtischtäter im Stadthaus sind, sondern sich draussen in den Schulhäusern befinden und entsprechend auch die Erfahrungen haben, dass Erfahrungsaustausch und die Arbeit stattfinden können. Wir sind aber auch der Meinung, dass die Lehrer an und für sich die ersten Schulsozialarbeiter bleiben. Das sind die ersten, die mit den Schülerinnen und Schülern Kontakt haben. Man muss einfach bedenken, dass die Herausforderung in unserer Bildungslandschaft, im gesellschaftlichen Umfeld derart gewachsen sind, dass sich die Lehrerschaft zum Teil um ihren Bildungsauftrag gar nicht mehr kümmern kann, sondern sich um Sachen annehmen müssen, die eigentlich nicht primär ihr Auftrag sind. Ich denke hier an Herausforderungen, welche die Schulen im Zusammenhang mit Strukturveränderungen haben, Klassengrössen, die auch vom Kanton definiert werden, anstehende Projekte, sei dies Integration, Blockzeiten, Einführung einer zweiten Fremdsprache. Es ist aber auch der Wertepluralismus, der in unserer Gesellschaft ansteht, und die Migrationsproblematik, die sich schliesslich auch in der Bildungslandschaft niederschlägt. Ich denke, Schulsozialarbeit ist nicht irgend eine Modeerscheinung, ist auch nicht irgendwie eine Idee von gewissen Interessenverbänden, sondern es ist letztlich das Bedürfnis von Schülerinnen und Schülern, von der Lehrerschaft, damit unter anderem mit der Schulsozialarbeit eine Antwort gefunden werden kann auf die sich stets wandelnde Gesellschaft. Der Stadtrat denkt, es ist absolut notwendig, dass die Institution Schulsozialarbeit an unseren Oltnen Schulen ihre Arbeit möglichst rasch und effizient aufnehmen kann. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Bevor wir zum Eintreten kommen und das Wort öffnen: Die SVP-Fraktion hat gebeten, dass noch ein Bericht zum Thema Peacemaker ausgeteilt werden kann. Das machen wir selbstverständlich. Ich denke, das gehört auch zum Thema Schulsozialarbeit.

Rudolf Lutz: Vorerst möchte ich Martin Wey danken, der uns eigentlich überraschenderweise - wir haben gar nicht damit gerechnet - an der letzten Fraktionssitzung unterstützt hat. Er hat uns besucht und das ganze Thema etwas näher gebracht. Merci, Martin, dass Du Dir Zeit genommen hast. Als erstes sind wir klar der Meinung, dass Erziehung eigentlich immer noch Sache der Eltern ist. Ich glaube, das ist sicher ein Punkt, den man immer ins Auge fassen muss und nicht vergessen sollte. Wir haben aber nach ausgiebigen Diskussionen versucht, Pro und Contra abzuwägen und sind dann auf folgende Sachen gekommen: Wir sind auch der Meinung, dass in der Stadt Olten etwas gemacht werden muss. Wir haben in der Stadt Olten Probleme, sei es Gewalt, sei es Nötigung, Streitigkeiten usw. Ich denke, ich muss nicht weiter aufzählen. Das kennen alle. Aber wir sind der Meinung, dass die Kosten, welche die Schulsozialarbeit wieder aufwerfen soll - wir sprechen hier je nachdem von einer Summe von

Fr. 150'000.— bis Fr. 240'000.— - einfach einmal Kosten mehr sind, die auflaufen, die wir wieder irgendwie produzieren. Sehr wahrscheinlich werden wir in zwei, drei Jahren wieder über eine dritte, vierte oder fünfte Stelle diskutieren. Von daher sind wir nicht ganz sicher, ob dies der richtige Weg ist. Wir sind auch nicht ganz sicher, ob wir mit zwei Schulsozialarbeitern – ich gehe einmal davon aus, wir sprechen einmal von diesen 200 Stellenprozenten – fünf Schulhäuser mit durchschnittlich – ich habe jetzt nicht alle Klassen gezählt – 50 Schulklassen betreuen können. Wir zweifeln daran, dass dies möglich ist, und sind eben der Meinung, es geht dann wirklich dorthin, dass wir wieder und noch einmal mehr Leute brauchen. Wenn wir fünf Schulhäuser und 2 Schulsozialarbeiter nehmen, sind es eigentlich immer drei Schulhäuser, die dann nicht betreut sind. Es ist mir schon klar, dass man hier einen Rotationsplan erstellen kann. Aber ich glaube nicht daran. Wir zweifeln auch daran, dass die Präsenz von zwei Schulsozialarbeitern auf einem Pausenplatz oder im Schulhaus wirklich das bringt, was wir uns vorstellen. Wir hören immer wieder die Sachen: Man muss Vertrauen aufbauen. Aber bei dieser Menge Schüler und zwei Personen glauben wir auch nicht ganz daran. Ebenso ist immer wieder aus diesen Gesprächen hervorgegangen, dass diese Schulsozialarbeiter eigentlich auch zur Unterstützung der Lehrer da sind. Die Lehrer können das Pensum nicht mehr geben, weil sie gestört werden, weil sie sich dem annehmen müssen. Ich glaube, es kann letztlich nicht die Zielsetzung sein, dass bei einer Schulsozialarbeit die Lehrer die ersten sind, die davon profitieren. Aber wir haben uns nachher nach so vielen negativen Argumenten gleichwohl einmal die Frage gestellt, wie man das Problem anders lösen könnte. Ihr habt etwas verteilt erhalten. Wir nehmen nicht an, dass Peacemaker ein Fremdwort für die meisten sind. Ich weiss auch nicht, wie oft dies hier schon diskutiert worden ist. Aber wir möchten es trotzdem wieder einmal anschauen und sind der Meinung, es lohnt sich, ein anderes System anzuschauen und auch einmal andere Wege zu gehen. Deshalb möchten wir gleichwohl versuchen, Euch das Projekt vorzustellen. Peacemaker kennt man schon lange und dies gibt es nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den USA, Kanada, Deutschland, England, Österreich und weiteren fünf Ländern. Es läuft aber in der Schule, zum Beispiel in Zürich Egg, Hombrechtikon, Worblaufen und noch anderen Orten, bereits erfolgreich und wird dort auch umgesetzt. Was Peacemaker ist, könnt Ihr auf der Kopie, die Ihr erhalten habt, einmal lesen. Aber ich habe trotzdem versucht, etwas zusammen zu fassen, was Peacemaker macht oder was es dazu braucht. Peacemaker-Arbeit ist freiwillig. Das heisst, wir müssen niemanden anstellen, sondern wir machen es freiwillig. Peacemaker-Arbeit können Schüler schon in der 2. Klasse machen. Ein Peacemaker ist kein Polizist und patrouilliert auch nicht auf dem Pausenplatz bis er einen Streit gefunden hat, sondern macht Pause, wie die anderen Schüler, und greift dann ein, wenn ein Problem besteht. Ein Peacemaker ist auch kein Richter oder eine Richterin und verhängt auch keine Sanktionen oder sagt, der ist schuldig oder nicht schuldig. Peacemakers sind aber auch keine Lehrkräfte und ersetzen diese nicht. Sie ersetzen auch nicht die Pausenaufsicht der Lehrkräfte, sondern sie sollen Hilfe bieten bei Streitenden, sollen schauen, ob sie gemeinsam eine Entscheidung finden und sollen, wenn sie dies wollen, das Angebot annehmen, dass sie Hilfe bieten können. Sie sind fair, ergreifen nicht Partei und suchen nicht eine Lösung auf die oder die andere Seite. Aber wir sind uns auch im Klaren, dass ein Peacemaker nicht jeden Streit lösen kann. Wenn er dies nicht kann, soll er beim Klassenlehrer oder bei der Pausenaufsicht Hilfe suchen. Erfreulich und vorbildlich ist hier ein Beispiel der Gemeinde Ittingen, wo sich sechs Personen aus der Kirche, dem Elternrat, der Schulkommission, höre da aus einem Judoklub und von der Präventionsstelle der Kantonspolizei bereit erklärt, sogenannte Ateliers zu modellieren. Was machen sie in diesen Ateliers? Sie haben gewisse Themen durch genommen. Eines ist zum Beispiel „Mädchen sind anders als Knaben“, damit sie sich einmal bewusst werden, wo dies durch geht. Sie haben das Thema Streitkultur angeschaut, das Thema Wut, Aggressionen und was ganz sicher wichtig ist: Wer bin ich und woher komme ich? Auch das Thema Ausländer ist dort behandelt. Das Riesenthema ist sicher Fairplay gewesen. Das ganze Peacemaker-Beispiel, das ich hier aufgezählt habe, hat noch einen riesigen Vorteil: Es ist nicht etwas, das nur in der 2. oder 3. Klasse stattfindet, sondern etwas, das die Schüler während des ganzen Lebens begleitet. Sie nehmen es auch mit in den Sport, sie nehmen es mit in den Judoklub, in die Freizeit oder einfach in das ganze Leben, in weitere Schulungen, Ausbildung, die Lehre. Wir sind uns aber ganz klar noch einmal bewusst, dass alles, was wir in der Gemeinde machen und die ganze Unterstützung, die wir

bieten, die Erziehung durch die Eltern nicht beeinflussen kann oder soll. Das heisst nicht: Nicht beeinflussen, sondern ich müsste eigentlich sagen: Nicht ersetzen. Wir alle von der Partei möchten deshalb den Stadtrat gerne einladen, sich zu diesem Thema Peacemaker einmal Gedanken zu machen und vielleicht einmal auf dieser Seite anstatt mit Schulsozialarbeit eine Lösung zu suchen. Nur noch eines, damit ich es richtig gesagt habe: Die Fraktion SVP lehnt den Bericht und Antrag der Schulsozialarbeit vollumfänglich ab und möchte Euch beliebt machen, dass auch das Parlament dagegen entscheidet. Gleichzeitig stellen wir den Antrag, dass man mit der SNCBI, das ist die Schweizer Kontaktadresse der Peacemakers, Verbindung aufnimmt und versucht, das Modell auch in der Stadt Olten einzuführen, eventuell sogar schon auf den Schulbeginn 2007. Es gibt ein Schlagwort, das heisst: Frieden stiften kann gelernt werden. Ich glaube, das wäre sehr wichtig und ja auch das Ziel des Ganzen. Damit danke ich Euch für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich denke, das zweite wäre ein Postulat, das Ihr einreichen müsstet, weil es etwas anders wäre. Der Antrag wäre eigentlich Ablehnung.

Anna Engeler: Ich muss mich jetzt doch gleich am Anfang etwas frei hinein hängen. Zwar habe ich etwas vorbereitet, müsste aber trotzdem etwas zu den Peacemakern sagen. Wie Ihr lesen könnt nach dem ersten Abschnitt, ist das Projekt und die ganze Ausbildung für das Projekt der Peacemakers durch qualifizierte Trainer*innen erfolgt, sprich Schulsozialarbeiter. Das Projekt wird auch während der Laufzeit durch qualifizierte Trainer*innen betreut, sprich Schulsozialarbeiter. Was Ihr eigentlich fordert, ist schliesslich Schulsozialarbeit. Ich gehe jetzt über zu dem, was ich mir vorbereitet habe. Ich möchte auch zuerst Martin Wey ganz herzlich danken. Er ist bei uns in der Fraktion gewesen und hat uns sehr kompetent informiert. Wir haben eine angeregte und aufschlussreiche Diskussion gehabt. Dafür möchte ich ganz herzlich danken. Wir von den Grünen/Jungalternativen möchten auch dem ganzen Stadtrat und allen Mitarbeitenden für die speditive Evaluation der Pilotphase der Schulsozialarbeit danken, die überhaupt erst möglich gemacht hat, dass wir bereits jetzt über eine definitive Einführung diskutieren können. Wir sind der festen Überzeugung, dass es notwendig und wünschenswert ist, dass Schulsozialarbeit eingeführt wird. Tatsache ist, dass soziale Kompetenzen überall und immer häufiger gefordert sind. Der Druck auf Kinder und Jugendliche wird immer grösser. Sie müssen immer mehr leisten. Aber es bestehen in der Schule momentan noch keine Gefässe, wo Sozialkompetenzen gezielt gefördert und angewandt werden, wo praktische Anwendung auch geübt ist, was definitiv notwendig ist. Man kann von den Lehrpersonen nicht erwarten, dass sie neben allem Lehrstoff auch noch diese Aufgabe übernehmen. Von uns aus gesehen wäre dies eine absolute Überforderung und es gehört auch nicht in die Aufgabenbereiche von Lehrpersonen hinein. Genau hier können eben Schulsozialarbeitende Entscheidendes leisten. Als Ansprechpartner und Vertrauenspersonen für Kinder und Jugendliche bei konstruktiver Konfliktbewältigung und Problembewältigung, vor allem aber auch für Lehrpersonen. So ist nämlich Schulsozialarbeit zu einem grossen Teil Arbeit mit Erwachsenen. Es sollen nicht nur die Kinder gefördert werden, sondern es soll auch Erwachsenen Hilfeleistung gegeben werden. Hilfeleistungen, mit schwierigen Situationen umzugehen, wo eben nachher der Lernstoff zu kurz kommt. Lehrpersonen sollen ihre volle Energie auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Ausbildung, verwenden können. So und nur so kann langfristig ein hohes Ausbildungsniveau aufrecht erhalten werden, das den jungen Erwachsenen später die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt garantiert. Für uns sind die 200 Stellenprozentante ganz klar erforderlich für eine optimale Betreuung unserer Schulhäuser, aller Lehrer und aller Kinder und um optimale Resultate zu erzielen. Wir unterstützen ganz klar den Stadtrat in seiner Forderung nach zwei Stellen im Jahreszeitarbeitsmodell. So können nämlich die Schulsozialarbeitenden die unterrichtsfreie Zeit, während der eben nicht die Kinder betreut werden müssen für die Administration nutzen, um Projekte, grössere Projekte Richtung Gewaltprävention usw. vorzubereiten oder sie könnten eben auch solche Angebote aufnehmen, wie vorher in der SVP genannt worden, sind wie Mädchen- und Knabenwochen, wie es übrigens in Solothurn bereits gibt. Die Mädchenwoche existiert schon länger und wird sehr rege genutzt. Während der Ferienzeiten könnte man eben nachher solche Sachen auch anbieten.

Für uns wäre ebenfalls denkbar, dass Schulsozialarbeitende an der internen Weiterbildung für Lehrpersonen teilweise teilnehmen würden, sobald es Gebiets- und Tätigkeitsüberschneidungen gibt. So könnte auch dort ein starkes Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schulsozialarbeitenden aufgebaut werden. Wir haben schon in der Pilotphase gesehen, dass das ganz klar entscheidend sein kann für den Erfolg dieses Projekts. Aus diesen Überlegungen werden wir Grüne/Junge Alternative dem Stadtrat folgen und die Anträge der GPK ablehnen.

Heidi Ehram: Die CVP/EVP-Fraktion dankt für die vorliegende Vorlage. Der Bericht und Antrag ist in unserer Fraktion ausführlich diskutiert worden. Auf das zweijährige Pilotprojekt gehen wir an der heutigen Sitzung nicht mehr näher ein, weil dies bei der Behandlung der Interpellation Derendinger von den Fraktionen bereits ausgiebig gemacht worden ist. Wir sind aber der Meinung, dass das Pilotprojekt seinen Zweck insbesondere in Bezug auf die künftige Ausrichtung und Umsetzung von Schulsozialarbeit in Olten erfüllt hat. In Anbetracht des heutigen schulischen Umfelds und der daraus resultierenden Probleme ist die Notwendigkeit, Schulsozialarbeit anzubieten - und dies in allen Schulhäusern - in unserer Fraktion unbestritten. An dieser Stelle noch etwas zu Peacemaker: Wir haben Peacemakers in Olten. Wir haben sie im Bannfeldschulhaus. Das ist dort bereits installiert. Das ist von der Schulleitung, gemeinsam mit ihrem Kollegium, lanciert worden. Das Postulat wird sich also erübrigen. Man kennt dies in Olten und die anderen Schulleitungen werden dies auch kennen und werden in ihren Teams darüber diskutieren, ob sie dies einführen wollen. Ich finde, Peacemaker ist eine gute Sache, ersetzt aber die Schulsozialarbeit nicht in ihrer Vielfalt, welche sie zu erfüllen hat. Die Arbeitsschwerpunkte eines Schulsozialarbeiters oder einer Schulsozialarbeiterin, wie sie im Bericht formuliert sind, unterstützen wir. Auch für uns sind die Schnittstellen zu Schulleitungen, zu Spezialdiensten, zur Direktion, der sie unterstellt sind, wichtig. Das muss alles klar definiert werden. Ebenso eine klare Abgrenzung zu einem Aufgabenbereich eines Mediators. In diesem Zusammenhang hat man sich bei uns noch eine differenziertere Stellenbeschreibung gewünscht. Die Schulsozialarbeit kann in den Schulhäusern im Kooperationsmodell nur Fuss fassen, wenn sie niederschwellig und mit genügender Präsenz installiert ist. Das gibt das nötige Vertrauen, das es braucht, damit die Schulsozialarbeit greift und zu einem nützlichen Bestandteil des Bildungssystems wird. So hat der vorhandene Wertepluralismus in den letzten Jahren vielfältige Aufgaben in die Schule hinein gebracht oder anders gesagt den Lehrern die Kapazität für das Kerngeschäft genommen. Schulsozialarbeit wirkt auch korrigierend und trägt so zur Qualitätssteigerung der Bildung bei. Als solches scheint uns nach Abwägen von Vor- und Nachteilen richtig, die Schulsozialarbeit der Direktion Bildung und Sport zu unterstellen. Dass die Sozialdirektion in der Fachgruppe vertreten ist, ist von der berufsspezifischen Seite her wichtig. Im Übrigen können wir uns der Meinung der GPK anschliessen, wie sie Markus Ammann geäußert hat. Die Auswertung des Pilotprojekts hat auch aufgezeigt, dass die sorgfältige Einführung, Begleitung und das Controlling eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist. Eine weitere Voraussetzung ist sicher auch eine gute Führung. Unserer Ansicht nach ist eine minimale Präsenzzeit im Stadthaus ein taugliches Mittel dafür. Bei klar definierten Kontrakts mit den Schulhäusern ist auch nicht zu befürchten, dass der Schulsozialarbeiter oder die Schulsozialarbeiterin zuviel im Stadthaus ist. Beim Umsetzungskonzept erscheint uns der Zeitraster eher ehrgeizig, wenn man die üblichen Kündigungsfristen in Betracht zieht. Dass der Anstellung von qualifizierten Schulsozialarbeitern mit Vorzug von Frau und Mann das nötige Gewicht gegeben wird und allenfalls eine Neuausschreibung nicht ausgeschlossen wird, befürworten wir. Die Frage, wie viele Stellenprozente es überhaupt braucht, damit die Schulsozialarbeit auf solider Basis installiert werden kann, hat in unserer Fraktion einiges zu reden gegeben. Dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist, zeigt schon alleine die Tatsache, dass jeder Kanton in der Nordwestschweiz, der Schulsozialarbeit anbietet, ein anderes Berechnungsmodell hat und im Kanton Zürich die Bandbreite von 250 bei 1'200 Schülern pro 100 % Anstellung ist. Auf die Fallzahlen, die den Bedarf ausweisen, können wir nicht abstützen, weil sie schlichtweg nicht vorhanden sind. So bleiben Annahmen aufgrund von Erfahrungen und die Tatsache, dass wir in Olten 7 Schulhäuser mit insgesamt 1'400 Schülern und Schülerinnen haben und der Umstand, dass angemessene Präsenz in den Schulhäusern wichtig ist. Nach längerer Diskussion hat der stadträtliche Antrag von maximal 200 Stellenprozenten, die nicht à priori ausgeschöpft werden

sollen, eine Mehrheit gefunden. Der GPK-Antrag von maximal 160 Stellenprozenten ist nicht primär abgelehnt worden, weil es zu wenige Stellenprozente sind, sondern weil der Stadtrat im vorgegebenen Rahmen von 150 bis 200 Stellenprozenten die bestmöglichen Anstellungen erwirken soll. In diesem Sinne möchten wir auch keine weiteren einschränkenden Faktoren für die Ausschreibung der Stellen fixieren. Immerhin möchten wir doch noch darauf hinweisen, dass 100 Prozent-Stellen von der Effizienz für den Schulbetrieb wegen der unterrichtsfreien Zeit nicht sinnvoll sind. Das Anliegen ist bereits von der GPK der verantwortlichen Direktion mitgegeben worden und wir sind hier nicht ganz der Meinung meiner Vorrednerin, die findet, in dieser Zeit können Projekte gemacht werden. Da sind wir einverstanden. Aber ob dann dies im Rahmen von 8 bis 10 Wochen nötig ist, fragen wir uns. Bei der Diskussion über die finanziellen Auswirkungen hat unsere Fraktion denn auch die Forderung einer Kompensation der geschaffenen Stellen besprochen. Der CVP/EVP-Fraktion ist eine schlanke Verwaltung seit längerem schon wichtig. Deshalb können wir den FdP-Antrag vom Grundgedanken her unterstützen. Inwieweit es sich rechtfertigen lässt, Verwaltungsstellen mit Lehrerstellen zu kompensieren, wäre aber noch zu prüfen. Zudem sind departementsübergreifende Kompensationen in unserer Fraktion zum Teil bestritten. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass hier noch viele Fragen im Raum stehen und die Stellenkompensation im Rahmen eines Vorstosses besser zu behandeln wäre. Der Antrag wird deshalb grossmehrheitlich abgelehnt. In diesem Sinne stimmt die CVP/EVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf das Geschäft und grossmehrheitlich dem Antrag des Stadtrates zu.

Luzia Stocker Rötheli: Leben und lernen hängen eng zusammen. Zuerst müssen die Lebensprobleme angegangen werden, um effizientes Lernen zu ermöglichen. Das entnehme ich einem Bericht über Schulsozialarbeit, die in Burgdorf eingeführt worden ist. Die Schulsozialarbeit entspricht dem heutigen Bedürfnis. Das haben wir jetzt schon vermehrt gehört. Die Gesellschaftsstrukturen haben sich geändert und somit hat sich auch die Schule in den letzten Jahren verändert. Die Schule muss immer mehr Aufgaben übernehmen, die eigentlich nicht zum Kerngeschäft Bildung gehören. Das führt dazu, dass eben für dieses Kerngeschäft immer weniger Zeit bleibt und im Endeffekt die Bildung unserer Kinder darunter leidet. Das wollen wir wahrscheinlich alle nicht. Man kann jetzt über die Entwicklung, die einfach gegeben ist, lamentieren und sich darüber aufregen oder man kann sich eben diesen veränderten Strukturen und Bedingungen stellen und entsprechende Massnahmen ergreifen. Eine dieser Massnahmen, um der Schule wieder den nötigen Spielraum für den Bildungsauftrag zu geben, ist Schulsozialarbeit. Das Pilotprojekt hat neben anderen Erkenntnissen auch gezeigt, dass der Bedarf trotz der schwierigen Bedingungen, die zum Teil geherrscht haben, vorhanden ist. Schulsozialarbeit wird aber vor allem dann genutzt, wenn sie vor Ort verankert ist. Das hat das Beispiel des Sälschulhauses klar gezeigt und auch das Beispiel des Bifangschulhauses hat eben gezeigt, dass es dann nicht klappt. Wir begrüssen deshalb den Entscheid des Stadtrates sehr, dass man eben entgegen den Empfehlungen der Fachhochschule vom Drei-Kreis-Modell abkommt und Schulsozialarbeit in allen Schulhäusern einführen will. Das bedeutet einen Systemwechsel und wir finden diesen Schritt sehr mutig. Es sollen nämlich alle Schüler und Schülerinnen und vor allem eben sie, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer und auch wir Eltern Zugang zu diesem Angebot haben, egal in welchem Schulhaus man sich dann gerade befindet. Zudem kann so auch der präventive Ansatz, der ja nebst der Beratung und der Einzelberatung ein wichtiger Teil der Schulsozialarbeit sein sollte, viel besser umgesetzt werden. Ein Thema, das im Moment sehr aktuell ist, ist zum Beispiel die Jugendgewalt. Mit Prävention könnte man dort, natürlich neben anderen Massnahmen, sicher viel machen. Gerade die Gewaltbereitschaft hat aber sehr viel mit Schulhauskultur zu tun. Um auf diese positiv einwirken zu können, muss eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter vor Ort sein und erleben, wie sich eben diese Gewaltbereitschaft zeigt. Zu diesem Thema möchte ich auch noch kurz etwas zum Peacemaker-Projekt sagen. Wie schon gesagt worden ist, ist dieses bereits in einem Oltnen Schulhaus etabliert. Also ist das nichts Neues. Ich denke, das ist ein gutes Projekt, das sicher gerade auch im Bereich Gewaltprävention eingesetzt werden muss, aber es ist etwas völlig anderes als Schulsozialarbeit und es ist ein Projekt, das eben nicht im professionellen Bereich angesiedelt ist, sondern im Laienbereich. Ich denke, beides hat seinen Platz, aber kann sicher nicht gegeneinander

der ausgespielt oder gegeneinander aufgewogen werden. Wenn die Schulsozialarbeit greifen und sich etablieren soll, braucht es ein möglichst niederschwelliges Angebot, das für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer möglichst einfach zu nutzen und einfach zugänglich ist. Das heisst eben, sie muss vor Ort sein. Die Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen müssen präsent sein. Man muss sie kennen. Man muss wissen, wer es ist. Man muss Vertrauen zu ihnen haben. Nur so kann das Angebot, das wir einführen wollen, eben auch das bringen, was wir uns erhoffen. Wir unterstützen aus diesen Gründen auch den Antrag des Stadtrates mit 200 Stellenprozenten. Wir sehen in diesen Stellen eine Chance, dass es wirklich möglich ist, die Schulsozialarbeit auch an allen Schulen zu verankern. Wir haben 7 Schulhäuser mit rund 1'400 Schülerinnen und Schüler. Wenn die Schulsozialarbeit eben nicht nur Feuerwehrrübung sein und dort einspringen soll, wo es brennt, sondern auch der präventive Ansatz zum Tragen kommen soll, braucht es genügend Stellenprozente, um sinnvolle Arbeit leisten zu können. Diese Anzahl Stellen ermöglicht es eben auch, mehr als zum Beispiel zwei Personen einzustellen, um die Leute besser auf die Schulhäuser verteilen zu können. Man ist auch flexibel, was die Geschlechter anbelangt. Wir finden auch, dass es mit der Jahresarbeitszeit während der schulfreien Zeit möglich ist, einen gewissen Teil der vorher mehr geleisteten Arbeit zu kompensieren und andererseits allenfalls auch für Projekte. Aber wir würden es natürlich begrüßen, wenn möglichst viel Zeit in der Schulzeit für die effektive Arbeit zur Verfügung stehen würde. Zudem finden wir eine fixe Zuteilung der einzelnen Schulsozialarbeitenden zu einem Schulhaus sehr wichtig, damit eben genau diese Präsenz vor Ort und immer die gleiche Person gewährleistet sein kann. Das ist mit mehreren Personen sicher eher möglich. Es ist sicher nicht sinnvoll, wenn jede Woche jemand anders auftaucht. Es werden wahrscheinlich nicht x Personen sein. Trotzdem denken wir, dass Schulsozialarbeit im Endeffekt sehr stark von Personen abhängt und was sie leisten können. Es gibt aber auch dem Stadtrat die nötige Flexibilität, jetzt vielleicht einmal mit zwei Personen anzufangen und wenn es sich zeigt, auch aufstocken zu können oder die Stellen zu verändern, ohne dass er jedes Mal ins Parlament kommen muss damit. Wir sind aber auch erfreut – das kommt aus dem Bericht eigentlich klar heraus – im Gegensatz zur CVP, die dort vielleicht gewisse Mängel sieht, dass der Stadtrat eben nicht ganz klar umschreibt, was der Rahmen oder die Arbeit der Schulsozialarbeitenden sein soll, sondern er lässt offen, macht kein klares Konzept, lässt einen Freiraum, damit sich die Schulsozialarbeit entwickeln kann und es werden kann. Das erscheint uns für das Gelingen dieser Arbeit das A und O zu sein. Bezüglich Unterstellung unterstützen wir sehr die Unterstellung bei der Direktion Bildung. Es ermöglicht nämlich eine klare Trennung vom Bereich Schulsozialarbeit zum Bereich Soziales. Wir finden dies politisch ein sehr kluger Entscheid. Der Stadtrat setzt damit auch klar ein Zeichen, dass nämlich die Schulsozialarbeit in erster Linie ein Angebot der Bildung ist und sein soll und nicht eine Massnahme, die im Bereich Soziales angesiedelt ist. Noch etwas Letztes zur Kompensation: Wir finden diese Diskussion eigentlich müssig. Wir müssen sie immer wieder führen. Wir finden, Schulsozialarbeit einzuführen ist in erster Linie ein politischer Entscheid und ein Bekenntnis dazu, dass wir dies wollen. Ob dafür Stellen kompensiert werden müssen oder nicht, soll nicht davon abhängig sein, dass wir so etwas bewilligen. Zudem gibt es ja voraussichtlich Stellenkompensation im Bereich Kindergarten. Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, dass sich der Einsatz und das Geld, das wir hier sprechen, auf jeden Fall lohnen werden, dass wir mit der Zustimmung zum Antrag ein klares politisches Zeichen setzen für eine moderne, zukunftsgerichtete Bildungsstadt Olten. Ich möchte Euch ermuntern, dem Antrag auf 200 Stellenprozente zuzustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Heinz Eng: Eine kurze Klammer zum Peacemaker: Das ist eine gute Sache, in gewissen Schulhäusern der Stadt Olten bereits institutionalisiert. Das Beispiel anhand des Sälischulhauses: Sie sind einen etwas anderen Weg gegangen. Dort haben zum Beispiel sämtliche Erstklässler einen Götti, der ein Schüler der 5. oder 6. Klasse ist. In der Vergangenheit haben die älteren Schüler oftmals die Erstklässler zusammen geschlagen, haben ihnen während den Pausenzeiten das Znüni gestohlen usw. Durch das Götti-System hat sich die Lage dort relativ gut beruhigt. Auch das ist ein Weg, ähnlich wie Peacemaker, um Frieden zu stiften. Um auf das Effektive, die Schulsozialarbeit zurück zu kommen: Die FdP-Fraktion hat den vorliegenden Be-

richt und Antrag des Stadtrates sowie den Antrag der GPK und unseren Zusatzantrag auf eine neue Ziffer 3 Kompensation im Beschlussesantrag eingehend geprüft und diskutiert. Hier unsere Stellungnahme: Die Frage der Schaffung einer Schulsozialarbeit in Olten kann entweder aus der Optik so wenig wie möglich oder so viel wie notwendig betrachtet werden. Die FdP-Fraktion stellt sich klar hinter eine zu schaffende und funktionierende Schulsozialarbeit in Olten unter dem Gesichtspunkt so viel wie notwendig. Über die Notwendigkeit gibt der vorliegende Bericht Auskunft. Wir danken dem Stadtrat für die chronologischen, spezifischen und für uns aussagekräftigen Ausführungen. Die notwendige Schulsozialarbeit hat auch mit der heutigen Gesellschaftsstruktur bzw. dem veränderten Wertewandel zu tun. Der Auftrag an die Lehrpersonen, Lerninhalt auch zu vermitteln, kann oftmals nur noch ungenügend wahrgenommen werden. Viel zu häufig ergeben sich irgendwelche Störungen in der Klasse. Ursachen dafür bilden oft Spannungen zwischen Mitschüler oder Lehrpersonen und Schüler. Auch familiäre Probleme wie Scheidungen, sogar je nachdem Erziehungsverweigerung der Eltern, soziale Defizite usw. tragen dazu bei, dass sich die Schüler im Unterricht nicht immer konzentrieren können. Viele Lehrpersonen streben gar kein Vollpensum mehr an. Zu gross ist für viele die in den letzten Jahren markant gestiegene Belastung aus den bereits erwähnten Gründen. Von der Schulsozialarbeit erhoffen sich die Lehrpersonen Unterstützung in Projektarbeiten und fachlichen Rat. Die Probleme müssen niederschwellig gelöst werden. Direkt an die Schulleitungen zu gelangen, löst bei vielen Schülern ein ungutes Gefühl aus. Eine gute Schulsozialarbeit ist somit Bindeglied und hat bei Problemen eine Scharnierfunktion zwischen Schülern, Lehrpersonen und Eltern. Der vorliegende Bericht trägt diesen Erkenntnissen und Erfahrungen gut Rechnung. Aus dem verunglückten Pilotprojekt aus den Jahren 2004 bis 2006 sind die notwendigen Konsequenzen gezogen worden. Mit der auch kritischen Würdigung der Pilotphase sind wieder Vernunft und Realität eingeleitet. Zum Beispiel wird das Drei-Kreis-Modell nicht fortgeführt. Es wird stufenweise geplant und die Niederschwelligkeit tritt in den Vordergrund. Die Empfehlungen des Berichts Fachhochschule sind grösstenteils berücksichtigt worden. Wir erachten die Unterstellung der Schulsozialarbeit bei der Direktion Bildung als richtig. Die Frage der Notwendigkeit können wir soweit verlassen und möchten uns jetzt gerne noch zum soviel oder wieviel der Schulsozialarbeit äussern. Aus dem Bericht geht klar hervor, dass sowohl die Schulkommission, wie die Schulleiterkonferenz und die Vormundschafts- und Sozialhilfekommission ein Pensum in der Höhe von 100 bis 150 Stellenprozenten für die Schulsozialarbeit als vernünftig erachten. Weshalb nun überraschenderweise im Antrag die Forderung von maximal 200 Stellenprozenten steht ist für uns nicht nachvollziehbar. Die GPK hat somit zu Recht den Änderungsantrag unter Punkt 1 einer maximalen Pensumbewilligung von 160 Stellenprozenten gestellt. Die Formulierung von maximal 200 Stellenprozenten kann dazu missbraucht werden, das Pensum auf drei Personen zu verteilen, ansatzweise bereits schon angedeutet. Das ist aber nicht Absicht dieses Berichts. Befürwortet werden eine Anstellung von je einer Frau und einem Mann, dies aus Gründen der Kulturhintergründe der Schüler. Mit der Ausreizung von jetzt maximal 200 Prozenten und dann der je nachdem plötzlichen Verteilung auf drei Personen, wird gegen die gewünschte Parität verstossen. Die Schulsozialarbeiterinnen oder -arbeiter bewältigen ja in der Regel nicht ein 100-Prozent-Pensum. Mit 160 Prozenten können die Bedürfnisse von zwei Personen optimal abgedeckt werden, zum Beispiel 100 und 60 Prozente oder je 80 % usw. Im Übrigen wären bei drei Personen statt nur zwei bei reduzierten Pensum je nachdem auch die Ablösungen bei den Schulhäusern grösser und die Vertrauensbildung schwieriger. Lassen wir die Finger von fragwürdigen Maximalpensum mit undurchsichtigen und ungleich gewichteten Verteilungen und bewilligen die ausgewiesenen und erforderlichen 160 Stellenprozent. Die Frage des Kompensationsantrages erachten wir eben nicht als müssig. Wir bleiben hier unserer Linie treu. Nur mit einer permanenten Konsequenz dieser Forderung können bei berechtigten neuen Stellenerhöhungen auch den Grundsätzen einer prioritären Aufgabenüberprüfung, eines Aufgabenverzichts und dem Subsidiaritätsprinzip nachgelebt werden. Wir hoffen, dass diese Prinzipien bei der Stadtverwaltung nun langsam Einzug halten. Im konkreten Fall dürfte ja die Kompensation für einmal kein Problem darstellen, da leider der Kindergarten Krummackerweg geschlossen wird und auch die Schülerzahlen immer mehr sinken. Das ist eine Entwicklung, die leider auch mit dem eingangs erwähnten Werte- und Gesellschaftswandel zusammen hängt. Das bedauern wir. Fazit: Die FdP-Fraktion ist für Eintreten, wird dem

GPk-Antrag von maximal 160 Stellenprozenten zustimmen und bittet zudem die anderen Parteien, unserem Kompensationsantrag ebenfalls zuzustimmen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich begrüsse herzlich Andreas Kohler, den stellvertretenden Kommandanten der Stadtpolizei. Ich bitte ihn, sich kurz zu erheben, damit wir die neue Uniform anschauen können.

Rolf Sommer: Was ist Schulsozialarbeit? Das ist doch ein totales Unwort. Sozialarbeit hat gar nichts damit zu tun. Lest einmal den Bericht Peier-Geisler, Tabelle 2: Leistungsziel und Leistungsangebot gemäss Rahmenkonzept. Hier steht überhaupt nichts von Sozialarbeit. Es steht nur Mediation, Moderation, Beratung, Betreuung. Das ist doch ein total falsches Wort für das Ganze. Es geht um Schulmoderation. Sozialarbeit ist etwas ganz Anderes. Das macht unsere Sozialdirektion. Aber hier geht es um Menschen, die nicht verstehen, miteinander zu reden, gewalttätig sind, einander bestehlen. Es geht darum, Konflikte zu lösen. Das hat nichts mit Sozialarbeit zu tun. Es hat damit zu tun, miteinander zu reden, mit Mediation. Nehmt doch ein anderes Wort dafür, denn Schulsozialarbeit macht für mich einen etwas negativen Eindruck. Es ist nicht die Aufgabe dieser Stellen, Sozialarbeit zu machen, sondern es heisst, Konfliktlösungen zu machen, vorzubereiten und miteinander zu reden. Dann könnt Ihr einmal die Leistungsziele und -angebote auf Seite 6 lesen. Was dort steht ist wichtig. Das muss gemacht werden. Es hat rein nichts mit Sozialarbeit zu tun. Miteinander reden ist das Einzige.

Mario Clematide: Ich bin sehr wahrscheinlich befangen, vielleicht auch betriebsblind. Ich führe ein Berufsbildungszentrum nach den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, das heisst pädagogisch und betriebswirtschaftlich. Ich will, dass die Lernenden gut vorbereitet auf den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft gelangen und die Lehrkräfte optimale Arbeitsbedingungen haben, damit sie die Lernenden auf ihrem nicht einfachen Weg fördernd und fordernd begleiten können. Diese Zielsetzungen treffen auf die Volksschulstufe nur teilweise zu. Drei Viertel der Abgänger der Volksschulstufe kommen aber bildlich gesprochen bei mir vorbei und zwar nicht nur als Direktor des BBZ, sondern teilweise auch bei mir als Fachlehrer. Ich unterrichte Attestlernende, das heisst solche, die es gerade noch geschafft haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Das sind zum Teil Lernende mit meistens negativ geprägter Schulkarriere, aus bildungsfernen Milieus, wenig kindgerechten familiären Verhältnissen, mit Migrationshintergrund und unterschiedlichen Werthaltungen. Meine kleine Klasse stammt aus der Türkei, Mazedonien, Serbien, dem Kosovo, Italien, dem Gäu und dem Niederamt. Unterricht mit solchen Jugendlichen ist äusserst spannend, herausfordernd, konfliktträchtig und belastend. Sind dann alle auf dem BBZ-Pausenplatz, kann das Konfliktpotenzial stark zunehmen. Ich denke, dass hier der Vergleich mit dem Bifangpausenplatz oder demjenigen beim Frohheim-Schulhaus durchaus statthaft ist. Gewisse Kreise rufen in diesem Fall dann die Polizei auf den Pausenplatz und machen damit Symptombekämpfung. Besser wäre es, Ursachentherapie zu machen. Für mich heisst das, dass wir in den Schulen Mitarbeitende mit anderen oder zusätzlichen fachlichen Kompetenzen brauchen, Kolleginnen und Kollegen – ich sage das ganz klar – welche die Ursachen des veränderten Schüler- und Lehrerverhaltens, den Veränderungen im Elternhaus analysieren, ergründen und mit allen Beteiligten oder Einzelnen im Sinne von Prävention und Intervention zusammen arbeiten und bereden, Aktionen gestalten, und zwar niederschwellig für alle vor Ort. Das heisst im Schulhaus und mit genügend Zeit ausgestattet. Das hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern mit einer angemessenen Reaktion der Schule auf die veränderten gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, die sich eben heute in einem Schulhaus zeigen. Wenn ich die Vorlage aus dieser wirkungsorientierten Verwaltungsführung sehe und chancenorientiert und nicht risikoorientiert anschau – es besteht nämlich auch die Chance, 140 Prozent zu besetzen und nicht unbedingt 200 Prozent – dann liegt für mich der stadträtliche Antrag völlig richtig, denn mit maximal 200 Prozent wird genügend bezahlte Zeit zur Verfügung gestellt. Die Stelle ist dem Rektorat unterstellt. Es entscheidet bei der Besetzung aufgrund des Bedarfs und der Qualität der eingegangenen Bewerbungen. Die Arbeit findet zumeist vor Ort statt und ist in einem Stellenbeschrieb als Rahmenvorgabe beschrieben. Die Kompe-

tenzenaufteilung zwischen den Leuten, die im Schulhaus mitarbeiten, ist klar. Die Einhaltung basiert auf gegenseitiger Akzeptanz, Toleranz und Vertrauen und zwar primär zum Wohl der Schülerinnen und Schüler. Aus all diesen Gründen werde ich dem stadträtlichen Antrag uneingeschränkt folgen und damit gegen die Mehrheit meiner Fraktion stimmen. Zum Schluss noch drei Bemerkungen. Erstens: Auch mit den neuen Mitarbeitenden in der Schule kann der Erfolg nicht garantiert werden. Aber die Stadt Olten hat nach der Informatisierung der Schule einen weiteren richtigen Schritt gemacht. Zweitens: Gewisse Äusserungen von Kolleginnen und Kollegen in der GPK-Sitzung, nachzulesen im Protokoll, bezüglich Lehrerbild haben mich mehr als erstaunt. Drittens: Vor noch nicht allzu langer Zeit - ich bin etwas mehr als zwölf Jahren in diesem Rat - haben CVP, SVP und Teile der FdP mit ideologischen Argumenten gegen die Fünf-Tage-Woche und die Blockzeiten gekämpft. Das ist heute kein Thema mehr. Deshalb: Trau, schau wem.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich möchte die Diskussionsredner bitten, sich an die Zeitlimite von fünf Minuten zu halten und ich werde Euch das Wort maximal dreimal pro Redner geben.

Andreas Schibli: Nach diesen interessanten Voten der verschiedenen Fraktionssprecher – ich möchte betonen von allen Fraktionssprechern – wenn sie konsequent sind – unterstützt jede Fraktion den Bericht und Antrag der Schulsozialarbeit, so wie wir ihn auf dem Tisch haben. Ich werde die fünf Minuten sicher nicht ausschöpfen, weil so viele gute Sachen bereits gesagt worden sind, auch von meinem Vorredner. Es geht mir auch darum, als Lehrkraft recht herzlich dafür zu danken, wie gut das ganze Geschäft aufgenommen worden ist, weil es mir als Lehrkraft ein grosses Anliegen ist, dass die Schulsozialarbeit eingeführt wird. Es ist ganz klar, dass das Kind im Mittelpunkt steht. Die Lehrkraft kann sich nachher so wieder engagieren bzw. konzentrieren auf das Hauptgeschäft, nämlich das Unterrichten. Ich komme noch speziell auf den Antrag der GPK. Auch ich werde ihn nicht unterstützen und zwar aus folgendem Grund: Der Markt für Schulsozialarbeiter ist wirklich dünn gesät und ich möchte nicht, wenn wir diese Stellenausschreibung schon auf 160 Prozent einengen, die Wahl der zukünftigen Schulsozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter einengen. Deshalb bin ich ganz klar dafür, dass der Antrag des Stadtrates für maximal 200 Prozent unterstützt wird. Hier braucht es auch ein gewisses Vertrauen in die Direktion Bildung und Sport. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte nur noch einmal auch auf Heinz Eng reagieren und mich den zwei Vorrednern anschliessen. Es geht bei diesen 200 Stellenprozenten nicht primär darum, wie viele Leute personenabhängig, Frau/Mann, sondern es geht primär darum, was es braucht. Es ist die Frage des Bedarfs. Aus unserer Sicht braucht es eben die maximal 200 Stellenprozente, um eine gute Schulsozialarbeit in allen Schulhäusern etablieren zu können. Wie man dies dann besetzt und ausschreibt und mit wem, ist meiner Meinung nach auch eine operative Angelegenheit. Das müssen wir nicht hier behandeln – ich vertraue dem Stadtrat, dass er nach gutem Gewissen besetzen wird – sondern es geht wirklich darum, wieviel wir brauchen. Wir sind klar der Meinung, es braucht Maximum 200 Prozent.

Heinz Eng: Einspruch: Der Bericht ist ganz klar vom Pilotprojekt ausgegangen, dass man eine paritätische Zusammensetzung vornehmen soll, nämlich ein Mann und eine Frau, aus den Gründen, die im Bericht auch stehen.

Roland Rudolf von Rohr: Ein Mann und eine Frau. Ich glaube, das ist auch der Grund gewesen, weshalb man nachher auf 200 Prozente gekommen ist. Ich selber und auch ein grosser Teil der CVP hat aber den Eindruck, dass eine 100-Prozent-Stelle nicht sinnvoll ist wegen der langen unterrichtsfreien Zeit. Deshalb denke ich, dass wir mit 160 Prozenten recht gut durch kommen. Ich bitte Euch deshalb, den Antrag der GPK zu unterstützen.

Rolf Sommer: Eine Frage an Heinz Eng: Ihr stellt hier den Antrag auf Kompensation inklusive Lehrkräfte. Soviel ich weiss, ist die Schülerzahl allgemein abnehmend. Die Klassengrössen werden vom Kantonsrat auf rund 25 – ich will mich nicht behaften lassen – erhöht. Es wird ja schon kompensiert. Dieser Antrag ist im Prinzip von mir aus gesehen überflüssig und bringt ja gar nichts. Ich weiss die Zahlen nicht auswendig. Aber eine Kompensation wird sicher erfolgen.

Dr. Max Pfenninger: Ich habe eine ganz einfache Frage. Auf welche Jahresarbeitszeit sind diese Stellenprozente bezogen? Das geht in die gleiche Richtung wie die Ausführungen von Roland Rudolf von Rohr.

Brigitte Kissling: Ich möchte noch kurz auf etwas hinweisen. Es gibt Richtlinien für die Schulsozialarbeit, die Zahlen nennen. Es ist halt so, dass die Einführung von Schulsozialarbeit und Pensen einfach auch ein Politikum sind. Dort wird, je nachdem wie die Gemeinde bestimmt, eingeführt. Deshalb gibt es in diesem Sinne keine verbindlichen Zahlen. Aber es gibt Empfehlungen der Gruppe für Schulsozialarbeit, die eine grosse Erfahrung hat und unter anderem auch mit der Fachhochschule in Basel zusammen arbeitet. Dort ist klar, dass 350 Schüler und Schülerinnen 100 Prozent Schulsozialarbeit erfordern. Das ist eine hohe Zahl und es ist sicher ein Idealzustand. Davon gehen wir ja jetzt eigentlich hier nicht aus. Ich denke, 200 Stellenprozente sind angemessen und gut. Es gibt auch wirklich die Flexibilität hinein, dass man ein Stück weit nach Bedarf handeln kann. Ich hätte noch eine Anmerkung zur Projektphase, die wir gehabt haben: Ich finde es einfach schade. Es gibt eine Fachgruppe, eine Intervisionsgruppe von Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen, die sich über Jahre hinweg regelmässig treffen und genau solche Probleme, die in dieser Projektphase entstanden sind, aufgearbeitet haben. Die Erfahrungen, die man jetzt in diesem Projekt gemacht hat, wären zum Teil nicht nötig gewesen. Mir scheint es wichtig, dass, wenn man die Schulsozialarbeit einführt, klar geschaut wird, dass unsere Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen dieser Intervisionsgruppe angehören. Nicht, dass man noch einmal oder wiederholt „stoggeln“ muss. Es würde sicher vieles vereinfachen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Zu Brigitte Kissling: Wir bewegen uns nicht im luftleeren Raum. Gestern hat zum Beispiel in Däniken eine sehr interessante Veranstaltung über Schulsozialarbeit stattgefunden, Sibylle Heizmann aus Windisch. Es gibt auch eine Austauschgruppe über die Region Nordwestschweiz. Dort sind wir sicher am Ball. Zu Dr. Max Pfenninger: Es sind in diesem Sinne Gemeindeangestellte, 42-Stunden-Woche. Dort gibt es die Jahresarbeitszeit und entsprechend werden diese Stunden umgelegt.

Beschluss

Mit 46 : 4 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Zu Absatz 1 liegt ein Antrag der GPK vor und es gibt den Antrag des Stadtrates mit 200 Stellenprozenten, Ziffer 1./1. Wir stellen den Antrag der GPK demjenigen des Stadtrates gegenüber und stimmen nachher über die bisherige Ziffer 1 ab.

Beschluss

Mit 31 : 19 Stimmen obsiegt der Antrag des Stadtrates.

Ziffer 1 gemäss der Version des Stadtrates

Beschluss

Mit 33 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt die Version des Stadtrates.

Ziffer 2 in dieser Form

Beschluss

Mit 33 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung ist Ziffer 2 bewilligt.

Antrag FdP: Neue Ziffer 1./3.: „Der Stadtrat wird verpflichtet, mit dem Budget 2008 nachzuweisen, wie er die neu geschaffenen Stellen innerhalb der städtischen Verwaltung (inklusive Lehrerschaft) vollständig kompensiert“.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wie Ihr unserem Bericht und Antrag habt entnehmen können, sind tatsächlich nicht gerade Kompensationen, aber im Bereich der Bildungslandschaft in der nächsten Zeit gewisse Einsparungen zu erwarten. Wie bereits auch die Sprecher der SP bzw. CVP erwähnt haben, werden die entsprechenden Kompensationen ohne diesen Antrag verwirklicht. Ich möchte aber klar sagen, dass man im Bereich der Bildungslandschaft tatsächlich die entsprechenden Entwicklungen verfolgen muss. So wie es aufgezeigt ist, können wir dort Einsparungen machen. Ein Kindergarten entfällt tatsächlich. Ich denke, es wäre auch aus der Sicht des Stadtrates falsch, hier verbindliche Einsparungen aufzuoktroyieren, wenn sie oder so im Laufe der Zeit auch eintreffen werden. In diesem Sinne ist der Antrag sowie in dem Zusammenhang jetzt, wenn eine neue Stelle und neue Aufgaben in der Verwaltung geschaffen werden, nicht in den Zusammenhang mit der Gesamtverwaltung zu bringen.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte mich wiederholen, weil ich mich vehement gegen eine solche Verknüpfung von eigentlich sachfremden Inhalten wehre. Entweder brauchen wir Schulsozialarbeit oder nicht. Das hat nichts damit zu tun, wie viele Lehrer, ob die Schülerzahlen im Abnehmen begriffen sind oder auch nicht. Es ist schön, wenn man dies gleich ausweisen kann. Es ist schön, wenn man darüber nachdenkt. Aber es hat mit diesem Geschäft nichts zu tun. Alles andere halte ich persönlich für erpresserisch, im Prinzip diesem Parlament absolut unwürdig. Ich finde es falsch. Es gehört nicht zusammen. Für mich stellt sich auch ein Stück weit die Frage: Was machen wir eigentlich, wenn eine Stelle in der Zwischenzeit abgebaut wird? Erhält jetzt der Stadtrat ein Konto: Hier habe ich eine Stelle abgebaut. Nachher darf ich eine aufbauen? Ich finde dies eine ganz seltsame Art und Weise. Oder muss ich sogar umgekehrt damit rechnen, dass der Stadtrat bewusst Stellen zurück behält, nicht kürzt, obwohl die Aufgabe überflüssig geworden ist, einfach, weil er weiss, es kommt dann wieder einmal eine Stelle, die er aufbauen muss? Dort muss er ja, weil es das Parlament immer will, noch eine Kompensation ausweisen. Ich muss sagen: Es ist der falsche Weg für dieses Parlament.

Urs Knapp: Ich möchte Markus Ammann danken, dass er uns solche Qualifikationen macht über Würdigkeit und Unwürdigkeit im Parlament. Ich denke, hier kann sich jeder selber ein Bild machen. Ich glaube, bei beidem, was Martin Wey und Markus Ammann gesagt haben, hat es einen sehr engen Zusammenhang. Wir machen hier eine neue Aufgabe, weil wir überzeugt sind, es braucht sie. Eine Stadt, ein Gemeinwesen, jede Organisation kann nur dann neue Aufgaben machen, wenn sie für sie auch Raum, Platz und Kraft schafft und wenn sie auch von daher bestehende alte Aufgaben überprüft. Wir haben die Tendenz, es ist ja nicht so, dass der Stadtrat von sich aus ständig Stellen abbaut. Wenn man den Verwaltungsbericht anschaut, ist es so, dass es steigt. Vielleicht braucht es dies ja auch. Der Nachweis ist da. Wir hören immer: Es wird dann schon kompensiert. Es wird halt eben nicht kompensiert. Das führt genau dazu, dass man nachher keinen Platz und keinen Raum mehr hat, um neue Aufgaben zu übernehmen. Das ist auch der Grund, dass dies ein sehr artgerechter Antrag in diesem Umfeld ist. Wir machen eine neue Aufgabe. Die Stadt übernimmt neue Aufgaben. Dann soll man schauen, wo man bestehende Aufgaben überprüfen und abbauen kann. In diesem Fall wie es da ist und wie es auch Martin Wey gesagt hat, dass dies ja offensichtlich problemlos möglich ist, muss ich

sagen, dass ich noch weniger verstehe, weshalb man diese Kompensation nicht macht. Dass die SP so argumentiert in der Debatte ist für mich nicht so überraschend. Die Einzige ist eigentlich die CVP gewesen, die gerade in den letzten Jahren zum Teil noch schärfer als die FdP solche Kompensationen gefordert und jetzt plötzlich eine andere Meinung hat.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich muss mich kurz in die Diskussion einmischen. Damit es wieder einmal geklärt ist: Ich bin nicht der oberste Personalchef der Stadt Olten. Unter meinem Namen Stadtpräsidium steht jedoch: Für die Verwaltung verantwortlich. Ich möchte drei Punkte ins Feld führen, die Schärfe, die sich hier vielleicht etwas heraus kristallisiert, ein wenig aus dem Spiel nehmen und drei wichtige Feststellungen machen. Erstens: Der Stadtrat überprüft bei jeder Veränderung grundsätzlich immer während des Jahres und bei jeder Veränderung im Personalbereich die Notwendigkeit des Ersatzes einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, den Auftrag der betroffenen Amtsstelle, bei der diese Person zum Beispiel tätig gewesen ist und überprüft auch die Abläufe des Auftrags, wenn es zu einer Veränderung kommt. Das heisst, sie macht dies als laufendes Geschäft, übrigens von diesem Parlament auch gefordert. Es ist nicht mehr in einem Vorstoss mit dem berühmten Moratorium deklariert. Ihr könnt Euch erinnern. Das hat für den Stadtrat nach wie vor die gleichen Konsequenzen. Wir überlegen uns dies sehr wohl. Wir suchen auch Inhouse Austauschmöglichkeiten und Hilfeleistungen. Zweitens: Neue Aufgaben, zum Beispiel durch gesellschaftliche Veränderungen – ich glaube, das ist eine davon – es ist auch mehrmals die gesellschaftliche Veränderung genannt worden – die eines Personalbedarfs bedürfen, sind immer auch einer Direktion zugeordnet. Wenn innerhalb dieser Direktion Möglichkeiten bestehen, tatsächlich aufgrund von demografischen Entwicklungen in der Bevölkerung und somit auch in der Schülerzahl, dass zum Beispiel im Bereich der Lehrerschaft gewisse Veränderungen nach unten stattfinden, wird diese Direktion diese auch transparent ausweisen, wenn es dann effektiv so ist. Drittens: Der Stadtrat und die ganze Verwaltung zusammen finden es ziemlich schwierig, sich jetzt verbindlich zu verpflichten, per Budget 2008 – so steht es hier – wir erachten es auch als sehr gefährlich, einen solchen Beschluss hinüber zu bringen, eine klare Kompensation deklarieren zu können. Der Stadtrat kann dies jetzt aktuell schlichtweg nicht erfüllen. Es ist nicht ganz, ganz richtig – ich brauche das Wort seriös wirklich selten – aber es ist zum Teil nicht ganz seriös, wenn man den Stadtrat jetzt dazu verpflichtet. Wir können dies jetzt aktuell nicht erfüllen. Wenn wir es erfüllen können, werden wir es hier deklarieren. Ich bitte Sie, dem Antrag in diesem Sinne nicht zuzustimmen.

Heidi Ehram: Urs Knapp, Du hast jetzt hier plötzlich suggeriert, die CVP habe mit den Kompensationen nichts mehr am Hut. Das ist nicht so. Jedes einzelne Fraktionsmitglied hat sich dafür ausgesprochen, dass Kompensationen als Ziel einer schlanken Verwaltung für sie sehr wichtig ist. Nur ist es hier nicht angebracht, dies in dieser Form als Anhängsel anzubringen. Ich habe ganz klar gesagt: Wir sind bereit, über Kompensationen im Rahmen eines Vorstosses zu diskutieren, damit man einmal klar aufzeigen kann, was dies bedeutet, wie dies angestellt werden soll und was kompensiert werden soll, ob die Lehrerschaft in die Kompensation von Verwaltungsstellen einbezogen werden soll. Das erscheint mir relativ verhängnisvoll. Wenn wir plötzlich wieder eine Klasse aufmachen müssen, weil wir mehr Kinder haben, muss Roland Giger schauen, ob irgend sonst jemand liquidiert oder eine andere Leistung abgeschafft werden muss. Das ist meiner Ansicht nach ja nicht machbar. Solche Sachen müssen diskutiert werden. Man muss auch überlegen, ob man innerhalb der Diskussionen kompensieren soll, wenn schon kompensiert werden muss oder ob es über die Diskussionen hinweg sinnvoll ist. Deshalb habe ich ganz klar gesagt: Im Rahmen eines Vorstosses, aber nicht als Anhängsel jetzt hier.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich habe das Gefühl, die Meinungen sind gemacht und jeder weiss, wie er jetzt abstimmen wird. Ich habe jetzt noch zwei Redner auf meiner Liste. Rolf Sommer möchte nachher auch noch etwas sagen. Ich schlage, vor dass ich die Liste nachher schliessen werde. Es sind Candidus Waldispühl, Arnold Uebelhart und Rolf Sommer. Ich schla-

ge vor, dass wir nachher abstimmen. Ich habe das Gefühl, dass wir nicht mehr gross etwas bewirken können mit den Voten.

Candidus Waldispühl: Ich möchte eigentlich hier deponieren, dass ich gegen Mathematik in der Verwaltung bin, also plus eins, minus ein, Milchmädchenrechnung, weil es weder sachgerecht noch irgendwie an die Probleme angepasst ist. Denken wir an die städtische Verwaltung, die in den letzten Jahren einen immer grösseren Arbeitsanfall erhält, weil alle Geschäfte, die wir von der öffentlichen Verwaltung haben, eigentlich sehr viel anspruchsvoller geworden sind. Wir alle, wo immer wir arbeiten oder sind – das ist ein typisches Phänomen unserer Zeit – haben immer zu wenig Zeit. Das trifft natürlich auch auf die Verwaltung zu. Die Anforderungen an eine Verwaltung im Jahr 2007 sind einfach völlig anders als dies vielleicht noch vor zehn oder zwanzig Jahren gewesen ist an Einsprachen, Geschäften, Vernetzungsarbeit, die zu leisten ist. Ich denke, wir sollten, um wirklich sachgerecht zu diskutieren, von Fall zu Fall diskutieren. Es ist auch so, dass der Nutzen häufig auch ausserhalb der Verwaltung zu finden ist. Nehmen wir jetzt zum Beispiel gerade die Schulsozialarbeit. Natürlich ist es etwas Neues. Aber der Nutzen ist eben dort, dass zum Beispiel die Sicherheit in Olten grösser werden kann. Olten wird attraktiver. Dadurch gibt es wieder neue Interessen. Es könnten sich neue Firmen, neue Leute in unserer Stadt ansiedeln. Ich denke, man kann jetzt nicht einfach sagen, man muss dies städtisch abbauen und kompensieren. Oder denken wir an unsere damaligen Diskussionen mit den Kinderhorten. Es ist eine neue Aufgabe für die Stadt gewesen. Kinderhorte – dort gibt es Zahlen – man kann sagen, dass sie grundsätzlich die Gewalt in einer Stadt herunter setzen, haben eine Chance. Man kann dann natürlich auch konkret sagen, man muss weniger in Gefängnisse und Polizei investieren. Das Ganze ist eigentlich vielschichtiger als jetzt nur auf die Verwaltung plus minus abgehandelt werden zu können. Deshalb werde ich diesen Antrag auch nicht unterstützen.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe nur eine Frage an Urs Knapp, zur Zeit eigentlich der Oberstaufsichtige der Verwaltung. Wie kommst Du darauf, es sei immer mehr Personal? Ich sehe im Verwaltungsbericht 31.12.2004 189,10 Stellen und 31.12.2005 185,6 Stellen. Das ist ja weniger. Wie kommst Du jetzt darauf, es seien immer mehr?

Rolf Sommer: Ich finde den formulierten Antrag inklusive Lehrerschaft sehr unglücklich. Zur Lehrerschaft haben wir mehr oder weniger nichts zu sagen. Das wird vom Kanton bestimmt. Wenn die Stadt Olten zu viele Lehrer hätte, wären es die ersten, die reklamieren würden, denn der Kanton bezahlt primär einmal die Lehrer und die Stadt Olten bezahlt 85 % so viel ich weiss. Wir bezahlen im Prinzip im Nachhinein. Aber der Kanton sagt, wie viele Lehrer es im Prinzip haben dürfte, weil wir so und so viele Schüler haben. Von mir aus gesehen ist es total daneben. Der Antrag ist falsch definiert.

Urs Knapp: Wir haben beispielsweise das Stadttheater aus der Verwaltung heraus genommen, die Eisbahn. Dort hat es überall auch Stellen gehabt. Diese sind natürlich jetzt hier nicht mehr enthalten.

Beschluss

Mit 33 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der FdP abgelehnt.

Beschluss

Mit 36 : 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Ab dem Schuljahr 2007/2008 (1.8.2007) werden maximal 200 Stellenprocente für die Schulsozialarbeit bewilligt.
2. Die erforderlichen Nachtragskredite gemäss Ziffer 6.1 und 6.2 werden mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Der Beschluss unter I, Ziffer 1 und 2 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Direktion Bildung und Sport/Herrn Roland Giger (3)

Sozialdirektion/Herrn Hans Peter Müller (3)

Direktion Finanzen/Herrn Peter Kohler (2)

Finanzkontrolle

Personaldienst

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 13/10, 9/1

Prot.-Nr. 54

Bestattungsamt, Kremationspreise für Auswärtige/Erhöhung

Die effektiven Kosten einer Kremation liegen in Olten deutlich über dem heute verrechneten Preis für Kremationen für Auswärtige. Auch im schweizerischen Vergleich stellt die Stadt Olten einen klar tieferen Preis in Rechnung. Der Stadtrat beantragt deshalb eine – im Budget 2007 bereits enthaltene – Erhöhung von 350 auf 442 Franken. Für alle verstorbenen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten gilt für Kremationen nach wie vor die Unentgeltlichkeit.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Das Bestattungsamt Olten nimmt Kremationsaufträge von rund 55 Gemeinden (43 im Kanton Solothurn, 7 im Kanton Aargau, 5 im Kanton Baselland) entgegen.

Gemäss § 47 der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten vom 02. Mai 1996 verrechnet das Bestattungsamt Olten für eine Kremation CHF 350.00 (exklusive Mehrwertsteuer). Dieser Preis wird seit März 1997 unverändert beibehalten.

Die Direktion Öffentliche Sicherheit hat die Kosten einer Kremation überprüft. Das Resultat der Berechnung (siehe Beilage) wurde mit der Direktion Bau besprochen und zeigt, dass die effektiven Kosten einer Kremation mit CHF 442.00 deutlich über dem heute verrechneten Kremationspreis von CHF 350.00 liegen. Am 22. November 2006 stimmte das Gemeindeparlament Olten den im Jahr 2007 budgetierten Mehreinnahmen aus Kremationen zu.

Der Stadtrat thematisierte die Preiserhöhung an seiner Sitzung vom 29. Januar 2007 und beauftragte die Direktion Öffentliche Sicherheit, die Umsetzung der Preiserhöhung weiterzuverfolgen.

Finanzielle Auswirkungen

Bei durchschnittlich 653 Kremationen für Auswärtige und einer Preiserhöhung pro Kremation um CHF 92.00 auf neu CHF 442.00 fallen beim Bestattungsamt Olten jährlich Mehreinnahmen von über CHF 55'000.00 an. Im Jahr 2007 könnte auf diese Weise mit zusätzlichen Einnahmen von rund CHF 40'000.00 gerechnet werden. In der Annahme, dass die Preiserhöhung bereits ab dem 01. Januar 2007 eingeführt werden kann, wurden im Voranschlag 2007 Mehreinnahmen von rund CHF 50'000.00 budgetiert.

Im Vergleich zu anderen schweizerischen Kremationsstätten stellt die Stadt Olten einen deutlich tieferen Kremationspreis in Rechnung. Der Stadtrat ist deshalb der Meinung, dass die Preiserhöhung keine Auswirkungen auf die Anzahl der in Olten durchgeführten Kremationen haben wird.

Erwägungen

Aufgrund des in der Ausgangslage dargelegten Sachverhalts beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Kremationspreis ab 01. Mai 2007 auf neu CHF 442.00 (exklusive Mehrwertsteuer) zu erhöhen.

Für alle verstorbenen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten, sowie für Totgeburten, welche in Olten bestattet werden, gilt für Kremationen nach wie vor – wie im Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Stadt Olten unter Art. 8 Abs. 2 definiert – die Unentgeltlichkeit.

Stellungnahme Controlling

Das Controlling hat die Kostenberechnungen der Direktion Öffentliche Sicherheit überprüft und das Ergebnis mit dieser besprochen. Aufgrund der Zahlen drängt sich eine Anpassung der Kremationspreise für Auswärtige auf den nächstmöglichen Zeitpunkt auf. Das Controlling unterstützt den Beschlusses-antrag der Gebührenerhöhung auf CHF 442.00 (exklusive Mehrwertsteuer).

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision der Gebührenordnung (§ 47) per 01. Mai 2007 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Der Beschluss unter I., Ziff. 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Heidi Ehram: Die GPK dankt Doris Rauber und Roger Galliker für die Vorstellung der Vorlage. Die GPK hat die Finanzvorlage, die im Budget 2007 bereits berücksichtigt ist, ausgiebig diskutiert, ist für Eintreten und stimmt dem Beschlussesantrag einstimmig zu. Folgende drei Punkte sind näher angeschaut worden: Die Abstufung des Tarifs für die regionalen Gemeinden, die Höhe der Gebühr, wie sie beantragt ist, der Anpassungsintervall für die Kremationsgebühr im Speziellen und für die Gebühren der Stadt im Allgemeinen. Zur Tarifabstufung für die regionalen Gemeinden ist die GPK darüber informiert worden, dass es nicht vorgesehen ist und Aarau auch nur zwei Tarife kennt, einen für die Einwohner selber und einen für die Auswärtigen. Die Diskussion über eine weitere Abstufung hat sich damit erübrigt. Die Gebühr, wie sie beantragt ist, steht nach Meinung der GPK im Vergleich zu anderen Städten sehr gut da und die Erhöhung ist durch die Berechnung ausgewiesen und berechtigt, wenn auch keine Vollkostenrechnung zu Grunde liegt. Einig ist man sich gewesen, dass der Tarif kostendeckend sein muss. Von einer zusätzlichen Erhöhung, die über die Kostendeckung

hinaus geht, sieht man ab, weil in verschiedenen Gemeinden je nach Reglement die Gebühr auf die Hinterbliebenen abgewälzt wird. Zudem ist auch eine Kompensation für entgangene Gebühren der letzten Jahre oder ein Polster für künftige erhöhte Ausgaben nicht angebracht. Zum Thema der Gebührenanpassung ist man sich einig, dass der Tarif des Kremationspreises periodisch angepasst werden muss, damit die Kostendeckung gewährleistet ist. Dass die Gebühr 1997 letztmals angepasst worden ist, wird schlecht goutiert und stellt die Forderung in den Raum, alle Gebühren der Stadt einmal pro Legislaturperiode zu überprüfen. Da nach Auskunft von Stadträtin Doris Rauber die Direktionen den Auftrag zur Überprüfung der Gebühren bereits gefasst haben, sieht man von einem zusätzlichen Antrag ab, hält aber mit Nachdruck fest, dass dies zum Pflichtenheft der Verwaltung gehört und im notwendigen Intervall auch erfolgen muss.

Stadträtin Doris Rauber: Ich danke der GPK für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Es ist eine Finanzvorlage. Es gibt Mehreinnahmen bei den Rückstellungen beim Konto 740 und das Handling des ganzen Ablaufs bei den Kremationen bleibt genau gleich wie bis jetzt. Die GPK hat dem einstimmig zugestimmt und das freut mich sehr. Seit zehn Jahren sind diese Gebühren auf gleicher Höhe und wir gehen davon aus, dass diese Erhöhung - weil sie ja moderat ist - auch für die Gemeinden verkraftbar ist. Das Gemeindeparlament hat ja eigentlich dieser Erhöhung indirekt schon zugestimmt, weil sie schon im Budget 2007 berücksichtigt sind. Im Namen des Stadtrates bitte ich das Parlament, der Vorlage zuzustimmen.

Stephan Hodonou: Woher komme ich? Wer bin ich? Was macht mich aus? Und wohin gehe ich? Das sind wichtige Fragen, auf die man vordergründig sehr oberflächliche Antworten geben kann, aber eigentlich sind es sehr elementare und essentielle Fragen. Es sind für jeden Menschen auf dieser Welt Fragen, die sich jeder und jede von uns mindestens einmal im Leben stellt und auch eine Antwort darauf finden muss. Dazu gehört eben auch, dass man sich Fragen zum Tod stellt. Hier stellen wir vielleicht fest, dass selbst der Tod nicht ganz gratis ist, wie eben vieles im Leben. Die Geburt ist nicht gratis, das Leben ist nicht gratis und am Schluss ist auch der Tod nicht gratis. Von daher ist es einfach auch gut, wenn man sich Gedanken macht über den eigenen Weg, den Tod und was es nachher nach sich zieht. Ich weiss, dass dies in der Schweiz ein Tabu ist. In der Schweiz spricht man nicht sehr gerne über den Tod. Von daher habe ich versucht, dies hier etwas anzusprechen. Aber an und für sich ist es sinnvoll, dass auch der letzte Akt quasi kostendeckend ist. Von daher sind wir von der CVP-EVP-Fraktion ganz klar für Eintreten und werden auch einstimmig zustimmen.

Trudy Küttel Zimmerli: Für die SP ist eine Anpassung der Kremationsgebühr für Auswärtige zwingend. Die Gebühren müssen für die Stadt wenigstens kostendeckend sein. Zu bemängeln ist auch, dass nicht schon früher eine Preiserhöhung vorgenommen worden ist. So sind nämlich in den letzten Jahren die Kremationen für Auswärtige für die Stadt Olten ein Verlustgeschäft gewesen. Ein Rückgang der Kremationszahlen glauben wir nicht zu befürchten, weil wir im Preisvergleich mit anderen Gemeinden, zum Beispiel Solothurn, Aarau, Baden und Luzern, immer noch sehr kostengünstig sind. Die SP stimmt dem stadträtlichen Beschlussesantrag zu.

André Köstli: Wir passen uns ja preislich nur den umliegenden Gemeinden an und sind dabei immer noch ganz klar unter dem Durchschnitt gegenüber der anderen. Deshalb stimmen wir dem Bericht und Antrag des Stadtrates zu.

Thomas Frey: In der Fraktion – ich bin bei der Sitzung leider nicht dabei gewesen, entnehme es aber dem Protokoll – ist einstimmig Eintreten beschlossen worden. Das ist auch ein Grund, weshalb ich jetzt hier Sprecher bin. Sie haben vermutlich keinen anderen gefunden. Ich kann mir jetzt auch die philosophischen Exkurse ersparen. Es ist klar, dass jeder einmal stirbt und man da vorbei muss. Das ist so. Ich persönlich finde es auch fast etwas schade,

dass man diese Gebührenerhöhung nicht schon früher gemacht hat. Da ist doch der eine oder andere Franken nicht eingenommen worden, zumal dies den Auswärtigen abgenommen worden wäre und unsere Oltner in diesem Sinne verschont würden. Es hat auch einen positiven Einfluss auf unseren Standortfaktor, der dadurch attraktiver bleibt, weil man als Oltner gratis kremiert wird.

Candidus Waldispühl: Die Grüne/Jungalternative Fraktion möchte nichts beitragen, weder philosophisch, noch theologisch oder sachorientiert und unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision der Gebührenordnung (§ 47) per 01. Mai 2007 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Der Beschluss unter I., Ziff. 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beilagen

- Berechnung der Kremationskosten
- Berechnung des Kremationspreises neu

Mitteilung an:

Direktion Öffentliche Sicherheit/Herrn Franco Giori (4)
Bestattungsamt/Herrn Franz Mettler (1)
Direktion Bau/Herrn Urs Kissling (3)
Finanzkontrolle
Finanzverwaltung
Kanzleiakten

Verteilt am:

Berechnung der Kremationskosten

Anzahl Kremationen pro Jahr:

Jahr	Einwohner	Auswärtige	Total
2003	183	726	909
2004	168	590	758
2005	178	657	835
2006	204	639	843
Total	733	2'612	3'345
Durchschnitt der Jahre 2003 - 2006	183	653	836

Zeitaufwendungen pro Kremation

Bereich	in Minuten
Friedhof Werkhof	110
Bestattungsamt	20
Total pro Kremation	130

Personal- und Gemeinkosten

Regieansätze gem. Gebührenordnung / Sätze per 2006

Bereich	in CHF	in Min.	Total
Friedhof Werkhof	74.2	110	136.03
Bestattungsamt	76.3	20	25.43
Total			161.47
	Rundung		161.50

Materialkosten

	in CHF
biologische Urne	23.00
Metallurne	26.00
durchschnittliche Materialkosten	24.50
	Rundung
	24.50

Kapitalkosten

Anschaffungskosten Ofen	1'300'000.00
Laufzeit in Jahren	10
Zinssatz pro Jahr	4.50%
Zahlungszeiträume pro Jahr	1
jährliche Annuität	164'300.00
durschnittliche Kremationen pro Jahr	836
Kapitalkosten Ofen pro Kremation	196.53
	Rundung
	196.50

Unterhaltskosten Kremation

	in CHF
Energiekosten Ofen / Einäscherung	10'700.00
periodische Emissionsmessung	3'500.00
Zwischenservice / Anteil p.a.	3'000.00
Unterofenausmauerung / Anteil p.a.	12'500.00
Totalausmauerung / Anteil p.a.	20'000.00
Unterhaltskosten Kremation Total p.a.	49'700.00
Anzahl Kremationen p.a.	836
Unterhaltskosten pro Kremation	59.43
	Rundung
	59.50

Berechnung des Kremationspreises neu

Personal- und Gemeinkosten	161.50
Materialkosten	24.50
Kapitalkosten Ofen	196.50
Unterhaltskosten	59.50
Kremationspreis neu	442.00
7.6 MwSt	33.59
Preis einer Kremation	475.59
gerundeter Preis	475.60

Preisvergleich gegenüber anderen Gemeinden

1. Preise inkl. MwSt
2. Preise inkl. Abgabe einer Urne und Benützung des Kühlraumes über 2 Tage)

Preis Olten alt:

Gemeinde	Preis alt (in CHF)	Preisdiff. (in CHF)	Preisdiff. (in %)
Olten	376.60	0.00	0.00%
Aarau	548.80	172.20	45.72%
Baden	565.00	188.40	50.03%
Luzern	516.45	139.85	37.13%
Basel	535.75	159.15	42.26%
Zürich	544.00	167.40	44.45%
Winterthur	570.30	193.70	51.43%
Solothurn	586.45	209.85	55.72%
Schwyz	560.00	183.40	48.70%
Langenthal	570.30	193.70	51.43%

Preis Olten neu:

Gemeinde	Preis neu (in CHF)	Preisdiff. (in CHF)	Preisdiff. (in %)
Olten	475.60	0.00	0.00%
Aarau	548.80	73.20	15.39%
Baden	565.00	89.40	18.80%
Luzern	516.45	40.85	8.59%
Basel	535.75	60.15	12.65%
Zürich	544.00	68.40	14.38%
Winterthur	570.30	94.70	19.91%
Solothurn	586.45	110.85	23.31%
Schwyz	560.00	84.40	17.75%
Langenthal	570.30	94.70	19.91%

- Kremationspreise Olten immer noch deutlich tiefer als bei den anderen Gemeinden
- es wird damit gerechnet, dass die Anzahl Kremationen in Olten nicht sinken

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 18/11

Prot.-Nr. 55

Motion Iris Schelbert Widmer (GO/JA-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Qualitätssicherung bei Qualifikationen/Beantwortung

An der Sitzung vom 22./23. November 2006 haben Iris Schelbert (GO/Ja-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgende Motion eingereicht:

„Qualitätssicherung bei Qualifikationen

Der Stadtrat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Qualitätssicherung bei der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenqualifikation des städtischen Personals zu ergreifen.

Begründung:

Die jährliche Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenqualifikation ist ein wichtiges Instrument im Bereich der Personalführung des städtischen Personals. Sie erfüllt ihren Zweck aber nur dann, wenn sie konsequent und richtig durchgeführt wird.

Mit der Einführung des neuen Lohnsystems, welches eine Leistungskomponente beinhaltet, kommt der Qualifikation eine verstärkte Bedeutung zu. Sie darf keinesfalls zu einer Alibiübung verkommen. Da in der städtischen Verwaltung doch etliche Personen Qualifikationsgespräche durchzuführen haben, ist es wichtig, dass die Qualität dieses Instruments durch ein angepasstes Sicherungssystem gewährleistet ist.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzliches:

Beim Vorstoss handelt es sich gemäss Art. 60ff. der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten um ein Postulat, da allfällige Massnahmen, die aufgrund des Vorstosses ergriffen werden, in die Kompetenz des Stadtrates fallen.

Zum Vorstosstext:

Was die im Vorstoss angesprochene Bedeutung der Qualifikation angeht, so ist vorauszuschicken, dass diese bereits heute lohnwirksam ist: Sie wirkt sich in Form einer Anerkennungszulage aus, für die – wahlweise in Form von Frei-Tagen oder einer Auszahlung – durchschnittlich 2,5 Tage pro 100%-Stelle zur Verfügung stehen. Grundlage für die Bemessung der individuellen Zulage ist die Beurteilung mit dem Führungssystem „Führen mit Zielen“ (MbO).

Dieses wurde in der Stadtverwaltung Olten im Jahr 2002 eingeführt. Als externer Berater fungierte Roland Moll, RAC Ausbildungs-Consulting, Olten. Dabei wurden die zuvor angewendeten Systeme und Formulare erhoben und analysiert, ein einheitlicher MbO-Bogen mit dazu gehöriger Wegleitung erstellt und die rund 60 Beurteilenden geschult. Ende 2002 wurden auf der Basis eines Schulungsblocks erstmals Zielvereinbarungsgespräche mit allen Mitarbeitenden für das Jahr 2003 geführt, Anfang 2004 folgten nach einem zweiten Schulungsteil die ersten Beurteilungsgespräche. Dazwischen erfolgte eine Befragung des Gesamtpersonals zu den ersten Erfahrungen, welches dem neuen Führungssystem gute Noten erteilte.

In der Zwischenzeit hat sich das Führungssystem MbO weitestgehend bewährt. Im Zentrum steht nach wie vor das Gespräch über die Situation der betreffenden Mitarbeiterin bzw. des betreffenden Mitarbeiters am Arbeitsplatz; hinzu kommen die Kontrolle der Erreichung der für das Vorjahr festgelegten Ziele sowie die Festlegung von neuen Zielen für das neue Jahr.

Für die einheitliche Umsetzung des MbO-Systems ist der Personaldienst zuständig. Er setzt sich dafür ein, dass diese flächendeckend und zeitgerecht erfolgt und dass neue Mitarbeitende mit dem System vertraut gemacht werden. Für die Anwendung selber sind die Führungskräfte verantwortlich. Auch die Direktionskonferenz hat sich mehrfach mit dem Thema befasst und aufgrund der Erfahrungen den MbO-Bogen leicht angepasst. So wurde zum Beispiel die anfänglich zu hohe Zahl von verschiedenen Zielkategorien reduziert.

Für das laufende Jahr hat die Direktionskonferenz wiederum spezielle Sitzungen zum Thema MbO geplant, an denen auch Erfahrungen Externer einfließen sollen. Eine neuerliche flächendeckende Schulung soll hingegen erst stattfinden, wenn das neue künftige Lohnsystem und entsprechender allfälliger Änderungsbedarf definiert sind.

Im Sinne dieser Überlegungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und auf Grund der eingeleiteten Qualitätssicherungsmassnahmen gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

Iris Schelbert: Es ist eigentlich alles geschrieben und ich möchte vor der Begründung zuerst hören, was die anderen Fraktionen meinen. Ich danke dem Stadtrat vorab für die Beantwortung. Er will ja das Postulat überweisen und abschreiben. Ich bin auch mit der Überweisung in ein Postulat anstelle einer Motion einverstanden. Ich habe das Postulat seinerzeit eingereicht, weil ich den Eindruck hatte, irgend etwas muss bei den Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen offenbar nicht so gut laufen. Es geht um die Reaktion des Feuerwehrkommandanten. Ich sage dies ganz offen. Mir schien, dass irgend etwas nicht gut läuft. Entweder können die qualifizierten Personen nicht richtig mit diesem Instrument umgehen oder die qualifizierende Person macht irgend etwas nicht gut. Deshalb habe ich diesen Vorstoss eingereicht. Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen sind eine ganz heikle Sache und erfordern einerseits konstruktive Kritikfähigkeit, andererseits eine ehrliche Reflexion über die eigene Arbeit und auch die Fähigkeit, Kritik annehmen zu können und entsprechende Ziele zu formulieren. Ich habe dann ein sehr aufschlussreiches Gespräch mit der Personalverantwortlichen, Frau Grütter, gehabt und ich muss sagen, dass ich einen sehr guten Eindruck von ihr gehabt habe. Sie hat diese Sache in der Hand. Ab 2002 sind diese Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen schrittweise eingeführt worden und jede der rund 220 Qualifikationen, die jährlich gemacht werden, wird von ihr geprüft. Sie überprüft, ob es gemacht ist, ob alles in Ordnung ist und auch die vereinbarten Ziele werden überprüft. Macht man dort einen Schritt darauf hin? Werden diese Ziele erreicht? Die Qualifikationen der Lehrpersonen gehen zum Rektor. Was mich speziell interessiert hat, sind die Möglichkeiten der qualifizier-

ten Personen, wenn sie mit der Qualifikation nicht einverstanden sind. Was machen sie dann? Machen sie die Faust im Sack? Jammern sie irgend einem Kollegen ins Gilettäschchen? Sie haben drei Arten zu reagieren. Sie können die Unterschrift auf der Qualifikation verweigern. Wenn die Personalverantwortliche dies sieht, ist ganz klar: Hier ist etwas schief gegangen. Hier muss ich schauen gehen. Sie können unterschreiben, aber einen entsprechenden Vermerk auf der Qualifikation machen. Auch dort wird reagiert. Oder sie können unterschreiben und sich dann anschliessend an den Personaldienst wenden. Auch dort wird nachher reagiert. In jedem Fall reagiert der Personaldienst. Während dieses Gesprächs habe ich eigentlich schon das Gefühl gehabt, ich könnte mich mit der Abschreibung, wie sie der Stadtrat eigentlich auch vorschlägt, einverstanden erklären. Nachher habe ich eine letzte Frage gestellt. Das ist wahrscheinlich eine zuviel gewesen. Ich habe gefragt, ob ich denn jetzt davon ausgehen könne, dass die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterqualifikationen auf allen hierarchischen Ebenen installiert sind und sich etabliert haben. Dann hat es eine kleine Pause gegeben. Dann hat sie gesagt: Nein, nicht ganz hundertprozentig. Es ist so, dass diese Qualifikationen auf der höchsten Führungsebene seitens des Stadtrates noch nicht überall umgesetzt sind. Wir haben 2007. Ich bin der Meinung, gerade auf dieser Ebene geht es ja bei der lohnwirksamen Qualifikation schon noch um einen Batzen Geld. Eigentlich möchte ich die Stadträtinnen und Stadträte sehr motivieren, diese Qualifikationen mit ihren direkt unterstellten Direktionsleitungen zu machen, jedenfalls dort, wo sie noch nicht selbstverständlich als zur Führungsaufgabe gehörend angesehen werden. Erstens haben die Mitarbeitenden das Recht dazu. Zweitens ist es für einen Chef und eine Chefin sehr interessant und befruchtend, von einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter zu hören, welche Überlegungen sie oder er sich zu ihrer oder seiner Aufgabe, die sie oder er tagtäglich erfüllen muss, zur täglichen Arbeit und zur persönlichen Weiterentwicklung macht. Drittens geht es um den Leistungslohnanteil, der aufgrund der Qualifikation definiert wird. Dann frage ich mich schon, wie dieser dann verteilt wird, eben ganz oben. Jetzt möchte ich eigentlich beantragen, dass wir das Postulat erst abschreiben, wenn die Qualifikationen auf allen Ebenen hundertprozentig umgesetzt sind und jährlich stattfinden.

Christian Wüthrich: Weshalb ist es nicht hundertprozentig umgesetzt? Liegt es an der Zeit? Das habe ich nicht verstanden.

Iris Schelbert: Die Begründung kenne ich nicht. Ich weiss einfach, dass heute nicht alle Stadträtinnen und Stadträte ihre Direktionsleitungen regelmässig qualifizieren. Weshalb weiss ich nicht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kann hier keine Aussage machen. Ich möchte dies eigentlich auch gar nicht. Wir möchten dies im Stadtrat klären und würden dementsprechend handeln, sollte dies so sein. Wenn der Vorstoss deshalb nicht abgeschrieben wird, dann ist es so und ich kann im Namen des Stadtrates damit leben. Aber das ist etwas, das wir zuerst einmal Inhouse klären möchten, wenn es Frau Schelbert so recht ist.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ernst, jetzt habe ich nicht ganz verstanden, was Dein Antrag ist. Zieht Ihr den Antrag auf Abschreibung gleichzeitig zurück oder haltet Ihr ihn aufrecht?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich habe versucht, die Antwort zu diesem Vorstoss zu geben, und habe gesagt: Das machen wir. Es geht ja in erster Linie um das System. Ich erinnere an die Diskussion Besarbol, wo Mario Clematide zu Recht gesagt hat, eines der wesentlichsten Elemente in der Auswirkung für Leistungslohnabgabe ist eine Beurteilung. Mit anderen Worten habe ich dort gesagt, dass die Schulung derjenigen, die beurteilen müssen, immer wieder auf den nächsten Stand gebracht werden muss, auch die neuen Leute, die kommen, immer wieder ins Bild gesetzt werden müssten, wie es genau läuft und und und... Unter diesem Aspekten haben wir gesagt: Das machen wir ja. Deshalb haben wir gesagt: Abschreiben. Jetzt höre ich hier etwas in dem Sinne, das wir geklärt haben möchten. Ich würde in diesem

Moment, ohne dass ich jetzt meine Kolleginnen und Kollegen gefragt habe, sagen: Wir lassen es einmal so im Raum stehen und geben wieder Bericht im Sinne der Berichterstattung des Vorstosses, wenn dies dann wirklich in irgend einer Form richtig gestellt worden ist.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir stimmen über die Überweisung des Postulats ab. Es ist eben ein Postulat gemäss Artikel 61 und nicht eine Motion. Deshalb muss die Motionärin nicht die Zustimmung geben, sondern wird es automatisch zum Postulat.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich habe verstanden, dass der Stadtrat seinen Antrag auf Aufschreibung zurück gezogen hat. In diesem Fall ist das Postulat überwiesen und läuft so. Über den Abschreibungsantrag ist, da zurück gezogen, nicht mehr abzustimmen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 1/7

Prot.-Nr. 56

Postulat Iris Schelbert Widmer (GO/JA, SP, CVP und SVP-Fraktionen) und Mitunterzeichnende betr. Familiengärten für Olten/Beantwortung

Am 23. November 2006 hat Iris Schelbert im Gemeindeparlament folgendes Postulat eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, ein, in Grösse, Qualität und Pachtdauer, passendes Areal als Ersatz für die gekündigten Familiengärten im Gheid bereit zu stellen.»

Begründung:

Aufgrund dringender eigener Interessen kündigten die Grundstückbesitzerinnen die Pachtverträge der Familiengärten im Gheid per Ende 2007. Die Stadt Olten hat die Gärtnerinnen und Gärtner frühzeitig darüber informiert und offenbar abgeklärt, wie gross der künftige Bedarf für Familiengärten ist.

Dass Bedarf für Familiengärten besteht, hat sich im grossen Engagement von Einwohnerinnen und Einwohnern gezeigt, welche an einem Familiengarten interessiert sind. Mehr als zwanzig von ihnen sind zu einem Gespräch über die Möglichkeiten der weiteren Betreuung der Gärten im Stadthaus erschienen.

Schrebergärten, sog. Familiengärten, haben in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert Tradition. Der Dachverband der Schweizer Familiengärtner und -gärtnerinnen (gegründet 1925) zählt rund 28'500 Mitglieder. Jeder grössere Ort in der Schweiz kennt die Familiengärten. Dem Verband sind rund 375 Gartenareale angeschlossen.

In Olten leben viele Menschen in Blocksiedlungen und haben keinen Garten. Die Gärten bieten ihnen die Möglichkeit einer kreativen und produktiven Freizeitbeschäftigung. Soziale Kontakte werden gepflegt und viele Familien können sich mit Obst und Gemüse zu einem grossen Teil selber versorgen. Heute wird immer mehr auch der naturnahe und biologische Gartenbau betrieben. Die Bereitstellung von Familiengärten ist ein wichtiger Beitrag zu einer gesunden Einwohnerschaft.

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Ausgangslage

Die Einwohnergemeinde bewirtschaftet auf den Parzellen:

GB Olten Nr. 3364 - «Areal Erlimatt»

GB Olten Nr. 3483 - «Areal «Sportstrasse / CWA»

GB Olten Nr. 4755 - «Areal «Sportstrasse / Tennisplatz»

insgesamt 137 Pflanzlandparzellen (Parzellengrössen 1 – 3 Aren).

Die Areale GB Olten Nr. 3364 und 3483 sind im Besitze der Städtischen Betriebe (sbo). Zwischen den sbo und der Einwohnergemeinde Olten besteht dafür ein Pachtvertrag (vom 13.11.1947).

Die Familiengartenparzellen befinden sich grösstenteils in direkter Nachbarschaft zu etablierten Oltnen Gewerbebetrieben. Das Areal bietet diesen Unternehmen die einzige Möglichkeit, bei Bedarf am bestehenden Standort weiter expandieren zu können. Für ihre Betriebsentwicklung sind sie deshalb auf das Gebiet der heutigen Familiengartenparzellen angewiesen.

Die beiden Firmen CWA Constructions SA / Corp. und Mungo Befestigungstechnik AG haben nun entsprechend beim Grundeigentümer (sbo) ihren Bedarf bzw. ihr Kaufinteresse am Gewerbebauland der Parzelle GB Olten Nr. 3483 angemeldet. Infolgedessen haben die sbo der Einwohnergemeinde die Pacht am 22. Juni 2005 per 31. Oktober 2006 gekündigt und auf Wunsch der Einwohnergemeinde die Frist für den Pachtabschluss am 4. Juli 2005 bis 31. Dezember 2006 erstreckt. Schlussendlich ist den Familiengarten-Pächtern die Weiternutzung bis Ende 2007 zugesichert worden.

2. Kündigung der Pachtverträge / Orientierung der Pächter

Die (65) betroffenen Pächter wurden am 24. November 2005 im Rahmen einer Informationsveranstaltung umfassend über die aktuelle Situation orientiert.

Im Anschluss daran wurde Ihnen das Pachtverhältnis – unter Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen - per 31. Dezember 2007 schriftlich gekündigt.

3. Prüfung von Alternativen (Ersatz)

Aufgrund dieser Entwicklung stellte sich die Grundsatzfrage, ob den betroffenen Pächtern seitens der Einwohnergemeinde eine Alternative zur Verfügung gestellt werden kann oder ob diese Parzellen auf den Termin der Kündigung ersatzlos aufgehoben werden (müssen).

Die dahingehende Evaluation potenzieller Ausweichstandorte hat ergeben, dass die Einwohnergemeinde leider über kein geeignetes Landstück verfügt, welches als Ersatzfläche zur Verfügung gestellt werden könnte. Als (Ersatz-) Standort kommen notabene nur jene Grundflächen in Frage, welche sich innerhalb der Bauzone befinden.

Das in diesem Zusammenhang zur Diskussion stehende Bornfeld ist mit Ausnahme einiger kleiner Parzellen (Privatbesitz) als Baulandreserve circa je hälftig im Besitze der Einwohnergemeinde und der sbo. Ein Teil des Bornfeldes (Eigentümerin sbo) wurde nun, nach langen und intensiven Verhandlungen mit dem Kanton, als Wohnzone (Spezialzone B) eingezont. Damit wurde ein langjähriges Anliegen der Stadt Olten erfüllt, hat sie doch selbst

wesentliche Teile des Bornfeldes im Jahr 1983 – im Interesse einer Arrondierung - als Baulandreserve (vorläufig ausserhalb der Bauzone) zu einem Preis von Fr. 7'900'000.00 käuflich erworben. In Anbetracht der relativ hohen Einrichtungskosten bei Familiengärten (nachfolgend im Detail aufgeführt) wäre mit einem sinnvollen Zeithorizont von mindestens 15 bis 20 Jahre zu rechnen. Damit würde das Bauland aber in unverständlicher Weise über eine lange Zeit blockiert. Überdies hinaus stellt die Grundeigentümerin (sbo) das Land für die Familiengartennutzung auch nicht zur Verfügung.

Im Gebiet Olten SüdWest wäre grundsätzlich im südwestlichen Grenzbereich eine Familiengartennutzung denkbar. Die in Frage kommende Landfläche steht aber in den nächsten vier Jahren nicht zur Verfügung und die Grundeigentümerin ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht bereit, das Land danach für einen begrenzten Zeitraum für eine Familiengartennutzung frei zu geben. Damit steht fest, dass auf dem Areal Olten SüdWest für die wegfallenden Familiengärten kurzfristig kein Ersatz geschaffen werden kann.

Mit Blick über die Stadtgrenzen hinaus wurden zudem die Gemeinden Wangen b/Olten, Trimbach, Starrkirch-Wil und Dulliken angefragt, ob es in ihrer Gemeinde freie Pflanzlandparzellen gibt oder ob Sie allenfalls ein Landstück sähen, welches dafür zur Verfügung gestellt / gepachtet werden könnte. Die Antworten sind wie folgt ausgefallen:

Wangen b/Olten - Max Zülfi, Bauverwalter: «Leider können wir Ihnen bei der Suche nach Pflanzlandparzellen nicht weiterhelfen».

Trimbach – Karl Wengert, Bauverwalter: «Grundsätzlich würde sich ein (kleineres) Landstück der Gemeinde Trimbach dafür anbieten. Allerdings wurden seitens der Schule bereits Ansprüche (Erweiterung Sportanlagen) am erwähnten Landstück angemeldet. Entsprechend könnte die Gemeinde Trimbach nur einen relativ kurzfristigen Pachtvertrag anbieten. Da für die Einrichtung bzw. später für die Aufhebung doch erhebliche Kosten auflaufen, dürfte diese Lösung für die Stadt Olten nicht von Interesse sein».

Starrkirch-Wil - Beat Gradwohl, Gemeindeverwalter: «Nach Rücksprache mit unserem Gemeindepräsidenten müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir in unserer Gemeinde keine geeigneten Landparzellen für Pflanzlandparzellen haben».

Dulliken – Sonja Gfeller, Bauverwaltung / Gemeindeschreiberei: «Leider können wir Ihnen keine Alternativen anbieten, zumal sich die Gemeinde Dulliken in einer ähnlich prekären Lage bezüglich der zur Verfügung stehenden Pflanzplätze befindet. Ende 2006 wird unsere grösste Pflanzplatzanlage aufgelöst, eine weitere Platzauflösung folgt in den Jahren darauf, so dass wir ebenfalls mit einem Pflanzplatz-Mangel zu kämpfen haben».

Im Weiteren wurde auch der Gartenbauverein Olten und Umgebung angefragt. Dieser bietet auf privaten Parzellen in Starrkirch-Wil und Trimbach ebenfalls einige Familiengärten zur Pacht an. Laut Auskunft von Frau Niklaus, Niedergösgen (Ehefrau des Präsidenten), können von Zeit zu Zeit freie Pflanzgärten zur Pacht angeboten werden. Seit der angekündigten Aufhebung in Dulliken sei aber bereits von dieser Seite her eine erhöhte Nachfrage zu verspüren.

4. Aufhebung der bestehen Familiengarten-Parzellen, Altlasten / Räumung

Die Einwohnergemeinde ist ursprünglich davon ausgegangen, dass aufgrund der Familiengarten-Nutzung gewisse «Altlasten» bestehen könnten, da Gartenböden im Stadtgebiet erfahrungsgemäss meist mit Schwermetallen (insbesondere Blei und Zink etc.), teilweise auch mit Polyaromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und Chlorpestiziden belastet sind.

Die durchgeführten Untersuchungen haben die gehegten Befürchtungen erfreulicherweise nicht bestätigt. Im gesamten Gebiet der Familiengärten konnten keine «Altlasten» im Sinne der Altlastenverordnung festgestellt werden. Eine gewisse Bodenbelastung wurde im Oberboden (0 - 20 cm) vorgefunden, wobei die gemessenen Werte in den Familiengärten eher im unteren Bereich der im Raum Olten allgemein zu erwartenden Schadstoffbelastungen liegen. Der unterliegende Boden gilt sogar als unbelastet. Eine weitere Nutzung des Bodens vor Ort, gleich welcher Art, ist ohne irgendwelche Einschränkungen möglich. Ausgehobener Boden (und nicht vor Ort weiterverwendeter Boden) der Klasse «schwach belastet» (oberste 20 cm) kann weiterverwendet werden und muss nicht a priori in einer Deponie entsorgt werden.

Gemäss den Vertragsbedingungen müssen die Pächter auf den genannten Termin ihre Parzelle «sauber» (inklusive Rückbau des Gartenhäuschens) räumen. Der Werkhof wird die Pächter bei der Räumung unterstützen und im Herbst 2007 an verschiedenen Tagen Entsorgungsfahrzeuge, -mulden und -anhänger bereitstellen. Die dabei anfallenden Entsorgungsgebühren sind durch die Pächter zu bezahlen.

5. Kosten für die «Einrichtung» eines neuen Familiengarten-Areals

Die Kosten für die «Einrichtung» (WC-Anlagen, Wasser-Anschlüsse, Parkplätze usw.) eines neuen Schrebergarten-Areals wurden durch das Tiefbauamt am Beispiel «Bornfeld / südlich Gheidgraben / GB Olten Nr. 3364 – sbo» berechnet. Die diesbezügliche Kostenschätzung hat approximative Aufwendungen in der Höhe von Fr. 120'000.00 ergeben. Zusätzlich wären für die Parzellierung und die Erstellung und Markierung der Erschliessungswege (interne) Arbeitsstunden durch das Tiefbauamt bzw. den Werkhof zu leisten.

Mit Blick auf die (Wasser-/Abwasser-) Kostenseite wurde der Pachtzins auf das Jahr 2004 von Fr. 26.00 auf Fr. 65.00 pro Jahr und Are erhöht. Die vorgenannten Investitionen müssten den Pächtern (zumindest teilweise) überwälzt werden. Dies hätte nochmals eine kräftige Anpassung des Pachtzinses zur Folge. Im Weiteren müssten auf einem neuen Familiengarten-Areal (strengere) Richtlinien für den Bau der „Gartenhäuschen“ erwogen werden.

6. Allgemeine Funktion und Bedeutung von Familiengärten, früher und heute

Die ursprüngliche Bedeutung: Familiengärten waren eine soziale Einrichtung. Zum Zeitpunkt der Entstehung und lange Jahrzehnte danach waren Familiengärten an eine bestimmte soziale Schicht gebunden. Sie stellten eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen dar und entlasteten durch die Produktion von Obst und Gemüse das Haushaltsbudget.

Die heutige Situation: Die Familiengärten sind für Menschen in der Stadt ohne eigenen Garten eher zu einem Ort der Persönlichkeitsentfaltung und der zwischenmenschlichen Kontakte / Begegnungen geworden.

7. Situation in Olten, Analyse

Vor allem junge Familien tun sich heute schwer damit, sich um einen Pflanzgarten zu bemühen. Während es früher noch eine «Warteliste» gab, wird heute kaum noch danach gefragt. Der Trend zur «Überalterung» ist in der Altersstruktur der Oltnen Pächter deutlich zu erkennen. Das Durchschnittsalter der «gekündigten» Pächter beträgt 62 Jahre.

Wie die nachfolgende Darstellung aufzeigt, lässt sich festhalten, dass die allermeisten der nun von der Kündigung betroffenen Pächter ihren Familiengarten im Gheid während Jahrzehnten bewirtschaften durften:

Pächter seit 0 - 5 Jahren	Pächter seit 5 - 10 Jahren	Pächter seit 10 - 20 Jahren	Pächter seit über 20 Jahren
0.00%	1.56%	31.25%	67.19%

Vereinzelte Pächter haben in einem Presseartikel argumentiert, dass nebst der persönlichen Bindung zum Familiengarten, insbesondere auch das Finanzielle ins Gewicht falle, da nicht wenige Familiengärtner mehrere tausend Franken in ihre Parzelle investiert hätten, insbesondere mit dem Bau von Gartenhäuschen.

Diese Aussage ist einerseits angesichts der vorerwähnten, langjährigen Pachtverträge (Nutzungsdauer) zu relativieren. Andererseits gilt es klar festzuhalten, dass die Einwohnergemeinde ausschliesslich das Pflanzland zur Benützung verpachtet hat. Die «Gartenhäuschen», die teilweise in Grösse und Ausbaustandard tatsächlich mit dem ursprünglichen Zweck wenig gemein haben, wurden stets aus eigener Initiative und im Wissen der vertraglichen Rahmenbedingungen durch die Pächter selbst errichtet.

Anlässlich einer schriftlichen Umfrage haben 28 von 65 Pächter mitgeteilt, dass sie grundsätzlich - über den Kündigungstermin hinaus - an der Pacht einer Familiengartenparzelle interessiert wären. Ihnen wurde jedoch bereits vorgängig mitgeteilt, dass kein Ausweichstandort garantiert werden kann - bei allenfalls frei werdenden Familiengartenparzellen auf den Arealen «Sportstrasse / Tennisplatz» und «Erlimatt» könnten sie gegenüber allfälligen Neuinteressentinnen / Neuinteressenten jedoch bevorzugt berücksichtigt werden. Nachdem zwischenzeitlich durch benachbarte Industriebetriebe das Interesse an der zusätzlichen Sicherstellung grösserer Baulandreserven auf dem Grundstück GB Olten Nr. 4755 (Familiengartenareal «Sportstrasse / Tennisplatz») signalisiert worden ist, machen Neuverpachtungen jedoch auch auf diesem Areal keinen Sinn mehr.

Die rund 50 Pächter der Parzelle «Sportstrasse / Tennisplatz» wurden am 31. Mai 2006 anlässlich einer Informationsveranstaltung orientiert, dass das gesamte Gebiet im «Gheid», welches im Rahmen der Ortsplanungsrevision der «Zone für öffentliche Bauten und Anlagen» zugeteilt werden sollte und zurzeit noch durch Familiengärten belegt ist, neu der Gewerbezone zugeteilt wird und dass die Parzellen beim Tennisplatz – trotz der Umzonung – noch bis mindestens Ende 2007 weitergenutzt werden können, da aktuell noch kein konkretes Bauprojekt vorliege. Aufgrund der geschilderten Ausgangslage, wurde den Pächtern allerdings empfohlen, auf grössere Investitionen zu verzichten, bzw. diese entsprechend zu überdenken.

8. Erwägungen

Für einige Pächter, insbesondere die Pensionierten, ist der Familiengarten zum eigentlichen Lebensinhalt geworden. Der Stadtrat hat deshalb durchaus Verständnis für deren Engagement. Für die Betroffenen ist es unbestritten bedauerlich, dass durch die Einwohnergemeinde kein passendes Areal als Ersatz für die gekündigten Familiengärten bereit gestellt werden kann. Immerhin lässt sich aber feststellen, dass ein Grossteil dieser Pächter doch während vielen Jahren eine Parzelle bewirtschaften konnte und damit gegenüber der restlichen Stadtbevölkerung in gewissem Sinne auch privilegiert war.

Die im Postulat formulierten Anliegen wurden vom Stadtrat unter Einbezug aller Aspekte sorgfältig geprüft. Auf Grund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Iris Schelbert: Auch hier danke ich dem Stadtrat für die Antwort. Selbstverständlich bin ich enttäuscht und mit mir sind die Gärtnerinnen und Gärtner todenttäuscht. Deshalb ist heute von ihnen auch gar niemand mehr gekommen. Sie mögen eigentlich nicht mehr. Ich muss aber dem Bauamt attestieren, dass sie sich sehr Mühe gegeben haben. Sie sind gesprächsbereit gewesen. Wir haben Pläne angeschaut und alles. Eigentlich ist dann mein Vorstoss noch so die letzte Hoffnung gewesen, man könnte irgendwo etwas gut machen und irgendwo ein Stück Land für diese Familiengärten finden. Enttäuscht bin ich deshalb, weil – ich verstehe nicht ganz alles, aber das muss ich ja auch nicht immer – das Bornfeld als Wohnzone eingezont wird. Andererseits haben wir Olten SüdWest, das riesig und leer ist und offenbar will man dort einfach lieber bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, bis jemand mit 60 oder 70 Millionen Franken in der Tasche doch zu uns kommt und etwas machen will. Dass es nicht sinnvoll ist, in den Nachbargemeinden, Familiengärten zu suchen – der Stadtrat hat dies gemacht; ich danke auch dafür – macht wenig Sinn, weil, sobald man sich in ein Auto setzen muss, um zu gärtnern, ist es nicht mehr gleich, wie wenn man sich auf das Töffli oder das Velo setzen kann. Ich meinte: Wo ein Wille ist, wäre ein Weg. Ich stelle mir vielleicht ein Gebiet vor, das man umzonen müsste. Dies in absoluter juristischer Unkenntnis der Dinge. In der Beantwortung des Postulats steht so die ursprüngliche Bedeutung der Familiengärten und die heutige Situation. Man muss ja sagen: Eigentlich ist die Bedeutung Familiengarten noch gleich. Es geht darum, eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu machen. Rund herum hat man Gleichgesinnte. Man hat Freude an etwas. Man hegt und pflegt. Nachher hat man einen vollen Tiefkühler. Ich denke, das ist immer noch so. Nicht alle Leute in der Stadt Olten haben das Glück, in einem Haus zu wohnen, zu dem es einen Garten hat. 28 von 65 Pächterinnen und Pächtern hätten gerne weiter gärtnern wollen. Für mich ist es wie nicht eine Frage der Menge. Hätte man mehr machen können, wenn 60 von 65 hätten weiter gärtnern wollen? Für mich geht es auch nicht ganz auf, weil wir Reklame für unsere Stadt „Gartenstadt Olten“ machen, „Olten lebenswert und liebenswert“ oder „Lebendig wie Luzern, aber viel grüner“. Für einen Teil der Leute, aber für einen Teil nicht. Was mich eigentlich bei der ganzen Beantwortung erschreckt hat, ist der achte Abschnitt, die Erwägungen. Wenn man dort schreibt, dass es eigentlich so ist, dass ein Grossteil dieser Pächter während vielen Jahren Parzellen haben bewirtschaften können und damit gegenüber der restlichen Stadtbevölkerung in einem gewissen Sinn auch privilegiert seien, scheint mir dies etwas, das man vielleicht im stillsten Kämmerlein denken kann. Aber hier in diesem Papier schäme ich mich etwas dafür, weil dies den Gärtnern und mir so aus dem Bau nicht entgegen gekommen ist. So quasi: Ihr habt es jetzt lange schön gehabt. Jetzt klagt nicht. Das letzte Mal, als ich einen solchen Satz gehört habe, ist gewesen, als es um den Bau der ERO gegangen ist, vis-à-vis von Leute des Hinteren Steinackers, als der Herr vom Kanton, als sie gesagt haben, es werde ihnen durch den Bau des Tunnels zu lärmig, gesagt hat: Jetzt habt ihr jahrzehntelang ein ruhiges Quartier gehabt. Das haben nicht alle Leute. Jetzt hört auf zu „stürmen“. Es mag so sein. Aber es ist nicht ein Argument, das man bringen sollte. Ich habe es gesagt: Die Gärtnerinnen und Gärtner sind frustriert. Einer von ihnen ist weggezogen und zwar, weil es ihm einfach dermassen „abgelöscht“ hat und ein anderer, mit dem ich viel Kontakt habe, hat es vor. Vielleicht ist dies für einige hier etwas schwer, sich vorzustellen, dass es Leute gibt, die wegen eines fehlenden Familiengartens gehen. Aber wir müssen wahrscheinlich einfach wahrnehmen, dass es Leute gibt, welche die Standortqualität nicht mit einem Steuerfuss gleich setzen. Leute, bei denen die Lebensqualität an einem kleinen Stück Garten hängt. Auch sie bezahlen Steuern und auch sie müssten uns wichtig sein. Der Stadtrat möchte das Postulat überweisen und abschreiben. Ich meinte, wir sollen es überweisen. Für diese Empfehlung danke ich Euch. Aber ich möchte es eigentlich noch nicht abschreiben. Wir vergeben uns nichts, wenn wir dies noch etwas mitnehmen. Wer weiss, ob wir nicht irgendwo noch einmal etwas Gartenplatz finden. Sehr gefreut hat mich, dass eigentlich die Bodenqualität, welche die Gärtnerinnen und Gärtner hinterlassen, gut ist, weil man den Familiengärtnern, den Schrebergärtnerinnen und -gärtnern gerne unterstellt, sie düngten diese Gärten halb zu

Tode und sie liessen weiss der Geier was alles in den Boden. Deshalb scheint es mir eigentlich super, dass diese Böden soll toll hinterlassen worden sind.

Stadträtin Silvia Forster: Ich kann dazu sagen, dass wir im Moment Anfragen betreffend diesem Land haben von den Firmen, die dort oben angesiedelt sind. Dies ist auch der Grund gewesen, dass man diesen Gärtnern und Gärtnerinnen einmal signalisiert hat, dass sie ihren Garten im Jahr 2007 sicher noch betreiben können und der Rest offen ist. Es ist möglich. Aber ich kann es nicht versprechen. Es ist möglich, dass aufgrund der aktuellen Situation diese Schrebergärten zumindest teilweise noch ein bis zwei Jahre weiter bestehen könnten. Das wird sich aber im Laufe des Jahres 2007 entscheiden. Das einfach als Information. Ich möchte noch einmal festhalten, dass für die Schrebergärten das Land umgezont werden muss, eingezont werden muss - das ist eine kantonale Vorschrift - und der Stadtrat einfach klar der Meinung ist - es ist immer gesagt worden - das Bornfeld ist das letzte Bauland, das sich im Besitz der Stadt Olten bzw. der sbo befindet, wo man etwas machen könnte. Olten SüdWest gehört nicht der Stadt Olten, sondern ist in Privatbesitz. Wenn man dort Schrebergärten will, heisst es, dass man einzonen muss, so oder so einzonen, und man muss dies in die Investitionsrechnung aufnehmen und entsprechend gestalten. Wenn es das Parlament will, werden wir dies selbstverständlich vollziehen. Der Stadtrat hat seine Überlegungen dargelegt. Wir finden es auch auf eine Art traurig, dass die Schrebergärten verschwinden müssen. Aber wir haben die Gesamtinteressenabwägung gemacht, die zur heute vorliegenden Antwort des Stadtrates geführt hat.

Nico Zila: Auch wir Freisinnigen finden es schade, dass viele Familien und viele Einzelpersonen - trotz des Namens gibt es diese auch - in diesen Gärten ihre über Jahre, häufig sogar über Jahrzehnte lieb gewonnenen Schrebergärten auf Ende 2007 oder ein bis zwei Jahre später werden aufgeben müssen. Auf der anderen Seite freuen wir uns aber natürlich auch darüber, dass Oltnen Firmen in der erfreulichen Lage sind, hier in der Stadt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Land, auf dem die jetzt gekündigten Schrebergärten liegen, ist dabei eben der natürliche Entwicklungsraum für genau diese Firmen. Wir sind der Meinung, dass die Baudirektion einen erheblichen Aufwand betrieben hat, um abzuklären, ob Ersatzstandorte in der oder um die Stadt Olten angeboten werden können. Das ist ein Effort, der aus unserer Sicht nicht selbstverständlich ist, und ich finde, er trägt eben auch einer Wertschätzung gegenüber den Schrebergärtnerinnen und -gärtnern eine gewisse Rechnung. Leider gibt es aber weder in Olten noch in einer Nachbargemeinde ein geeignetes Landstück, das die im Vorstoss von Iris Schelbert geforderten Kriterien von der Grösse, Qualität und vor allem, wenn man die Investitionskosten betrachtet, eben auch von der Pachtdauer erfüllen kann. Ich denke, es muss wieder einmal gesagt sein, wie es in vielen anderen Fragen in dieser Stadt das Thema ist: Die Verkehrsfrage zum Beispiel. Wir liegen einfach für solche Sachen meiner Meinung nach geografisch denkbar ungünstig. Die Stadt Olten ist umgeben von Hügeln. Wir haben die Aare, die uns irgendwo eingrenzt. Wir haben relativ wenig flaches Land, auf das wir solche Schrebergärten oder wo eben auch Firmen und Private bauen können. Die FdP-Fraktion schliesst sich nach diesen Überlegungen dem Antrag des Stadtrates auf erheblich Erklären und Abschreibung des Postulats an und tröstet sich etwas mit dem Wissen, dass es in unserer vielseitigen Region doch zahlreiche andere Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitbeschäftigung gibt.

Georg Dinkel: Die CVP/EVP wird das Postulat grossmehrheitlich überweisen und nicht abschreiben. Wenn man beachtet, wie viele Hobbygärtner an der von Iris Schelbert organisierten Versammlung teilgenommen haben, besteht ein Bedürfnis, die Familiengärten weiter zu führen. Der Familiengarten kann auch zu einer Begegnungszone werden, sind doch schon viele Freundschaften im Familiengarten entstanden. Auch kann ein Schrebergarten als Erholung zum alltäglichen Stress dienen. Das habe ich persönlich in den letzten 25 Jahren, in denen ich dort gegärtnert habe, erlebt. Aus diesem Grund wird die CVP/EVP-Fraktion das Postulat grossmehrheitlich überweisen und nicht abschreiben.

Caroline Wernli Amoser: Auch wir bedauern, dass der Stadtrat offenbar keine andere Antwort hat geben können als wir jetzt hier lesen können. Wir haben aber ebenfalls den Eindruck, dass sehr viele Bemühungen von der Verwaltung unternommen worden sind, um hier einen Ersatz zu finden. Wir gehen davon, dass es nicht möglich ist, aufgrund dessen, was wir hier lesen, was wir zum Teil vorher auch schon von Silvia Forster haben hören müssen. Ich denke, wir gehen eigentlich davon aus, sollte sich doch wider Erwarten irgendwo eine Möglichkeit auftun, um eine solche Schrebergartensiedlung wieder anzusiedeln, dass der Stadtrat dies umsetzen wird, auch wenn das Postulat jetzt abgeschrieben wird. Ich habe eigentlich den Eindruck gehabt, sie nehmen diese Anliegen ernst und es ist allen bewusst, dass die Leute, die in Zukunft darauf verzichten müssen, eben auf etwas verzichten müssen. Wir sehen einfach keine Lösung, wie man es umsetzen könnte, und werden deshalb den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Rudolf Lutz: Ich könnte jetzt auch sagen, wir bedauern es. Es ist auch so. Aber wo kein Platz ist und wo kein Land ist, kann man halt auch beim besten Willen keine Schrebergärten machen. Das tut uns auch leid. Es tut uns auch leid für diejenigen, die es gemacht haben. Ich verstehe all diejenigen, die sich eine zweite Heimat in diesen Gärtchen aufgebaut haben, aber bin halt der Meinung, man darf nicht aufhören zu suchen und wir sollten schauen, ob wir vielleicht noch eine Lösung finden. Trotzdem sind wir für Überweisung und Abschreibung.

Beschluss

Mit 49 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mit 28 : 22 Stimmen wird der Abschreibung zugestimmt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 35/11

Prot.-Nr. 57

Interpellation Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Läuft das Ruder aus der Hand?“/Beantwortung

An der Sitzung vom 27./28. September 2006 haben Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende folgende Interpellation eingereicht:

„Wir verzichten absichtlich auf einen geeigneten, zutreffenden Titel für die Interpellation.
(Geeignet wäre allerdings „Will Olten einen Stadtteil Getto?“

Ausgangslage:

Im Stadtanzeiger und im Oltnen Tagblatt vom 21. September 2006 wird unter Baupublikationen das folgende Baugesuch publiziert: „Bauherrschaft „Türkisches Vereinslokal Bodrum, Hazma Dogan, 4667 Dulliken“, Bauobjekt: „Verlängerte Öffnungszeiten Donnerstag bis Sonntag bis 04.00 Uhr“, Bauplatz: „Tannwaldstrasse 101, GB. Nr. 4039“. (Uns ist selbstverständlich das Bewilligungs-prozedere für eine „Verlängerung der Öffnungszeiten für Gastronomiebetriebe“ geläufig.)

Feststellung:

Die obengenannte Publikation ist nicht die erste dieser Art.

In den letzten Jahren sind auf der rechten Aareseite diverse Restaurationslokale, in extremis entlang der Aarauerstrasse, eröffnet worden. Die Zumutbarkeit für die Anwohner erreicht ein Mass, das nicht mehr toleriert werden kann. Die Unsicherheit, Belästigungen, Ruhestörungen nehmen schleichend zu. Die Nachtruhe wird durch den Begleitleärm, insbesondere das Zuschlagen von Autotüren, das rasante und rücksichtslose Anfahren mit dem dazugehörigen Reifenquietschen gestört und bringen das „Fass“ zum Überlaufen. (Aufzählungen sind nicht abschliessend!) Die Anwohner fühlen sich unwohl und sind verängstigt. Abwanderungen in andere Quartiere sind die Folge.

Die Anfänge einer Gettoisierung zeichnen sich klar ab.

Alle reden immer von Integration von Menschen fremder Kulturen. Wir aber stellen das Gegenteil fest. Mit solchen Bewilligungen für verlängerte Öffnungszeiten (auch unter der Woche) grenzen sich diese Menschen noch mehr aus. Die Kultur des Gastlandes ist für diese Leute nicht wichtig. Sie sind nicht gewillt, diese kennen zu lernen und sich zu integrieren.

Zwei Beispiele: Im Stadtteil Kreuzberg in Berlin ist die deutsche Sprache zur Fremdsprache degradiert worden. Ebenso sind „Gesetze“ wie Patriarchat, Blut- und Ehrenmorde an der Tagesordnung. Die Polizei fürchtet sich sogar Kontrollen durchzuführen. Wollen wir ähnliches auch in Olten?

Nicht nur ältere Bewohner/innen wagen sich nachts nicht mehr auf die Strasse. Kinder und Jugendliche werden bereits jetzt überfallen, gemobbt, und erpresst!

Die offiziellen Fälle (ohne die „Bagatelldelikte“) können in den kantonalen Polizeiberichten Januar bis September 2006 über 30 Fälle nachgelesen werden.

1. Ist dem Stadtrat die Entwicklung auf der rechten Aareseite, insbesondere an der Aarauerstrasse, bewusst und was gedenkt er dagegen zu unternehmen?
2. Erachtet der Stadtrat eine Verlängerungsbewilligung der Öffnungszeiten dieser Art Restaurationsbetriebe und sogar Vereinslokale als sinnvoll, notwendig und weitsichtig?
3. Sind solche Bewilligungen nicht kontraproduktiv in Bezug zu unseren Integrationsbemühungen?

4. Was gedenkt der Stadtrat gegen die zunehmende Unsicherheit und Angst der Anwohner/innen zu tun?
5. Kann uns die Stadtpolizei mit ihrer jetzigen Struktur die erforderliche Sicherheit überhaupt noch gewährleisten?
6. Ist es möglich, anhand einer repräsentativen Umfrage das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung von Olten zu eruieren und danach Massnahmen einzuleiten?

Unsere Fragen und Ihre Antworten **DRÄNGEN** die Bevölkerung. Die Fraktion SVP bittet Sie darum, bei der Beantwortung auf „globale, nicht verständliche Ausreden“ zu verzichten.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Um es vorwegzunehmen: Dem Stadtrat ist die vom Interpellanten erwähnte Entwicklung bewusst; er hat denn auch bereits im Regierungsprogramm 2005-2009 „Ausgeglichene Bevölkerungsstruktur und sozialer Ausgleich“ als eine von vier Zielsetzungen für die laufende Legislatur definiert. Zielsetzung der stadträtlichen Politik ist es, eine möglichst ausgeglichene Bevölkerungsstruktur zu erreichen: ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen, zwischen ausländischer und Schweizer Bevölkerung, zwischen Gutverdienenden und Bedürftigen. Als erster Schritt ist Grundlagenarbeit zu verrichten, die mehreren Disziplinen dient, etwa in Untersuchungen zu Themen wie Wanderbewegungen innerhalb des Stadtgebietes oder Sicherheit. Zum Thema Sicherheit läuft derzeit das Projekt „Sicherheit in Olten“, mit dem im ersten Halbjahr eine Erhebung sicherheitsrelevanter Orte im öffentlichen und halböffentlichen Raum in der Stadt Olten durchgeführt wird, auf deren Basis anschliessend die erforderlichen Massnahmen erarbeitet werden sollen. Zur Grundlagenarbeit, welche in der Zwischenzeit auch durch eine Motion der SP-Fraktion angeregt wurde, ist festzuhalten, dass – um allfällige Doppelspurigkeiten zu verhindern – die Erhebungen im Rahmen des Leitbildes Integration abgewartet werden, bevor weitere Schritte definiert und eingeleitet werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Stadtrat warnt vor allzu starker Schwarzmalerei, betrachtet aber die erwähnte Entwicklung bzgl. Verlängerungsbewilligungen und Ruhestörungen auf der rechten Aareseite mit Besorgnis und hat deshalb verschiedene Schritte für eine Verbesserung eingeleitet, u.a.:
 - planerische Schritte für eine Verbesserung und Aufwertung der Infrastruktur (z.B. Bifangplatz)
 - verstärkte Reinigungstouren (Zuständigkeit aber nur auf öffentlichem Gelände!)
 - zusätzliche Patrouille der Stadtpolizei (Donnerstag bis Samstag bis 5 Uhr morgens)
 - Projekt „Sicherheit in Olten“
2. Zu dieser Frage muss der Stadtrat klar betonen, dass die Ausstellung von Verlängerungsbewilligungen nicht in städtischer, sondern in kantonaler Zuständigkeit liegt und sich nach der kantonalen Gesetzgebung richtet; so liegt seit der Einführung des geltenden Wirtschaftsgesetzes per 1. Januar 1997 der Vollzug alleine beim Kanton und ist die Bedürfnisklausel weggefallen. Er stimmt mit dem Interpellanten überein, dass diese Bewilligungen heute in zu grosser Zahl vorliegen und damit die Wohnqualität in einzelnen Oltnen Quartieren beeinträchtigt wird. Tatsache ist, dass bis Ende 1996 in Olten ganze 3 Nachtlökalbewilligungen bestanden und die "kumulierten Freinächte" – z. B. Freitag und Samstag jeweils bis 04.00 Uhr o.ä. bis dato unbekannt waren.

Heute (Stand Februar 2007) existieren in Olten 12 Nachtlokalbewilligungen (drei davon mit erotischen Darbietungen) und 9 kumulierte Freinachtbewilligungen.

Der Stadtrat hat sich in dieser Frage bereits verschiedentlich gegenüber dem Kanton vernehmen lassen und die seiner Ansicht nach eher large Haltung und den entsprechenden Vollzug auf Seiten des Kantons kritisiert. Der Stadtpräsident hat auch mit mehreren anderen Kantonsratsmitgliedern aus der Region einen Vorstoss im Kantonsrat unterzeichnet, mit dem die Regierung beauftragt werden sollte, dem Kantonsrat eine Revision des Gastgewerbegesetzes vorzulegen, welche dem öffentlichen Interesse bzw. dem öffentlichen Wohl in verschiedenen Bereichen besser Rechnung trage. Es ging dabei in erster Linie um Anliegen des Polizeigüterschutzes (öffentliche Gesundheit, Sicherheit, Ruhe und Ordnung), um die Sicherheit der Qualität im Gastgewerbe (insbesondere im Bereich Hygiene) und um den Arbeitnehmerschutz (Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrags und des Arbeitsgesetzes, Eindämmung der Schwarzarbeit). Leider wurde dieser Auftrag mit 54:27 Stimmen abgelehnt.

3. Ob diese Verlängerungsbewilligungen einen negativen Einfluss auf die Integrationsbemühungen haben können, entzieht sich der Kenntnis des Stadtrates. Er möchte in diesem Zusammenhang nicht das Ergebnis der sich in Arbeit befindenden Studien zum Leitbild Integration vorwegnehmen. Der Stadtrat hält aber fest, dass Lokale mit verlängerten Öffnungszeiten – die im Übrigen zu höherem Alkoholkonsum und zu mehr Lärm sorgen – von allen Bevölkerungsgruppen benutzt werden. Es ist in den letzten Jahren generell die gesellschaftliche Entwicklung feststellbar, dass der „Ausgang“ sich immer mehr in die Nacht verschiebt.
- 4./6. Wie erwähnt läuft derzeit das Projekt „Sicherheit in Olten“, bei dem in Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung sicherheitsrelevante Orte im öffentlichen und halböffentlichen Raum erhoben und anschliessend geeignete Massnahmen vorgeschlagen werden. Weitere Erkenntnisse hat auch der Mitwirkungsprozess „Olten 2020“ gebracht, dessen Ergebnisse in Kürze öffentlich vorgestellt werden. Dieser direkte Kontakt, der hoffentlich weiterhin von sehr vielen Bewohnerinnen und Bewohnern genutzt wird, ist unseres Erachtens einer einseitigen Umfrage vorzuziehen. Wichtig ist daneben der alltäglich Einsatz der Polizei, die sich der Reklamationen wegen Lärm etc. annimmt und entsprechende Strafanzeigen einreicht.
5. Dank interner Ressourcenverlagerungen und einem neuen Dienstplan konnte die Präsenz der Stadtpolizei – wie unter Antwort 1 erwähnt – in den Nachtstunden erhöht werden. Es darf bereits darauf hingewiesen werden, dass seit der Einführung der neuen Spezialpatrouille schon einige Betriebe bezüglich Schliessungszeiten kontrolliert sowie Patentinhaber und Gäste verzeigt bzw. gebüsst worden sind. Der neue Dienstplan wird laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Für eine weitere Präsenzerweiterung wären jedoch zwingend zusätzliche Personalressourcen erforderlich.

- - - - -

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir kommen jetzt zur namenlosen Interpellation von Marcel Buck.

Marcel Buck: Die namenlose Interpellation? Bei mir hat es einen Titel. Ich weiss nicht, wie es bei Dir ist. Zuerst bedanke ich mich beim Stadtpräsidenten recht herzlich für die Beantwortung und zeige mich damit im Moment eigentlich so befriedigt.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Bei mir steht: „Wir verzichten absichtlich auf einen geeigneten zutreffenden Titel für die Interpellation“.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte eigentlich zum Inhalt der Interpellation nicht viel sagen. Wir können das Anliegen des Interpellanten verstehen und teilen die Sorgen zum Teil auch. Ich möchte eigentlich mehr etwas zum Stil dieser Interpellation sagen. Wir finden, dass der Interpellant in seiner Begründung oder Feststellung mit den Vergleichen, die er mit Berlin, Ehrenmord und weiss ich was alles, anstellt, über das Ziel hinaus schießt. Diesen Stil goutieren wir nicht und wir stellen fest, dass dieser zunehmend in Vorstössen Einzug findet. Diese Art von Vorstössen möchten oder können wir nicht unterstützen.

Roland Rudolf von Rohr: Wir haben die Interpellation im Prinzip auch begrüsst, denn es ist ein Problem, das hier in Olten besteht. Ich möchte aus der Sicht der rechten Aareseite, speziell Klarastrasse, ein paar Sachen, auch zu Händen des Stadtrates, sagen. Ich muss sagen, dass die Leute, die dort wohnen, sehr belästigt sind durch die neuen Lokale, die dort verlängert geöffnet sind. Ihr wisst dies und schreibt es auch. Ihr könnt nicht viel ändern, was wir auch verstehen. Aber für die Leute dort ist es ein schwacher Trost. Nach mehrmaligem Auffordern von Kunden von mir, die dort wohnen – ich bin dort auch aufgewachsen und kenne sehr viele Leute dort – habe ich mir doch einmal die Mühe genommen und bin am Abend dorthin schauen gegangen. Tatsächlich ist dort eine halbe Wildwestparty abgelaufen. Es ist eigentlich nicht einmal am späteren Abend gewesen, sondern ca. 21.30 Uhr. Aber dort sind sie herum gefahren wie verrückt, haben die Leute gefährdet, haben die bekannten Töffstarts gemacht und die schwarzen Striche liegen lassen. Also ganz verrückt. Es hat dann nicht lange gedauert, bis ältere Leute aus dem Haus gekommen sind, jüngere sind auch hinaus gekommen. Einer hat einen Fotoapparat dabei gehabt. Es ist vielleicht gerade Zufall gewesen, dass ich dies dort wirklich erlebt habe. Aber die Spannung ist ganz gross gewesen und man muss sich fragen, wann dort endlich etwas passiert. Was kann der Stadtrat machen? Er hat es hier geschrieben. Dass ihm die Hände gebunden sind bezüglich Bewilligungen, das wissen wir alles. Ich möchte den Stadtrat und die Polizei aufmuntern, vor allem die zwei Punkte, die er in der Antwort 1 schreibt, zusätzliche Patrouillen, dass man dies wirklich aufrecht erhält und wenn immer möglich noch verbessert und auch die verstärkten Reinigungstouren, denn die Leute dort sind jeweils auch ganz schlimm. Ich spreche als Anwalt der Bewohner der Klarastrasse, die eigentlich auch ein Wohngebiet ist. Es geht dann bis nach hinten, wo die Leute belästigt sind. Über die Form der Interpellation kann man reden. Am Abend, an dem ich dort gewesen bin, sind es bei weitem nicht nur Ausländer gewesen, welche die wilden Sachen abgelassen haben. Es hat Schweizer darunter gehabt, die ich auch gekannt habe. Es ist nicht nur ein Ausländerproblem. Es ist ein Problem einer Beiz oder zweier Beizen im Quartier, die so lange offen halten können. Der Stadtrat kann es nicht lösen. Er kann es etwas mildern. Ich bitte um Verständnis für die Einwohner, dass man ihnen hilft, so gut die Stadt die Möglichkeit hat.

Stadtpäsident Ernst Zingg: Ich muss gleichwohl etwas dazu sagen, jetzt auch aufgrund der Äusserungen von Kollega Roland Rudolf von Rohr. Anwesende Mitglieder des Kantonsrates können mitreden bei dem, was ich jetzt sage. Wir haben effektiv ein sehr liberales Wirtschaftsgesetz im Kanton Solothurn. Eine Mehrheit des Volkes hat dies einmal gewollt. Man hat damals sicher nicht abgesehen – wir halten dies jetzt allen zugute – was dies auslösen kann, wenn es um Wildwuchs irgendwelcher Gastronomie- oder sonstiger Betriebe geht. Im Vorstoss, der auch unter Punkt 2 zitiert worden ist, bei dem ich selber auch mitgemacht habe – es ist nicht einmal um den Raum Olten gegangen, sondern es ist ein Thema im ganzen Kanton Solothurn – es ist nämlich hier um eine sogenannt kleine Zentrumsgemeinde gegangen im Norden unseres Kantons, natürlich nicht gerade weit von Basel, die ähnliche Situationen hat. Man hat dies dann zusammen gelegt und die ganzen Informationen zusammen getragen. Das Telefon von Roland Rudolf von Rohr über diesen Besuch, den er gerade geschildert hat, hat mich natürlich dazu gebracht, noch einen darauf zu tun. Ich habe dies auch öffentlich gesagt. Es ist dann natürlich so gesagt worden von der Regierung unseres Kantons: Ihr könnt nicht alle fünf Minuten ein Gesetz wieder auf den Kopf stellen, das Ihr ausdrücklich gewollt habt mit einer 75prozentigen Mehrheit des Volkes. Damit kann ich noch einverstanden sein. Handkehrum überprüfen wir in unserem Gemeindeparlament praktisch

jeden Beschluss, jedes Reglement, jede Verordnung nach einem Jahr oder zwei Jahren, ob es „verhebt“ und ergänzen, erneuern oder eliminieren es sogar. Wir haben den Eindruck gehabt, dort ist die Regierung mit dieser Antwort sehr schlecht beraten gewesen und sehr schnell über das Ganze hinweg gegangen zu meiner grossen Unzufriedenheit. Ich kann absolut nachfühlen, was Roland Rudolf von Rohr von der Bevölkerung und insbesondere von den Anwohnern gesagt hat. Man hat überhaupt kein Verständnis, was dort passiert. Ich hoffe, es passiert weniger. Diesen Vorstoss haben wir ja in einer konzertierten Aktion beantwortet. Das Stadtpräsidium ist nicht zuständig für die Polizei, sondern das passiert über alle Beteiligten der Integrationssituation von der Polizei über die Quartierentwicklung, das Projekt „Sicherheit in Olten“ bis zu „Olten 2020“. Alle diese Aussagen sind hier etwas eingeflossen. Man hätte vier Seiten schreiben können. Es ist ein echtes Problem. Wir haben von unserer Seite her keine Möglichkeit, Bewilligungen zu verhindern, wenn der Kanton ja gesagt hat. Das heisst, es hat bereits etwas gebessert - Andreas Kohler wird mir sogar beipflichten – dass heute die Stadt dann orientiert wird, dass man noch reagieren kann, wenn je nachdem irgendwo eine Freinacht erteilt wird. Ich habe noch vor Monaten Bewilligungen auf dem Tisch gehabt, die Freinacht ist eine Woche vorher gewesen. Wir hätten gar nichts machen können. Man muss sich dies schon vorstellen. Es ist schon etwas Wildwuchs, der hier abläuft. Ich komme wieder zurück auf den parlamentarischen Vorstoss im Kantonsrat. Man hat genau das in andere Bahnen bringen wollen. Die Regierung hat nein gesagt. Den Ausdruck „Steter Tropfen höhlt den Stein“ habe ich hier auch schon gehört. Wir machen es halt wieder. Es gibt praktische Beispiele. Dies einfach so etwas zur Abrundung dieser wirklichen Problematik, die wir haben. Ich denke, die Punkte unter Ziffer 1 sind erste wirksame Methoden, die wir hier einführen werden.

Rolf Sommer: Luzia, als ich den Vorstoss geschrieben habe, habe ich einmal das Inserat gelesen. Ich habe eben vorher Telefone gehabt - das kann ich Dir sagen – von Leuten, die an dieser Aarau-Strasse wohnen. „Herr Sommer, können Sie nichts machen?“ Als Politiker habe ich und auch Marcel Buck, der als Erstunterzeichner erwähnt ist, etwas zu tun. Ich habe mich auch erkundigt weshalb und warum. Wir haben in der Baukommission auch ein Baugesuch gehabt. Das ist an der Aarau-Strasse gewesen und ist jetzt der Türkische Verein. Wenn die Leute Einsprachen machen, keine Chance haben, müssen wir auf das ganze Problem aufmerksam machen. Luzia, Du wohnst an einem relativ guten, ruhigen Ort. Ich kann Dir erzählen, dass sie manchmal um 21.30 oder 23.30 Uhr mit den Autos bei uns vorbeifahren, nicht mit 30, etwas schneller. Wir haben Kinder, die noch zur Schule gehen und um halb eins nach Hause kommen, ganze Gruppen, die Lärm machen etc. Die Leute an der Aarau-Strasse haben ein Problem. Das kann ich Dir versichern. Sie rufen an und fragen: „Können Sie etwas tun?“ Wir haben als Politiker einfach die Pflicht, etwas zu tun und einen Vorstoss einzureichen. Wir müssen eine Interpellation machen. Die Antwort, die Ernst Zingg und der Stadtrat hier geben, ist sehr umfassend. Es ist das, was ich vom Vorstoss her etwa erwartet habe, was Ernst Zingg erzählt hat. Aber wir müssen im Kantonsrat etwas tun, denn die Leute sind immer mehr unzufrieden. Wir haben gerade kürzlich wieder einen Vorstoss gehabt. Es ist um das Skybeamen gegangen, das in die gleiche Problemrichtung geht. Ihr sprecht immer von Umweltschutz. Das ist auch Umweltschutz, weil die Leute, die nebenan wohnen, gestört werden. Sie sind unzufrieden, wollen etwas machen. Sie wollen Ruhe haben. Dann ziehen sie weg. Was passiert, wenn sie wegziehen? Das Quartier verarmt. Es kommen ganz andere Leute und wir haben dort wieder Probleme. Ich habe es schon vor x Jahren einmal erwähnt. Wir müssen in ganz gewissen Quartieren aufpassen, dass wir dort noch einen Schweizer haben, dass wir die Durchmischung der Bevölkerung haben und nicht einzelne Gruppen, einzelne Völker darin haben. Darauf muss geschaut werden. Die Schweizer haben eine gewisse Ordnung. Man kann dies so nennen. Sie möchten am Abend einigermaßen Ruhe haben. Wenn das andere nicht wollen, ist das ihr Problem. Dann sollen sie dort sein, wo sie hergekommen sind. Aber eines ist wichtig: Dieses Problem müssen wir anpacken und zwar heute und nicht erst morgen. Denn wenn wir so weiter fahren, dass wir überall bis um vier, fünf oder sechs Uhr geöffnet haben, bekommen wir riesige Probleme. Ich habe schon vor x Jahren gewarnt bei der Schulsozialarbeit und gesagt: Wir haben Probleme

im Sälischulhaus. Niemand hat es geglaubt. Was haben wir heute? Schulsozialarbeit. Es geht alles in die gleiche Richtung. Wenn wir es heute nicht anpacken, ist es morgen zu spät. Dann müssen wir wieder Stellen schaffen.

Iris Schelbert: Ich habe zwei Bemerkungen: Wenn immer man im Kantonsrat, also auf kantonomer Ebene so etwas regeln will, schreien die Gewerbeverbände auf, weil sie Gewerbe-freiheit wollen. Langsam müssten wir uns vielleicht einmal einig werden, was wir wollen. Wol-len wir ein Städtchen sein, ein kleines, reizendes, ruhiges, schönes Städtchen oder wollen wir ein Städtchen sein, das noch so etwas wie ein Nachtleben hat. Beides zusammen geht nicht. Vielleicht müsste man einfach einmal schauen, was man eigentlich will. Zweitens, Rolf: Wegen der Erhebung „Sicherheit in Olten“ sind wir gestern das Bifangquartier abgelaufen. Du hättest dort alles anbringen können, alles. Du bist nicht dort gewesen.

Stadträtin Doris Rauber: Der Stadtrat hat ja gesagt und auch geschrieben, dass wir sehr viel Verständnis für die Anliegen der Bewohnenden dieser Gebiete haben. Wir haben auch erwähnt, dass uns ja leider die Hände gebunden sind. Eine Massnahme ist die zusätzliche Präsenz der Polizei Donnerstag bis Samstag bis morgens um fünf Uhr. Das hat sich auch schon bewährt. Wir wissen, dass dies eine sehr gute und wichtige Sache ist. 1997, als das Wirtschaftsgesetz im Kantonsrat debattiert worden ist, bin ich im Kantonsrat gewesen. Ich weiss nicht, ob jemand hier auch dabei gewesen ist. Ich kann mich an diese Debatte noch sehr gut erinnern. Dazumal habe ich noch keinen Gedanken gehabt, dass ich einmal in dieser Reihe sitzen oder mich sogar mit Polizeifragen auseinander setzen würde. 1997 hat die SP-Fraktion genau diese Probleme, die jetzt zur Debatte stehen, aufgezeigt. Man hat die Problematik des Lärms erwähnt, die Problematik dieser Freinächte, die sehr grosszügig ge-sprochen werden, zum Teil auch erst im Nachhinein, wirklich eine grosse Problematik. Dar-auf hat die SP-Fraktion im Kantonsrat hingewiesen. Die Mehrheit hat ein sehr liberales Wirt-schaftsgesetz gewollt, hat auch gesagt, Lärmproblematik ist mit dem Arbeitsgesetz abge-deckt usw. Ich denke, man sieht jetzt – das sehen ja auch andere Kantone – dass die Libera-lisierung hier vielleicht wirklich etwas zu weit gegangen ist. Diejenigen, die jetzt im Kantons-rat sind, haben es jetzt in der Hand, wenn sie wollen, hier auch Gegensteuer zu geben.

Luzia Stocker Rötheli: Lieber Rolf, ich muss jetzt trotzdem reagieren, weil ich Deine Aufre-gung gar nicht verstehe. Ich habe zum Glück aufgeschrieben, was ich gesagt habe. Ich habe nämlich lediglich den Stil angekreidet und überhaupt nicht den Inhalt – da haben wir Euch ja Recht gegeben – sondern wir stossen uns am Stil. Du hast mit Deiner Aufregung, die Du vorher verbreitet hast, genau diesen Stil noch einmal untermalt und hast vom eigentlichen Problem über den Umweltschutz gerade noch Kraut und Rüben in Deine Antwort hinein ge-packt. Das ist genau das, was ich eigentlich gemeint habe.

Rolf Schmid: Ich finde, diese Diskussion läuft etwas komisch. Natürlich haben wir in diesen verschiedenen Gebieten ein Riesenproblem und ich bin auch der Meinung, das muss man lösen. Aber ich verwundere mich schon etwas, dass man gleich das Wirtschaftsgesetz und Ähnliches ändern will, weil ich irgendwie finde, eine Mehrheit der Solothurnerinnen und Solo-thurner hat dies so gewollt. Man muss auch festhalten, dass sich eine Mehrheit der Solo-thurnerinnen und Solothurner, die nachts im Ausgang sind, anständig verhalten. Es ist mei-ner Meinung nach nicht der richtige Weg, dass man dann diejenigen straft, die sich anstän-dig verhalten und halt vielleicht ab und zu von einer solchen Freinacht Gebrauch machen, wenn es einfach ein paar Rüpel gibt, die nicht wissen, wie man sich verhält. Ich meine, jeder von uns ist wahrscheinlich schon einmal am morgens um zwei, drei oder vier Uhr nach Hau-se gegangen und hat nicht gemeint, er müsse jetzt mit 50, 60 oder noch schneller durch ein Quartier hindurch fahren und sich in die Kurve hinein legen und so ähnlich. Ich bitte einer-seits schon darum, dass man das Problem in diesem Quartier löst, vor allem auch zu Guns-ten all dieser Leute, die sich ordentlich und anständig verhalten. Sonst sind sie nämlich nachher die Gestraften und die Blöden. Das müssen wir verhindern.

Rolf Sommer: Luzia: Wenn Du den Stil anspricht. Darf man die Wahrheit nicht sagen? Bist Du schon einmal nachts um elf Uhr in diesem Quartier gewesen? Du findest fast keine Schweizer mehr. Das ist doch das Problem, das wir heute haben, dass diese Leute sich selber von uns Schweizern ausgrenzen. Ihr redet doch immer von Integration. Das haben wir hier wirklich angesprochen.

Rudolf Lutz: Ich möchte jetzt gleichwohl noch kurz etwas sagen dazu. Ich bin auch der Meinung, dass es Quartiere hat, die ein Problem haben. Aber wir haben auch ganz viele Quartiere, wo wir diese Probleme nicht haben. Wir machen jetzt hier einfach eine Mischung und sagen, wenn Lärm oder Freinacht ist, ist dies untragbar. Wir haben Spielplätze mitten in der Stadt, wo man einfach klar sagen kann, abends um zehn Uhr wird hier nicht mehr Fussball gespielt. Da könnt Ihr einfach nicht erwarten, dass, wenn ein Restaurant halt eine Bewilligung bis morgens um drei Uhr hat, abends nach zehn Uhr keiner mehr dort draussen sitzt und keiner mehr draussen redet. Das ist halt so. Wir müssen schauen, dass wir mit diesem Problem umgehen können. Ich bin auch der Meinung, dass man schauen muss, dass die Leute dort geschützt werden können und alles tun muss, damit es einigermaßen ruhig ist. Aber wenn wir selber ein Fest haben, haben wir auch ein Fest und sind manchmal auch nicht ganz leise. Dass man dies jetzt immer nur mit den Ausländern zusammen mischt, finde ich eben auch falsch. Es sind nicht nur die Ausländer, die Lärm machen. Das sind auch wir Schweizer. Entweder packen wir es gesamthaft an und suchen eine Lösung für alle oder dann müssen wir einfach aufhören, darüber zu diskutieren. Alle machen Lärm, die später irgend einmal halt „einen in der Kappe haben“ oder einmal eins zuviel getrunken haben. Ob es jetzt Fasnacht oder ein anderes Fest ist, ich glaube, es weiss dann manchmal jeder selber nicht mehr, wo die Grenze ist.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 35/8

Prot.-Nr. 58

Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichner betr. Bussenaktion vom 19. Juni 2006/Beantwortung

Am 10. November 2006 hat Christian Werner, zuhanden des Gemeindeparlaments die folgende Interpellation eingereicht:

„Am 19. Juni hat unsere Fussballnationalmannschaft an der WM in einem grandiosen Spiel Togo 2:0 geschlagen. Die Euphorie war riesig und sogar Politiker gaben sich plötzlich als grosse Fussballfans aus. Im Anschluss an den Sieg der Schweizer ist es in Olten zu ausgelassenen Feierlichkeiten gekommen, wobei die Polizei aufgrund der Friedfertigkeit der Schweizer Fans in keiner Art und Weise einzugreifen hatte. Jedoch hat die Polizei dabei verschiedentlich Bussen (z.B. wegen Hupens!) ausgesprochen.

Als selbst Beteiligtem scheint mir diese Bussenaktion jeder Verhältnismässigkeit zu widersprechen. Die Vorgehensweise der Polizei empfinde ich als äusserst kleinlich und unverständig.

Der Stadtrat wird daher ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Bussen wurden am 19. Juni 06 im Zuge der Schweizer Feierlichkeiten ausgesprochen?
2. Wurden bei vergleichbaren Situationen (z.B. „Hupkonzerte“ der Italiener während der WM 06) in Olten auch Bussen ausgesprochen? Wie viele?
3. Was waren die Rules of Engagement (RoE) und wie lautete der konkrete Einsatzbefehl für den Polizeieinsatz vom 19. Juni 06?
Geht der Interpellant richtig in der Annahme, dass der Auftrag der Polizei bloss darin bestand, potentielle Ausschreitungen und Krawalle zu verhindern und den Verkehrsfluss sicherzustellen?
4. Geht der Stadtrat mit dem Interpellant darin einig, dass die ausgesprochenen Bussen – anbedachts der Ausnahmesituation am 19. Juni – unvernünftig sind und eine krasse Verletzung des gesunden Menschenverstandes darstellen?
Ist ein friedliches „Hupkonzert“ nach einem Sieg an der WM am späteren Nachmittag aus der Sicht des Stadtrates nicht vielmehr ein sozialadäquater und tolerierbarer Ausdruck von Freude?
5. Wie gedenkt der Stadtrat gegen Hupkonzerte bei der EM 08 in der Schweiz gegen „Hupkonzerte“ vorzugehen?
Ist er gewillt, alsdann gegen Fans und Angehörige anderer Nationalitäten in gleichem Masse durchzugreifen wie gegen Schweizer Fans am 19. Juni 06?“

- - - - -

Stadträtin Doris Rauber, als Vorsteherin der Direktion Öffentliche Sicherheit, beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Frage 1:

Anlässlich des Fussball-WM Spieles Schweiz – Togo vom 19.06.2006 wurde durch die Stadtpolizei Olten ein Personenwagenlenker und dessen Beifahrer bei der Staatsanwaltschaft Solothurn zur Anzeige gebracht. Andere Anzeigen oder Ordnungsbussen wurden nicht ausgestellt.

Frage 2:

Durch die Stadtpolizei Olten wurden keine weiteren Ordnungsbussen mit Bedenkfrist oder Anzeigen an die Staatsanwaltschaft Solothurn ausgestellt.

Frage 3:

- a) Die Einsatzdoktrin für die Fussball-WM Spiele basiert auf einer Absprache zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen, Solothurn und Olten; Einsatzbefehle wurden entsprechend vollzogen. Das einheitliche Vorgehen, sollte dazu dienen, dass im ganzen Kanton die gleiche Handlungsweise zum Tragen kommt und die Feierlichkeiten nicht durch unbedachte Polizeieinsätze behindert oder gestört werden.

Die Einsatzdoktrin lautete klar: **3D Strategie: Dialog – Deeskalation – Durchgreifen.**
Tolerant sein / Grobe Übertretungen ahnden!

Unter der Rubrik **ABSICHT**

Ich will

- dass die Präsenz auf der Strasse, an neuralgischen Stellen, sowie die Polizeiabdeckung gewährleistet ist
- dass auf dem Stadtgebiet keine *Rennen* veranstaltet werden
- dass keine Verkehrsbehinderungen und Beeinträchtigungen durch unnötiges Hupen entstehen
- dass der öffentliche Verkehr nicht behindert wird
- dass strafbare Handlungen verhindert werden

- b) Veranstaltungen wie die Fussball-WM sind für die Polizei heikle Einsätze, die einen gesunden Menschenverstand, viel Einfühlungsvermögen und grosse Polizeikennntnisse erfordern. Es muss auch erwähnt werden, dass nicht alle Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt Olten die ausgelassene Festfreude gleich beurteilen, wie die Feiernden. Wir denken da an die Huperei bis in die frühen Morgenstunden. Aus diesem Grund wurde am 03.07.2006 vom Stadtrat die folgende Pressemitteilung verfasst: „Mit Blick auf die beiden Halbfinals von heute Dienstag und morgen Mittwoch sowie die beiden Spiele vom kommenden Wochenende ruft der Stadtrat von Olten bei den zu erwartenden Feiern zur Mässigung und zur gegenseitigen Toleranz auf. Grundsätzlich ist es den Fans der jeweiligen Gewinnermannschaft nicht zu verdenken, wenn sie ihrer Freude Ausdruck verleiht; zum Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadt, aber auch in den Quartieren könne es aber nicht angehen, dass noch Stunden nach Ende des jeweiligen Spiels hupende Autokorsos die Nachtruhe störten. Die Stadtpolizei wird deshalb auch bei den kommenden Spielen die Situation überwachen und bei Bedarf Strassen sperren. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei setzt sie „nach gesundem Menschenverstand“ die Strategie der 3D um: Dialog, Deeskalation und bei Bedarf Durchgreifen im Falle von groben Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz.

Frage 4:

Die Stadtpolizei Olten und die Polizei Kanton Solothurn, welche die nötige Unterstützung in Olten gewährte, hat die richtige Strategie gewählt.

Bei Polizeieinsätzen dieser Grössenordnung, wo der Dienst durch verschiedene Polizeikorps und private Securitas-Dienste verrichtet wird, ist nicht immer der gleiche Blickwinkel garantiert. Dabei muss jedoch auch erwähnt werden, dass die Stadtpolizei Olten während der Fussball-WM Dutzende von Ermahnungen aussprach und nicht einfach Anzeigen oder Bussen aussprach.

Die Polizei hatte einen klaren Auftrag, wie unter Rubrik ABSICHT beschrieben, musste jedoch die Lage laufend neu beurteilen; unter anderem ob eine Selbstgefährdung, eine Gefährdung anderer Personen oder eine grobe strafbare Handlung vorliegt.

Die Stadtpolizei Olten setzte die 3D Strategie richtig um, denn es musste nur eine Strafanzeige wegen Delikten betreffend das Strassenverkehrsgesetz ausgesprochen werden. Zu erwähnen ist dazu, dass der betroffene Fahrzeuglenker sowie dessen Mitfahrer vorgängig verwarnt wurden, was von diesen jedoch ignoriert wurde.

Frage 5:

Die Stadtpolizei Olten ist auch bei der Fussball-EM 08 in ein kantonales Gesamtkonzept eingebunden. Die 3D Strategie wird auch bei der Fussball-EM 08 angewandt. Von dieser Strategie wird bei einem normalen Verlauf auch nicht abgewichen. Besondere Vorkommnisse erfordern jedoch zweckmässige Polizeieinsätze, was die Verhältnismässigkeit nicht ausschliesst.

Sowohl die Polizei Kanton Solothurn als auch die Stadtpolizei Olten behandeln alle Fans gleich, egal welcher Nation sie angehören. Dies wird nicht nur bei Fussballanlässen, sondern im täglichen Einsatz gleich gehandhabt.

Die Polizei ist jedoch auch verpflichtet Personen, welche sich und/oder andere Menschen gefährden, massiv behindern oder stören, zur Verantwortung zu ziehen.

- - - - -

Christian Werner: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Allerdings muss ich auch gleich klar stellen, dass ich nur teilweise befriedigt worden bin. Wieso habe ich diese Interpellation überhaupt eingereicht? Nach dem besagten Spiel Schweiz-Togo ist es ja wie gemeinhin bekannt zu Feierlichkeiten gekommen. Der Verkehr in der Innenstadt ist aufgrund der langenden und hupenden Autokolonne still gestanden und es ist weder vorwärts noch rückwärts gegangen. Überall haben friedliche Schweizer Fans ihrer grossen Freude durch Hupkonzerte in der stehenden Autokolonne Ausdruck verschaffen. Ein paar Monate später hat mein Kollege eine Busse wegen Hupens in der Hand gehalten. Kurze Zeit später auch ich. Folglich habe ich als einigermaßen vernünftiger und redlicher Mensch nach Treu und Glauben davon ausgehen müssen, dass alle anderen Fans eigentlich auch gebüsst worden sind, weil sie genau in gleicher Art und Weise gehupt und gefeiert haben wie wir. Diesen Verstoss gegen den gesunden Menschenverstand habe ich nicht hinnehmen wollen und habe deshalb die vorliegende Interpellation eingereicht. Zu den einzelnen Fragen: Zu meinem grossen Erstaunen bin ich hier allerdings falsch gelegen und gemäss der ersten Antwort des Stadtrates hat es ja eben nur diese zwei Bussen gegeben. Ich habe ehrlich gesagt Mühe, dies zu glauben. Aber sicher ist, dass, wenn dies wirklich zutrifft, diese Bussen sicher willkürlich sind, eine Verletzung der Rechtsgleichheit darstellen und auch jeglichen öffentlich-rechtlichen Grundsätzen des rechtsstaatlichen Handelns widersprechen. Zu Frage 3: Hier ist von Dialog und Toleranz die Rede. Davon ist eigentlich im konkreten Einsatz, jedenfalls so weit ich dies beurteilen kann, relativ wenig zu sehen gewesen. Viel passender wäre für mich der Begriff Unverhältnismässigkeit, weil ja jede Rechtsnorm, jedes Gesetz seinen Sinn hat. Damit müsste man eigentlich fragen, wieso das Verbot des missbräuchlichen Hupens überhaupt existiert. Das ist sicher einerseits, um Drittpersonen und damit die Verkehrssicherheit nicht zu gefährden und andererseits um die Umwelt vor Lärmimmissionen zu schützen. Vor diesem Hintergrund ist das Gesetz sicher sinnvoll, aber es macht wirklich absolut keinen Sinn, einem einzelnen Autofahrer, der sich in einer stehenden

oder ganz langsam rollenden und vor allem hupenden Autokolonne befindet, vorzuwerfen, er gefährde durch sein wohlverstandenen sozial adäquates Hupen die Sicherheit der anderen oder belästige die Umwelt. Das ist von mir aus gesehen wirklich willkürlich und verletzt den gesunden Menschenverstand. In einer Ausnahmesituation sollte man ein Gesetz, das seinem Sinn entsprechend für ganz andere Situationen gedacht ist, meiner Meinung nach eigentlich nicht so kleinlich anwenden. Schliesslich liegt hier die Verantwortung bei der zuständigen Stadträtin. Sie ist Chefin und hat die Pflicht, gegebenenfalls übereifrige Polizisten, um es einmal vorsichtig auszudrücken, ein wenig zu mässigen. Zudem ist es auch taktisch wenig sinnvoll, die begrenzten personellen Ressourcen in dieser Art und Weise einzusetzen. Sinnvoller wäre es meiner Meinung nach gewesen, wenn die Polizei gemäss dem Opportunitätsprinzip agiert hätte, um sich so die Handlungsfreiheit zu wahren für den Fall, dass es dann einmal wirklich „chlöpft“. Die Antwort 3b der Stadträtin ist überflüssig und trägt eigentlich überhaupt nichts zum Sachverhalt bei. Es ist hier die Rede von Hupereien bis in die frühen Morgenstunden und von den Halbfinals. Mit meiner Interpellation hat dies rein gar nichts zu tun, weil das Hupkonzert, über das wir sprechen, ja um fünf Uhr nachmittags gewesen ist. An den Tagen, an denen die Halbfinals stattgefunden haben, ist die Schweiz schon lange draussen gewesen und ich bin in Kalifornien am Strand gelegen. Also ist diese Argumentation unzulässig. Zur erwähnten Verwarnung ist zu sagen, dass diese eigentlich im Aufschreiben des Nummernschildes bestanden hat und das ist ja bei vielen Verkehrsteilnehmern der Fall gewesen. Weiter steht noch geschrieben: „Die Polizei hatte einen klaren Auftrag, wie unter Rubrik Absicht beschrieben“. Ich gehe einmal davon aus, dass die zuständige Stadträtin nicht weiss, was ein Fünf-Punkte-Befehl ist bzw. wie er aufgebaut ist. Aber trotzdem: Die Absicht ist nicht der Auftrag. Dies nur so am Rande. Abschliessend zu Frage 5: Hier wird betont, dass Personen, die sich oder andere gefährden, von der Polizei zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das ist zumindest zur Hälfte richtig. Aber weil eben gerade im konkreten Fall keine Drittpersonen gefährdet worden sind, hätte auch niemand zur Verantwortung gezogen werden müssen. Zum anderen sind Selbstgefährdungen im Gegensatz zur Behauptung der Stadträtin grundsätzlich straflos. Für mich bleibt zu hoffen, dass die 3D-Strategie bei der EURO 08 tatsächlich mit gesundem Menschenverstand und viel Einfühlungsvermögen von der Polizei umgesetzt wird und friedliche Fans nicht unnötig und willkürlich zur Verantwortung gezogen werden, um dieses Wort noch einmal aufzunehmen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Merci vielmals für das feurige Plädoyer. Jetzt müssen wir nur noch wissen, ob Du der Personenlenker oder der Beifahrer gewesen bist. Das kannst Du dann beim Bier noch erzählen.

Stadträtin Doris Rauber: Es gibt keine Ergänzungen des Stadtrates. Einzig, wenn es irgendwelche polizeilichen Fragen gibt, ist Andreas Kohler anwesend, der sie beantworten könnte. Ich bin nicht Polizeikommandantin, sondern die zuständige Stadträtin. Andreas Kohler würde die Strategie sicher sehr gerne erklären.

Andreas Kohler: Die Strategie für die WM 2006 haben wir genau abgesprochen im Kanton, Grenchen, Solothurn, Olten. Jeder Kanton hat gleich gehandelt, die gleiche Philosophie gehabt. Die drei Dialog, Eskalation und Durchgreifen. Im Einsatzbefehl, den ich an die Mannschaft heraus gegeben habe, habe ich dies speziell erwähnt und habe unten noch geschrieben: „Tolerant sein, grobe Übertretungen handeln“. Man darf nicht vergessen: Auch wenn es ein freudiges Fest ist, eine Gefahr beinhaltet es halt auch. Ein grosser Teil unserer Bevölkerung wünscht eben auch in dieser Zeit einigermassen Ruhe und Sicherheit. Sicherheit ist ja immer etwa hoch geschrieben. Was es ist, kann mir aber niemand genau sagen, was es alles beinhaltet. Ich bin überzeugt, dass unsere Polizisten den Einsatz über die WM 06 gut gemacht haben. Ich bin eigentlich froh, dass sie so vernünftig gehandelt haben. Ausser einem Vorfall, den wir auf der Handelshofkreuzung gehabt haben, der aber in Gottes Namen nicht zu vermeiden ist, wenn von allen Seiten so viele Fahrzeuge kommen und die Strasse an der Kreuzung blockieren. Dass es natürlich Automobilisten gibt, die in ihrer überschwänglichen Freude alle Regeln vergessen, sich aus den Autos hinaus hängen, Fahnen schwingen

und hupen. Hier besteht nicht nur eine Gefahr für diese Lenker persönlich, sondern auch für die Passanten, die sich auch in der Stadt aufhalten und zu Fuss sind. Das ist für die Polizei relativ schwierig. Sie hat dies gut umgesetzt. Sie hat ermahnt, die Fahrzeuglenker angewiesen, die Fahnen hinein zu nehmen oder mit dem Hupen aufzuhören. Wenn dann halt ein oder mehrere Fahrzeuglenker dem nicht Folge leisten, müssen sie natürlich die Folgen tragen. Dann gibt es eine Anzeige. Es ist eine Anzeige von der Stadtpolizei erstellt worden. Aber wir haben in dieser Phase noch etwa sechs Kantonspolizisten gehabt. Was sie natürlich genau vollzogen haben, kann ich hier nicht sagen. Diese Daten habe ich nicht. Aber ganz sicher sind nicht mehrere Bussen von der Stadtpolizei ausgestellt worden, ein Stück, und das heisst, sie haben den Befehl einwandfrei ausgeführt.

Christian Werner: Ich danke dem stellvertretenden Polizeikommandanten für die Beantwortung. Es hat mich überzeugt und ich bin in diesem Sinne befriedigt. Das mit der Toleranz ist klar. Ich sehe das gleich. Das Problem ist einfach, dass es vielleicht nicht von jedem Polizisten genau gleich verstanden worden ist. Ich kann beruhigen: Diese Feierlichkeiten sind wirklich im Rahmen des sozial Üblichen erfolgt. Es hat niemand auf dem Dach gesessen im Gegensatz zu anderen Feierlichkeiten, die es in Olten auch gegeben hat, wo es keine Anzeigen gegeben hat. Wenn man schon grobe Verstösse hätte ahnden wollen, hätte man dort zugreifen müssen. Für mich ist es so erledigt und ich danke für die Beantwortung.

Urs Knapp: Als Interessenvertreter des Schöngrundquartiers bin ich beauftragt worden, zwei Worte zu sagen, und zwar nicht zum adäquaten Hupen, was ich nicht beurteilen kann – oder zu den Bussen, sondern eine Bitte einiger Anwohner zur Polizeitaktik. Wenn man in der Stadt nicht mehr durch kommt, wird der Verkehr durch das Schöngrundquartier geleitet. Dann wird halt gehupt. Das ist nicht das Hauptproblem, sondern, dass diese Strassen dafür schlichtweg nicht geeignet sind. Wenn es ein Nachmittagsspiel ist, hat es auch noch sehr viele Kinder unterwegs. Fahnenstangen sind draussen. Zum Teil haben diese Strassen nur ein Trottoir, zum Teil gar keines. Man müsste sich hier einmal überlegen, ob man den Verkehr wirklich am Rollen durch dieses Quartier behalten muss. Wenn sie jetzt unbedingt hupen und feiern wollen, können sie es auch in der stehenden Kolonne tun. Ich glaube, es nicht die Aufgabe der Polizei, dafür zu sorgen, dass der Verkehr durch die Stadt geht. Aber ich denke, es ist wirklich eine gefährliche Sache. Es hat auch einige heikle Situationen gegeben. Wenn dort einmal etwas passiert – wir haben nächstes Jahr wieder eine solche Sache – ist dies nicht gut.

Ruedi Moor: Ich möchte einfach noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Uns erscheint besonders ein Punkt in der Antwort wichtig und das ist, dass gegen Anhänger aller Mannschaften gleich vorgegangen wird, unabhängig von der Nation, unabhängig von der Herkunft. Wir sehen durchaus, wenn der Sieger irgendwo her kommt, manchmal auch eine gewisse integrative Chance bei diesen Festen. Wir möchten aber schon auch darauf beharren, dass sie eben rücksichtsvoll ablaufen und man gegenseitig auf Toleranz achtet.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. März 2007

Akten-Nr. 51/0

Prot.-Nr. 59

Interpellation Rolf Schmid (FdP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. EURO 2008 – willkommen in Olten/Beantwortung

Am 25. Januar 2007 wurde von Rolf Schmid (FdP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Vom 7. – 29. Juni 2008 wird die Schweiz, gemeinsam mit Österreich, die Fussball-Europameisterschaft 2008 austragen. Ein sportliches Highlight und ein Grossereignis. In der Schweiz wird es in den Städten Zürich, Bern, Basel und Genf Länderspiele geben. Aber auch Olten wird vom EM-Fieber erfasst werden. Nicht nur weil viele Oltnerrinnen und Oltnerr Fussballbegeisterte sind, sondern auch weil unsere Stadt aufgrund ihrer hervorragenden geografischen Lage – genau im Zentrum von drei Austragsorten – möglicherweise von vielen ausländischen Gästen und Fussball-Fans besucht und vielleicht gar als Ort für Übernachtungen genutzt wird. Dies ist für Olten eine Chance. Die EURO 2008 soll auch in Olten ein tolles Fest werden. Es drängen sich deshalb bereits heute ein paar Fragen auf, um deren Beantwortung der Stadtrat gebeten wird.

Frage 1: Grundsätzlich

Erachtet der Stadtrat die EURO 2008 als eine Chance für Olten und falls ja, wie möchte er diese nutzen? Wie kann Olten nachhaltig von der EURO 2008 profitieren ?

Frage 2: Standortmarketing

Wie gedenkt der Stadtrat den EURO-Besuchern Olten attraktiv zu präsentieren, sie hierher einzuladen und Olten als Ort für Übernachtungen und die Zeit zwischen den Spielen anzupreisen? Sind spezielle Aktionen geplant? Wie kann Olten die EURO 2008 für Standortmarketing nutzen?

Frage 3: Ein Fest für die Bevölkerung von Olten (Public Viewing)

Ausser in den vier Austragsorten werden in rund 17 weiteren Städten so genannte „Public Viewing“-Zonen (oder „Fan-Meilen“) eingerichtet. Bis spätestens Mitte Jahr sollen die Standorte feststehen. Bisher zählt Olten nicht zu den ausgewählten Orten, dabei wäre unsere Stadt prädestiniert für einen solchen Anlass. Es ist immer noch möglich sich als „Public-Viewing“-Standort zu bewerben. Dies muss jetzt dringend und mit Nachdruck geschehen. Beabsichtigt der Stadtrat Olten als Bewerberin für einen „Public Viewing“-Standort anzumelden? Wie gedenkt der Stadtrat in dieser Sache vorzugehen, so dass die Bewerbung erfolgreich ist?

Frage 4: Aktionen von Gewerbe und Privaten (Privat Public Partnership)

Es ist nicht Aufgabe der Stadt unternehmerische Risiken einzugehen und selber Anlässe und Feste durchzuführen. Deshalb sollen private Initianten und das Gewerbe motiviert werden aktiv zu werden. Planen diese während der EURO 2008 besondere Aktionen für die Öffentlichkeit, so sind sie auf das Wohlwollen und die Unterstützung der Behörden angewiesen. Zudem braucht es für eine geordnetes EURO-Fest in Olten eine gewisse Koordination (z.B. für Anlässe bei den Sportstätten oder auf öffentlichen Plätzen). Deshalb folgende Fragen: Begrüssst der Stadtrat grundsätzlich gewerbliche und private Initiativen im Zusammenhang mit der EURO 2008? Ist der Stadtrat bereit solche Aktionen zu unterstützen und wenn nötig

unbürokratisch zu handeln? Wie sieht die Stadt ihre Rolle und wie soll die Zusammenarbeit mit Privaten erfolgen?

Frage 5: Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit

Falls sich die Erwartungen erfüllen und viele Fussball-Fans tatsächlich auch in Olten halt machen, stellen sich Fragen in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Sicherheit. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass wohnen, arbeiten, verweilen und einkaufen in Olten trotz allen begrüssenswerten Aktionen zur EURO 2008 auch während dieser Zeit möglichst ungehindert bleibt, denn nicht ganz alle Oltnerrinnen und Oltnern sind Fussball-Fan.

Deshalb folgende Fragen:

- a) Sind besondere verkehrstechnische Massnahmen vorgesehen oder müssen solche vorgesehen werden (zusätzliche Parkplätze, Ausschilderung, etc.)?
- b) Welche zusätzliche Infrastruktur braucht Olten für die Zeit der EURO 2008? Ist beispielsweise vorgesehen, dass in Olten zusätzliche Übernachtungsmöglichkeiten angeboten werden (z.B. Standplatz für Camper, Fan-Camp)? Wer wird diese gegebenenfalls errichten – Private oder die Stadt?
- c) Besteht in Olten ein spezielles Sicherheitskonzept für die Zeit während der EURO 2008 (Stichwort: Hooligans)?

Frage 6: Weitere Aktionen und Massnahmen

Welche weiteren Aktionen und Massnahmen im Zusammenhang mit der EURO 2008 sieht und plant der Stadtrat für Olten?

Frage 7: Information

Wie und wann werden die Bevölkerung und das Gewerbe von Olten über geplante Aktionen und Massnahmen informiert?

Besten Dank für eine rasche Beantwortung dieser Interpellation und die Aufnahme der damit verbundenen Anliegen.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Der Stadtrat erachtet die EURO 2008 als Chance für Olten als Regionalzentrum: Für die Bevölkerung von Stadt und Region kann – im Vorfeld wie auch während des Turniers – ein attraktives Rahmenprogramm zum Fussballspektakel geboten werden, das die Begeisterung für den Fussball im Allgemeinen und das Turnier im Speziellen weckt und zugleich für einen sozialen Austausch verschiedener Bevölkerungsgruppen sorgt. Hingegen beinhaltet der Anlass seines Erachtens wenig Potenzial, um die Stadt Olten über die Grenzen der Region hinaus im Sinne des Stadtmarketings zu profilieren: einerseits werden die eigentlichen, von Olten aus rasch erreichbaren Austragungsorte der Fussball-EM, Zürich, Bern, Basel und Genf, die Hauptaufmerksamkeit auf sich lenken; zweitens werden – um dies vorwegzunehmen – auch im Falle eines Zuschlags eines offiziellen „Public Viewings“ rund 20 andere Städte, darunter voraussichtlich einzelne ganz in unserer Nähe, dasselbe Angebot offerieren können. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es sicher Marketingmassnahmen, die angesichts der auf Seiten der Stadt zu erwartenden Kosten von rund einer Viertelmillion Franken nachhaltiger den Standortvorteil im Sinne einer Unique Selling Proposition (USP) von Stadt und Region betonen könnten. Hingegen kann und soll die Euro 08 genutzt werden, um im Rah-

men der laufenden Marketingkampagne die noch zahlreicheren Benutzerinnen und Benutzer des Bahnhofs Olten als gewöhnlich auf den Wohn- und Arbeitsort Olten aufmerksam zu machen.

Zu Frage 3:

Die Kommunikationsarbeit der Verantwortlichen der Public Viewings im vergangenen Jahr oder dann der Medien als „Transportorgane“ war insofern nicht ganz glücklich, dass der Eindruck entstand, die Standorte seien bereits ausgewählt und wer sich nicht unter ihnen befinde, habe es verpasst, sich zu bewerben. Dem ist nicht so: Die genannten 17 Standorte wurden gewissermassen auf dem Reissbrett von den Veranstaltern bestimmt und die Anmeldefrist begann erst mit dem Termin der Medienkonferenz. Der vom Stadtrat eingesetzte Beauftragte der Stadt Olten für die Euro 08, Thomas Heimann, hat in der Zwischenzeit eine attraktive Bewerbung eingereicht und den Kontakt mit den zuständigen Stellen hergestellt. In dieser Hinsicht rennt der Vorstoss offene Türen ein.

Zu Frage 4:

Der Stadtrat hat durch die Ernennung eines Beauftragten seine Absicht kund getan, für eine Koordination der Aktivitäten zu sorgen und „Wildwuchs“ auch im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt zu verhindern. Wenn die Stadt Olten ein Standort für ein Public Viewing wird, werden sich die Aktivitäten auf öffentlichem Grund weitgehend auf das dafür vorgesehene Areal Olten SüdWest konzentrieren. Kommt das offizielle Public Viewing nicht zustande, sieht der Stadtrat die Aufgabe der öffentlichen Hand darin, gewerbliche und private Initiativen – sofern sie dem Interesse der Gesamtbevölkerung nicht widersprechen – zu koordinieren und zu unterstützen.

Zu Frage 5:

Ob mit oder ohne grössere eigene Aktivitäten wird Olten auf Grund seiner zentralen Lage in den Bereichen Verkehr und Sicherheit während des Fussballspektakels gefordert sein: Der Bahnhof Olten befindet sich gewissermassen im Schnittpunkt der grossen Austragungsorte und wird daher als Umsteigeort intensiv genutzt werden. Die für die Sicherheit zuständigen Stellen der Euro 08 haben sich mit dieser Frage bereits intensiv auseinandergesetzt.

Walter Schöni, Chef Region Ost der Polizei Kanton Solothurn, bestätigt in diesem Zusammenhang, Olten werde auf Grund der zentralen Lage und der Nähe zu den Host Cities Basel und Bern wahrscheinlich von Touristen bzw. Fussballfans rasch und zahlreich besucht werden. Inzwischen sei bezüglich einem Kombiticket ein positiver Entscheid getroffen worden. Dadurch würden hoffentlich viele Fussballfans das öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Der Bahnhof Olten werde sicher als Umsteigebahnhof stark frequentiert. Wieviele Fans in Olten aussteigen und übernachten würden, sei ungewiss; dies hänge vermutlich auch stark vom zusätzlichen Angebot in Olten ab. Die vergangene WM 2006 in Deutschland habe aber gezeigt, dass auch die örtliche Bevölkerung je nach Spielpaarung starke Anteilnahme oder – vor allem nach einem Sieg – Freude zeige. Dies habe zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt, die von der Stadtpolizei jedoch gut und verhältnismässig gelöst worden seien.

Laut Walter Schöni hat die Kantonspolizei Solothurn eine Arbeitsgruppe EURO 08 eingesetzt, in der auch die Stadtpolizei Olten vertreten ist. Neue Erkenntnisse würden laufend aufgenommen und bearbeitet. Dem Bahnhof Olten werde dabei – wie auch der Stadt Olten und Umgebung – die entsprechende Beachtung geschenkt. Gespräche mit der Bahnpolizei hätten ebenfalls bereits stattgefunden und weitere würden folgen. Aufgrund der ausserordentlichen Lage wird die Stadtpolizei Olten laut Walter Schöni verstärkt auf die Unterstützung der Kantonspolizei zählen können. Details wird das bei der erwähnten Arbeitsgruppe in Bearbeitung stehende Konzept zeigen. Gemäss der bestehenden Vereinbarung (SRO 213) ist vor allem die Stadtpolizei für Ruhe und Ordnung und die Kantonspolizei bei unfriedlichem Ordnungsdienst zuständig.

Wie die einzelnen Verkehrs- und Sicherheitsmassnahmen auf Stadtgebiet aussehen werden, ist somit derzeit noch nicht bekannt, sondern muss mit den zuständigen Organen auf nationaler und kantonaler Ebene erarbeitet werden. Der Stadtrat möchte aber auch der nicht fussballbegeisterten anderen Hälfte der Bevölkerung ermöglichen, ihr gewohntes Leben in einigermaßen geordneten Bahnen weiterzuführen.

Zweifelloos werden die Übernachtungsmöglichkeiten in der zwischen den Austragungsorten gelegenen Stadt Olten gefragt und entsprechend rasch ausgebucht sein; hier für ein Zusatzangebot zu sorgen, kann indessen nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein, der bei anderen Gelegenheiten gerne vorgeschrieben wird, sie solle sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Vielmehr sind hier gewerbliche und private Initiativen, aber auch der auch von der Stadt mitfinanzierte Verein Region Olten Tourismus gefordert.

Zu Frage 6:

Die Planungen für Euro 08 in Olten laufen seit rund einem halben Jahr. Vorgesehen sind neben dem UBS-Public Viewing folgende Aktivitäten:

Januar 2008	Hallen-Fussballturnier in der Stadthalle
Februar 2008	Projekt Ausstellung in einem Museum
28./29. März 2008	Roadshow SFV in der Schützenmatte
April 2008	Projekt „Kulinarium Euro 08“ (Vertreter der teilnehmenden Nationen präsentieren ihre Spezialitäten)
Mai 2008	Projekt „Bewegen und Begegnen“

Zu Frage 7:

In einer ersten Information wurde der Öffentlichkeit Anfang Dezember mitgeteilt, dass für die Koordination der Vorbereitungs- und Planungsphase für die Begleit-Events zur Euro 08 in Olten Thomas Heimann als Projektkoordinator eingesetzt worden sei. Kürzlich wurde darüber informiert, dass die Stadt eine Bewerbung für ein offizielles Public Viewing eingereicht hat. Es ist vorgesehen, in regelmässigen Abständen in Koordination mit der Projektleitung via Medien und Internet und allenfalls mit einem zusammenfassenden Programm im Vorfeld über die geplanten Aktionen und Massnahmen zu informieren

- - - - -

Rolf Schmid: Ich möchte nicht lange begründen. Ich habe ja letztes Mal schon Gelegenheit gehabt, die Interpellation kurz zu begründen. Ich glaube nur, die vorherige Diskussion und mein „Vorinterpellant“, wenn man dies so sagen kann, zeigt, dass es sich lohnt, sich auf ein so grosses Fest gut vorzubereiten und mit Chancen und Gefahren richtig umzugehen. Ich sage später nach den Rednern noch etwas. Ich bin befriedigt und möchte auch danken, dass die Interpellation so schnell beantwortet worden ist. Ich habe Freude gehabt, dass die Stadt Olten doch schon einiges an Vorarbeiten und vorgedankliche Arbeiten im Hinblick auf das Fest im nächsten Jahr geleistet hat. Ich bin überzeugt, dass dieses Fest uns mehrfach betreffen wird und es einerseits eine grosse Chance, auch für die Oltner Bevölkerung ist. Andererseits birgt es auch eine gewisse Gefahr und werden Kosten auf die Stadt zukommen. Es wird auch Oltnerinnen und Oltner geben, die an diesem Fest nicht so Freude haben. Ich bin froh, dass man hier versucht, rechtzeitig die geeigneten Massnahmen einzuleiten und denke, es wäre auch gut, wie es in der Beantwortung angedacht ist, dass die Bevölkerung regelmässig informiert wird. Last but not least möchte ich Euch alle bitten, die Daumen zu drücken, dass es mit dem Public Viewing dann auch noch klappt.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Interpellant befriedigt ist.

Anita Huber: Die Fraktion der Grünen und Jungen Alternativen begrüsst, dass Olten seinen verkehrstechnisch optimalen Standort auch während der Euro 2008 für Imagewerbung nutzt. Wir unterstützen ebenfalls, dass Public Viewing auf dem Entwicklungsareal Olten SüdWest stattfinden wird, weil es hier Platz für das öffentliche Feiern hat, aber auch für eine Zelt- oder Campingstadt. Ein solcher Anlass rückt das Entwicklungsgebiet Olten SüdWest in ein attraktives und investitionsfreudiges Licht. Mit der Haltestelle Bahnhof Hammer ist dieser Ort optimal an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Allerdings ist für eine gute Verbindung vom Bahnhof in das Areal und vom Areal auch in die Stadt Olten zu sorgen. Die Fraktion Grüne/Junge Alternative ist grundsätzlich zufrieden mit der Antwort des Stadtrates, fordert aber zusätzliche Überlegungen zur Verkehrssicherheit nach den Spielen. Die Überlegungen, die zur Verkehrssicherheit noch getroffen werden sollten, sind, dass ein Konzept zum Verkehrsmanagement zeigen muss, mit welchen Massnahmen in der Innenstadt, aber auch in den Wohnquartieren – wir haben vorher Schöngrund gehört – die Raserei nach dem Spielen verhindert werden kann. Im Bereich der Innenstadt kann das Sperren von Strassen sinnvoll sein, so dass Rundfahrten durch temporäre Sackgassen unterbunden werden, also einfach eine Barriere hinstellen, die man nachher wieder wegnehmen kann, wenn es sich beruhigt hat. Aber auch die Verkehrsregelung durch Verkehrspolizei und Securitas muss verhindern, dass feiernde Autofahrer die feiernden Fussgängerinnen und Fussgänger gefährden. Diese gibt es nämlich auch. Das Konzept muss bei Bedarf auch rasch angepasst werden können, wenn man sieht, dass der Verkehr in andere Quartiere ausweicht. Wir möchten auch gerne anregen, dass mit einer Kampagne Fussballfans animiert werden sollen, zu Fuss zu feiern, weil sie so auch mit zwei und drei Bieren auf den Sieg anstossen können, ohne an der Promillgrenze hängen zu bleiben. Sehr wichtig ist auch die Koordination mit den umliegenden Städten. In allen Städten der Umgebung sind ähnlich restriktive Verkehrsmassnahmen zu treffen, weil wir, wenn Olten hier largere Regeln hat, einfach innerhalb einer Viertelstunde die autofahrenden Fussballfans bei uns in der City haben. Als letztes noch: Es ist abzuklären, ob Euro 2008-Spezialzüge direkt vom Ausgangsort in den Bahnhof Hammer fahren sollen, weil so der Verkehrsknotenpunkt im Hauptbahnhof auch entlastet wird.

Nico Zila: Ich möchte gerne eine Frage als Einzelvotant und nicht als Fraktionssprecher stellen. Ich möchte den Stadtrat gerne fragen, ob er eine kurze und grobe Übersicht über die Kosten geben könnte, die er in der Höhe von rund einer Viertelmillion Franken, die anfallen würden, kalkuliert, wenn man eine Zusage für die sogenannte UBS-Arena erhalten würde. Man hat in der letzten Zeit in verschiedenen Zeitungen lesen können, in der NZZ vom vorletzten Sonntag: Es kursieren sehr viele verschiedene Berechnungen von verschiedenen Städten. Es ist wie mit den Anwälten und den Meinungen. Jede Stadt hat ihre eigenen Kosten berechnet. Man hat gestern im Solothurner Tagblatt lesen können, dass die Stadt Solothurn mit rund Fr. 120'000.— für ein solches Public Viewing rechnet. Andere Städte haben Kosten über einer Million Franken kalkuliert. Die Stadt Olten scheint irgendwo im Mittelfeld zu sein und mich würde interessieren, woraus sich diese zusammen setzen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich danke Anita Huber für die Zustimmung zur Euro 08. Wir haben eine professionelle Betreuung zu diesem Thema. Wir sind deshalb zur Summe von plus minus Fr. 300'000.— gekommen. Dies ist ganz klar mit einem Schwankungsgrad von 20 %, wie es im Baubereich etwa üblich ist. Es hat hier nichts mit dem Bau zu tun. Wir denken, wir sind deshalb relativ auf dem richtigen Weg, weil Thomas Heimann bei dieser ganzen Projektierung von Anfang an immer dabei gewesen ist und somit eigentlich aus erster Hand mitbekommen hat, wie die Dimensionen etwa sind, wenn wir Public Viewing erhalten würden. Ich kann es relativ einfach machen. Reine Installationsarbeiten von Strom, Wasser, Sanitär, Blitzableiter mit so vielen Leuten – es ist Sommer – Beleuchtung, technischer Support, Notfallbetreuungsdienst ungefähr Fr. 50'000.—. Das ist nicht zuviel. Unterhalt und Reinigung des gesamten Geländes – das Ganze dauert übrigens einen Monat – ist ebenso Fr. 50'000.—. Die Übernahme der ganzen Verbrauchskosten von Wasser, Strom und Entsorgung ist Sache der Stadt und nicht von Public Viewing. Die UBS, welche die ganze Geschichte an 17 bis 20 Städte verteilt, stellt gratis und franko die Infrastruktur hin, insbesonde-

re die Grossleinwand und die Tribünenanlage. Aber die Verbrauchskosten sind Sache des Betreibers gleich Stadt. Fr. 50'000.— ebenso. Zu Recht ist gesagt worden, dass der Verkehrsordnungsdienst nicht überall ganz einfach zu lösen ist und wir sind in einem Gebiet, das zwar eben von dieser Seite her eigentlich eine gute Ausgangslage ist. Aber hier müssen wir trotzdem mit Kosten von ebenso Fr. 50'000.— rechnen. Das Sicherheitsdispositiv wird grundsätzlich durch die Ordnungskräfte gewährleistet, wie es auch in unserer Antwort geschrieben worden ist, dass der Bahnhof Olten eine wichtige Rolle spielt in der ganzen Euro 08, als Drehscheibe nicht nur für Olten, sondern als Zugang zu den Stadien in Basel, Bern und Zürich. Also haben wir nicht vorrätige Kräfte, die man dafür brauchen kann und brauchen zusätzliche Sachen für das Sicherheitsdispositiv. Das sind auch wieder Fr. 50'000.—. Das ist einfach grob gerechnet. Dann geht es um Versicherungen, Werbemassnahmen. Zu Recht muss man den Leuten auch sagen, wie wir es machen und dorthin kommen usw. Dann noch das ganz einfache Zurverfügungstellen von städtischen Infrastrukturen vom Bänklein bis zum WC-Häuschen und und und... Das gibt zusammen auch noch einmal Fr. 50'000.—. Jetzt sind wir bei Fr. 300'000.—. Als Vergleich zu Solothurn: Solothurn ist bei etwa Fr. 170'000.—. Fr. 120'000.— sind in der Zeitung gestanden, aber Fr. 170'000.— haben sie in der GRK, der zuständigen Kommission, beantragt. Diese Rechnung ist einfach gemacht worden. Sie haben mir heute gesagt: Vermutlich sind wir zu knapp. Das sagt ja schon wieder viel. Es ist keine Wortspielerei gewesen. Ich weiss von der Stadt Baden, als sie die Rechnung gemacht haben – sie ist eine der Städte gewesen, die von Anfang an im Rennen sind für das Public Viewing – plötzlich etwas erschrocken sind über die Höhe dieser Kosten, weil sie gemerkt haben, was sie alles machen müssen. Man muss hier schon etwas vorsichtig umgehen. Wir denken, dass wir auf der richtigen Seite sind. Wenn es weniger kostet, ist es noch so recht. Wenn wir die Public Viewing-Situation nicht erhalten – das ist durchaus eine Variante – ist sich der Stadtrat im Klaren, dass er trotzdem etwas machen muss. Wir denken, dass es dann möglicherweise etwas billiger kommt. Aber ich möchte mich hier nicht auf eine Zahl hinaus lassen, weil das SüdWest-Areal dann genau gleich auch ein Thema ist und die ganzen Strukturen, die es dann möglicherweise brauchen würde. Hier sind wir in Vorbereitung. Dies einfach zu den Kosten. Nehmt einfach zur Kenntnis: Wir haben gut gerechnet, nicht zuletzt, weil wir auch Informationen haben.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir haben dies zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Direktion Stadtpräsidium/Herrn Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich bedanke mich für Eure speditive Arbeit und wünsche Euch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.